

Antrag G 1: Regierungsprogramm für 2024 bis 2029

Antragsteller*in:	Landesvorstand Thüringen
Status:	angenommen
Antragsblock:	Anträge von grundsätzlicher Bedeutung
Abstimmung	Ja: Mehrheit Nein: 0 Enthaltung: 0

1 Unser Thüringen.

2 Menschlich. Stark. Gerecht.

3

4 Regierungsprogramm für 2024 bis 2029

5

6 Es ist an der Zeit, über Gerechtigkeit zu sprechen. Und über den Respekt für
7 Lebensleistung, über den Respekt und Räume für Ideen und Tatendrang, über unser Leben
8 heute und hier in Thüringen und vor allem darüber, wie unser Freistaat in Zukunft
9 noch besser sein kann – für alle, die hier zu Hause sind.

10

11 *Sind die Krankenhäuser für die Menschen da - oder ist die Gesundheit der Patientinnen
12 und Patienten nur die Grundlage für den Profit von Konzernen?*

13 *Sollen Bahnen und Busse die Aufgabe haben, den Fern- und Nahverkehr so zu
14 organisieren, dass wir überall gut hin- und wegkommen - oder werden die Bahn und
15 Busunternehmen an der Börse gehandelt?*

16 *Wem gehört das Land? Den Bäuerinnen und Bauern, die auf ihrem Boden Nahrungsmittel
17 für uns alle produzieren - oder Investoren aus Berlin, München und Frankfurt, für die
18 das Land nur Geldanlage ist?*

19 *Gehören die Energieversorger hier vor Ort unseren Städten und Kreisen - oder sind sie
20 in den Hand von Aktionären, die ihre Gewinne in Steueroasen verstecken?*

21

22 Es sind die Menschen in Thüringen, die ihr eigenes Leben jeden Tag gestalten. Damit
23 gestalten sie auch das Land für uns alle - Tag für Tag. Der Pfleger im Krankenhaus,
24 die Angestellte in der Gemeindeverwaltung, der Lehrer an der Schule, die Landwirtin
25 auf dem Traktor, der Koch in der Großküche, die Arbeiterin am Band, der Maurer auf
26 dem Bau, die Professorin an der Universität oder die Polizistin im Streifendienst.
27 Sie alle sind Thüringen. Und sie alle brauchen und verdienen Verlässlichkeit und
28 Sicherheit, um ihr eigenes Leben, das Leben ihrer Kinder, Familien und Angehörigen
29 planen zu können.

30 Unser Land hat in den letzten Jahren eine Reihe von Krisen meistern müssen – das
31 schafft Verunsicherung und macht Angst. Zuletzt waren das die Corona-Pandemie und die
32 Explosion der Preise, die Klimakrise, das Hochwasser und Hitzeperioden, Inflation und

33 der Krieg Russlands gegen die Ukraine und schon davor die Finanz-Krise. Zurecht
34 fragen sich Viele: Kann ich meine Miete oder meinen Kredit fürs Haus noch zahlen? Ist
35 der Urlaub überhaupt noch drin oder muss ich sparen? Und: Wird es meinen Kindern in
36 Zukunft besser oder schlechter gehen?

37 Für viele Menschen hier in Thüringen reihen sich diese Unsicherheiten ein in die
38 Brüche und Erfahrungen der letzten 30 Jahre. Die politische Wende 1989/90, Aufbrüche
39 und Chancen, zugleich der Wandel von allem Gewohnten und eine unsichere Zukunft, die
40 De-Industrialisierung und Massenarbeitslosigkeit aufgrund der Treuhand-Anstalt und
41 CDU-Regierungen und der Ausverkauf an Konzerne aus dem Westen. Dann die Hartz-IV-
42 Gesetze, die wieder Hunderttausende auch hier in Thüringen in Unsicherheit und viel
43 zu oft auch in Armut gestürzt haben. Kann man sich da wundern, wenn sich viele
44 Menschen davor sorgen, dass der nächste Wandel wieder zu ihren Lasten gehen könnte?
45 Und dennoch haben sie diesen Herausforderungen getrotzt, Widerstände überwunden,
46 nicht klein beigegeben und haben Thüringen mitgestaltet. Dafür sind wir dankbar und
47 darauf bauen wir auf.

48 Kinder und Jugendliche sind unsere Zukunft und sie verdienen unsere Unterstützung für
49 Ihre Interessen und Bedürfnisse genauso wie die Älteren. Wir müssen ihnen Wege
50 öffnen, damit sie für sich sprechen können, wenn sie aktiv sind – zum Beispiel in der
51 Klimabewegung für ihre Interessen gemeinsam mit den Beschäftigten bei Bus und Bahn,
52 auf der Straße mit den „Omas gegen Rechts“ oder im Bildungsstreik für beste
53 Bildungsmöglichkeiten für alle. Doch es ist vor allem die mittlere Generation in
54 unserem Land, die in einer besonderen Mehrfachbelastung steckt. Sie stehen zwischen
55 den Verpflichtungen für sich selbst durch Arbeit, Wohnen und Vorsorge, den
56 Verpflichtungen gegenüber Rentner:innen oder Pflegeleistungen für Familienangehörige
57 und den Kosten für die eigenen Kinder, die bis weit in Zeiten von Ausbildung oder
58 Studium reichen.

59 Um allen Menschen in einer sich wandelnden Welt ein sicheres, ein gutes und ein
60 planbares Leben zu ermöglichen, müssen Politik und Staat gute Rahmenbedingungen
61 schaffen. Der Staat muss dort eingreifen, wo Profite über dem Wohl der Menschen
62 stehen oder Gerechtigkeit eine regelnde Hand braucht. Gerechtigkeit ist für uns, wenn
63 jeder Mensch von Kindheit an bis ins hohe Alter gleiche Chancen bekommt und niemand
64 fallengelassen wird. Das erwarten die meisten Menschen zurecht.

65 Eine starke Gesellschaft, die allen Menschen möglichst gute Ausgangspositionen
66 bietet, braucht eine gut funktionierende öffentliche Daseinsvorsorge und
67 Infrastruktur, einen modernen Sozialstaat und gute Arbeitsbedingungen: Gesundheit und
68 Pflege, Busse und Bahnen, Internet und Kommunikation, Bildung, Wohnen, Kultur und
69 Energie. Es geht um Ihr Krankenhaus und Ihre Arbeit, es ist Ihre Mobilität, Ihre
70 Schule und Ihre Gesundheit!

71 Die öffentliche Grundversorgung muss uns allen gehören und nicht den Wenigen. Sie
72 muss demokratisch organisiert werden. Mit Gesundheit und Pflege, mit Wohnen und
73 Mobilität, mit Bildung, Ernährung und Kommunikation darf kein Profit gemacht werden.
74 Das alles muss stattdessen allen Menschen zur Verfügung stehen und für alle bezahlbar
75 sein. Nicht jeder will und braucht das Gleiche. Aber alle müssen genügend haben, um
76 in dieser Gesellschaft ein ordentliches und gutes Leben führen zu können.

77 Für die Bewältigung der großen Krisen und deren Folgen braucht es mutige Schritte und
78 Vertrauen. Wir wollen Vertrauen schaffen und zeigen, dass der Staat funktioniert.

79 Unsere Aufgabe sehen wir darin, soziale Sicherheit und gleiche Rechte für Alle zu
80 garantieren. Das ist unser Versprechen für einen modernen Thüringer Sozialstaat. Dazu
81 gehört, Bestehendes und Bewährtes zu erhalten und Neues anzugehen, wo es nötig ist.
82 Digitalisierung wird weiterhin unsere Arbeitswelt und unseren Alltag verändern. Dafür
83 braucht es neue Regeln und neue Sicherheiten – für Beschäftigte, für Kund:innen und
84 Nutzer:innen von Online-Diensten. Der Klimawandel wird nicht an unseren Landesgrenzen
85 halt machen. Trockene Felder, unsere angegriffenen Wälder und die Hochwasser zeigen,
86 dass wir die gemeinsame Aufgabe haben, unsere Lebensgrundlage zu schützen und für die
87 Zukunft vorzusorgen. Die Abhängigkeit von anderen Staaten bei Gas und Öl darf uns
88 nicht erpressbar machen. Wir haben das erlebt. Und wir alle wissen, dass wir aus den
89 fossilen Energien raus und vom Verbrenner-Motor wegmüssen. Dafür gibt es nicht den
90 einen Weg mit der Brechstange: Den einen ist es egal, ob bei der Energie- und
91 Verkehrswende Menschen auf der Strecke bleiben. Andere kommen schlicht nicht ohne
92 Auto aus, weil sie sonst auf dem Dorf nicht mobil sind, oder sie wissen nicht, wie
93 sie sich eine Wärmepumpe leisten sollen. Uns ist das nicht egal. Für uns ist klar:
94 Wir werden die notwendigen Modernisierungen für eine ökologische Zukunft mit einem
95 sozialen Versprechen verbinden: Niemand darf zurückbleiben! Unsere Aufgabe ist es,
96 für Sicherheit im Wandel zu sorgen – das bedeutet gute Zukunft.

97 Die Linke hat ihre Wurzeln im Osten. Wir waren, wir sind und wir bleiben die Stimme
98 der Interessen der Menschen in den ostdeutschen Ländern – gerade auch hier in
99 Thüringen mit unserem Ministerpräsidenten Bodo Ramelow. Die Thüringer Linke steht für
100 konkrete politischen Alternativen, für eine bessere Zukunft und für Zusammenhalt -
101 auch wenn die Zeiten härter werden. Wir halten an dem Menschheitstraum fest, dass
102 eine bessere Welt möglich ist – hier und heute, nicht erst in einer fernen Zukunft.
103 Wir unterwerfen uns nicht den Wünschen von Wirtschaftsmächtigen und jenen, die von
104 den Krisen profitieren. Widerstand gegen Ungerechtigkeit verbinden wir mit dem
105 Versprechen, gemeinsam im Miteinander für die kleinen und großen Verbesserungen zu
106 sorgen. Damit es allen besser geht.

107 Wir wollen eine Gesellschaft, in der kein Kind in Armut aufwachsen muss, in der alle
108 Menschen selbstbestimmt in Frieden, Würde und sozialer Sicherheit leben und die
109 gesellschaftlichen Verhältnisse demokratisch gestalten können. Das ist nicht zu viel
110 verlangt. Wir haben das Vertrauen, dass eine Mehrheit der Menschen in Thüringen das
111 auch so sieht. Denn das sind die grundlegendsten Werte einer humanen Gesellschaft.

112

113 **Unser Thüringen heute**

114 Hand aufs Herz: Thüringen ist ein starkes Land. Unser Freistaat hat eine gute
115 Entwicklung genommen. Wir können auf eine beeindruckende Leistung der Menschen
116 schauen, das war ein hartes Stück Arbeit. Wir haben unter den Thüringer Unternehmen
117 zahlreiche Weltmarktführer, die in ihren Bereichen Europa- oder Weltmarktführer sind.
118 Wir haben Marken, die das ganze Land kennt – nicht nur hier im Osten: Viba, Vita
119 Cola, Filinchen oder Zeiss sind nur einige Beispiele. Wir haben heute in Thüringen
120 die geringste Erwerbslosigkeit seit 1991 und in ganz Ostdeutschland. Die Einkommen
121 der privaten Haushalte und die Löhne sind gestiegen, wenn auch zu langsam. Und auch
122 beim Blick auf finanzielle Lage des Landes stehen wir im Vergleich zu anderen
123 Bundesländern gut da. Nach bald zehn Jahren rot-rot-grüner Landesregierung mit Bodo
124 Ramelow als Ministerpräsident können wir auf einen guten wirtschaftlichen und

125 sozialen Aufschwung zurückschauen: Stabiles Wachstum, steigende Exporte, geringe
126 Erwerbslosigkeit und gestiegene Einkommen.

127 Wir wissen, das ist nicht vor allem ein Verdienst der Politik, sondern auch ein
128 Verdienst der Menschen in Thüringen. Politik schafft die Rahmenbedingungen. Die
129 Thüringerinnen und Thüringer haben – trotz der negativen Auswirkungen von Treuhand-
130 Anstalt, Privatisierungen, Agenda 2010 und jahrelanger Niedriglohnpolitik der CDU –
131 unser Land vorangebracht. Inzwischen kehren auch viele hier Geborene und
132 Aufgewachsene nach Thüringen zurück, die vor Jahren auf der Suche nach einem guten
133 Einkommen in den Westen gezogen sind. Unser Thüringen ist schön und die Städte, die
134 Dörfer und das Leben hier, die Natur und die überschaubare Größe des Landes und die
135 Zahl der offenen Stellen sorgen dafür, dass viele hier wieder gute Chancen für sich
136 und ihre Familien sehen. Fachkräfte und Azubis werden in fast allen Bereichen
137 gesucht. Bis 2030 brauchen wir mehr als 340.000 neue Arbeitskräfte, weil viele
138 Menschen in den verdienten Ruhestand gehen.

139 Mit unserem linken Ministerpräsidenten Bodo Ramelow hat unsere Landesregierung
140 gemeinsam mit den Gewerkschaften und den Kolleg:innen in den Betrieben die Politik
141 der niedrigen Löhne an der verlängerten Werkbank beendet und für bessere Lohn- und
142 Arbeitsbedingungen gesorgt. Wir fördern das Wachstum unserer Unternehmen und sorgen
143 dafür, dass unsere Städte und Gemeinden die Mittel haben, um vor Ort ihre Aufgaben
144 für die Menschen im Land erledigen können. Wir haben 90 Weltmarkt- und
145 Technologieführer in Thüringen. Das sind kleine und mittelständische Betriebe und
146 große Unternehmen. Wir haben seit 2014 etwa 6.500 Lehrer:innen neu eingestellt, so
147 viele wie nie zuvor in so kurzer Zeit. Es gab viel nachzuholen. Wir haben den
148 Stellenabbau beendet, den die CDU nach der Wende seit 1990 betrieben hatte und so
149 dafür gesorgt hat, dass wir bis heute mit Unterrichtsausfall zu kämpfen haben. Und
150 nicht nur das: Wir haben auch wieder zusätzliche Polizist:innen in den Dienst und auf
151 die Straßen gebracht, 600 Million Euro in den Schulbau gesteckt und auch Kindergärten
152 und Krippen mit Millionenbeträgen fit für die Zukunft gemacht. Mit den zwei
153 beitragsfreien Kindergarten-Jahren für jedes Kind entlasten wir die Eltern ganz
154 praktisch finanziell, damit am Ende des Monats mehr Geld bei den Familien in der
155 Tasche ist. Ein zusätzlicher arbeitsfreier Feiertag, große
156 Wiederaufforstungsprogramme für unseren Wald, Wertschätzung und Unterstützung für
157 ältere Menschen zum Beispiel mit dem Hilfsprogramm „Agathe“-, um soziale Einsamkeit
158 zu verhindern und soziale Nähe zu schaffen, Investitionen in unsere Krankenhäuser
159 oder die Senkung des Wahlalters auf 16 Jahre bei den Kommunalwahlen, die Abschaffung
160 der Straßenausbaubeiträge und die Einführung von Bildungsurlaub für die Beschäftigten
161 sind weitere Ergebnisse unserer Arbeit in den letzten Jahren. Auch auf den
162 erfolgreichen Ausbau des sozialen Wohnungsbaus, das Engagement für lebendige
163 Innenstädte und unser Azubi-Ticket, besseren Tierschutz und Unterstützung für junge
164 Landwirte oder die Förderung von Baukultur für die Entwicklung gerade auch im
165 ländlichen Raum können wir stolz sein. Unsere Regierung hat zudem unser Thüringen
166 durch große Herausforderungen und Krisen geführt. Die Liste der Erfolge unserer
167 Regierungsarbeit in Thüringen seit 2014 ist lang – doch darum kann und darf es uns
168 nicht vorrangig gehen. Wir dürfen uns nicht darauf ausruhen, was gelungen ist. Wir
169 wollen uns auf die Chancen und Herausforderungen konzentrieren, die vor uns liegen.
170 Die wollen wir gemeinsam mit Ihnen, den Thüringerinnen und Thüringern, angehen. Im
171 richtigen Tempo, um keinen zurückzulassen und dennoch das Land zu modernisieren, wie

172 es notwendig ist, um eine gute Zukunft für Alle zu erreichen.

173

174 **Herausforderungen und unsere Antworten**

175 Wir stehen in Thüringen heute vor vier großen Herausforderungen, auf die wir jetzt
176 praktische Antworten geben müssen:

- 177 • **Demokratie:** Immer mehr Menschen verlieren in Deutschland das Vertrauen in
178 Politik und in die Entscheidungen demokratischer Institutionen. Das führt zu
179 einem Gefühl der Ohnmacht, der Resignation und des Rückzugs ins Private.
180 Darunter leidet der gesellschaftliche Zusammenhalt, und es verschärft sich der
181 Ton in der politischen Debatte. Frauenfeindliche Aussagen rechter
182 Politiker:innen sind ebenso wieder präsent wie der Versuch, frauenpolitische
183 Fortschritte zu kassieren. Die großen Krisen der letzten Jahre haben diese
184 Entwicklung verstärkt. Dadurch bleiben auch Engagement in der Gesellschaft und
185 nötige öffentliche Debatte über das richtige Tempo und eine soziale Bewältigung
186 der Herausforderungen zunehmend auf der Strecke. Jeder bleibt für sich allein.
187 Von Politik erwarten die Menschen zurecht Lösungen für die großen Probleme und
188 weniger Selbstbeschäftigung. Wir antworten auf diese Krise der Demokratie - mit
189 mehr direkter Demokratie in Thüringen auch in haushaltsrelevanten Fragen vom
190 Land bis in die Kommune und mit mehr Mitbestimmung in den Betrieben, damit Sie
191 über Ihr Leben mehr als bisher mitbestimmen können. Und wir legen Wert darauf,
192 dass Demokratie nur dann lebendig ist, wenn sich alle Geschlechter einbringen
193 können. Wir hören zu, fragen wo der Schuh drückt, um zu wissen, was vor Ort los
194 ist. Mit klarer Kante gegen die rechten Feinde der Demokratie, damit Thüringen
195 ein weltoffenes Land bleibt. Ein Land, in dem sich Juden und Jüdinnen, Muslime
196 und Muslima, Jesiden und Jesidinnen, Menschen aller Religionen, Herkunft,
197 Identität und Hautfarbe sicher und zuhause fühlen können. Ein Land, in dem man
198 ohne Angst verschieden sein kann. Wir wollen Räume der Begegnung schaffen:
199 Sowohl vor Ort zum Beispiel in den Einrichtungen der Volkssolidarität, der
200 Arbeiterwohlfahrt oder mit Initiativen wie dem Restaurant der Herzen, als auch
201 im Großen, wenn wir mit einer Landeswohnungsbaugesellschaft nicht nur Wohnraum,
202 sondern auch Nachbarschaftstreffe, soziale und kulturelle Angebote beim Bau und
203 der Sanierung mitdenken werden. Und vor allem mit einer Regierung, die sich
204 weiterhin auf ihre konkreten Aufgaben konzentriert.
- 205 • **Daseinsvorsorge:** Während die Bundesregierung jahrzehntelang mit ihrer
206 neoliberalen Kürzungspolitik Investitionen in gute Daseinsvorsorge und
207 Infrastruktur vermissen lies, hat unsere Landesregierung Geld für notwendige
208 Vorhaben für Bildung, Gesundheit, Wohnen, Kultur, Busse und Bahnen investiert –
209 und wird das auch weiterhin tun. Während die Bundesregierung kürzt, investieren
210 wir in Beitragsfreiheit in den Kindergärten, gute Schulen und Programme für
211 ältere Menschen und gutes Zusammenleben. Denn statt Preissteigerungen,
212 Privatisierungen und jahrzehntelangem Investitionsstau braucht es finanzielle
213 Entlastung für die Menschen und eine aktive Industrie- und Infrastruktur, unter
214 anderem mit mehr direkten Beteiligungen des Landes in zukunftssträchtigen
215 Bereichen, um die vor uns liegenden Herausforderungen gut zu lösen. Wir
216 antworten auf die Krise der Daseinsvorsorge - mit massiven Investitionen der
217 öffentlichen Hand in Gesundheit und medizinische Versorgung, einer guten

218 Krankenhausplanung, einer landeseigenen Wohnungsbaugesellschaft als Ergänzung zu
219 kommunalem und genossenschaftlichem Wohnungsbaus, sozialem und barrierefreiem
220 Wohnungsbau, Schritten hin zu guter Arbeit, Soziales und Bildung, bessere Busse
221 und Bahnen mit einer Landesverkehrsgesellschaft, in Breitband auch im Dorf, für
222 eine bezahlbare Versorgung mit Strom und Wärme und mit einer Offensive für
223 beitragsfreie Bildung von der Krippe bis zur Erwachsenenbildung, damit alle
224 mitreden können. Das ist unser Thüringer Sozialstaatsversprechen: Alles, was
225 jede:r braucht, muss in öffentliche Hand.

226 • **Bezahlbar und ökologisch:** Ein Ende der fossilen Energienutzung ist nötig, wenn
227 wir unsere Gärten und den Wald vor unserer Haustür als Erholungsort und
228 Klimaretter erhalten und uns vor Hitze und Wetterextremen schützen wollen. Wir
229 sehen die Folgen des Klimawandels weltweit und inzwischen auch hier vor Ort:
230 Ausgedörrte Böden, tote Wälder sowie Hitzewellen und Hochwässer. Wir wissen,
231 dass wir auch bei der Mobilität den Schalter umlegen müssen. Daher brauchen wir
232 Alternativen, die funktionieren und bei denen kein Mensch in Thüringen ob in
233 Dorf oder Stadt Angst haben muss, nicht mehr vom Fleck zu kommen. Wir antworten
234 auf die Energie- und Klimakrise: mit einem günstigen Verkehrsmix aus Bahn und
235 Bus, Sammeltaxis und Rufbussen, Fahrrad und Fuß wollen wir Mobilität immer
236 besser garantieren. Personennahverkehr zusammengefasst in einer landeseigenen
237 Verkehrsgesellschaft sowie bezahlbare Nah und Fernwärme Lösungen gekoppelt mit
238 regenerativen Energien, in einer landeseigenen Energiegesellschaft als Thüringen
239 Energie und zusammen mit den kommunalen Versorgern, das sind echte Alternativen!
240 Wir investieren gegen den Trend der „Ampel“ Bundesregierung in die regionale
241 Landwirtschaft. Auch dazu braucht es Geld. Die Schuldenbremse ist eine Zukunfts-
242 und Investitionsbremse. Deshalb werden wir auch in Thüringen neue Wege gehen, um
243 das Geld zur Verfügung zu stellen. Damit sorgen wir dafür, dass aufgrund der
244 Klima-Krise Beschäftigte nicht um ihren Arbeitsplatz, Landwirt:innen nicht um
245 ihre Ernte und eine ganze junge Generation nicht um ihre Zukunft und viele um
246 ihre Gesundheit bangen müssen.

247 • **Für alle, die hier leben:** Seit den 1990er Jahren haben viele Menschen Thüringen
248 verlassen und sind zum Arbeiten in den Westen gegangen. Besonders groß war die
249 Abwanderung junger Frauen. Heute fehlt uns diese Generation überall. Zudem gehen
250 in den nächsten Jahren mehr Menschen in den Ruhestand als neue Beschäftigte in
251 Jobs kommen. Die jungen Menschen, die nachrücken sollten, sind einfach nicht
252 geboren worden in den unsicheren Jahren nach der Wende. Wir brauchen dringend
253 neue Antworten, um auf diese Entwicklung zu reagieren. Schon heute fehlen
254 Arbeitskräfte in vielen Branchen. Wir antworten auf die Krise der
255 Bevölkerungsentwicklung - mit besser bezahlter, guter Arbeit, attraktiverer
256 Ausbildung, guter Infrastruktur und einem bezahlbaren Umfeld hier im Land, damit
257 niemand mehr weggehen muss und junge Menschen herkommen." Und mit einem
258 Spurwechsel in der Migrationspolitik, damit alle Menschen, ihren Lebensunterhalt
259 mit den eigenen Händen verdienen können. Wir brauchen heute jede Hand und jeden
260 Menschen mit seinen und ihren Fähigkeiten – und zugleich starke Gewerkschaften
261 für gute Löhne und gute Arbeitsbedingungen. Das ist der Thüringer Weg einer
262 menschlichen und sozialen Demokratie. Was wir wollen, ist eine Politik der
263 Solidarität, die Allen in diesem Land zu gute kommt. Egal aus welchem Grund
264 Menschen zu uns kommen oder wie lange Sie hier leben: Wir wollen sie gewinnen

265 für eine gute Zukunft mit guter Arbeit, guter Gesundheitsversorgung und gute
266 Infrastruktur.

267 In unserem Programm schlagen wir konkrete Lösungen für die Herausforderungen vor, die
268 vor uns stehen. Wir müssen da ran! Vieles davon können wir hier vor Ort lösen – im
269 Land, in den Kommunen und gemeinsam mit Ihnen!

270

271 **Rote Karte für die „Ampel“!**

272 Wir erleben es alle: Die „Ampel“ im Bund steht auf Gelb. Wichtige Maßnahmen werden
273 durch die Bundesregierung am laufenden Band gebremst, bevor sie überhaupt in Fahrt
274 gekommen sind. Als die Energie- und Kraftstoffpreise explodierten, reagierte die
275 Bundesregierung zu spät und viel zu zögerlich. Die Gewinne der Energie- und
276 Ölkonzerne sprudelten, die Verbraucher:innen musste zahlen. Als FDP-
277 Bundesfinanzminister Christian Lindner Ende letzten Jahres die Planungen für den
278 Bundeshaushalt 2024 um die Ohren flogen, war seine Antwort nicht Verlässlichkeit und
279 Stabilität. Seine radikalen Kürzungspläne führen stattdessen zu Verunsicherung,
280 sozialem Kahlschlag und bremsen Investitionen vor allem in Ostdeutschland aus. Die
281 berechtigten Proteste der Bauern, der Streik bei der Bahn und die Proteste von jungen
282 Klimaschützer:innen zeigen, dass vieles schief läuft. Die aktuellen
283 Auseinandersetzungen stellen im Kern die Frage: Wie wollen wir in Thüringen leben –
284 und wie wollen wir auf diesem Globus leben? Als Linke stehen wir an der Seite all
285 derjenigen, die für ein besseres Leben streiten. Dagegen halten die FDP und Lindner
286 dogmatisch an der sogenannten „Schuldenbremse“ fest und verhindert damit notwendige
287 Ausgaben für die Zukunft unseres Landes. Wer als Antwort auf seine eigene verfehlte
288 Finanzpolitik nun Bahn, Post und Telekom an Private verkaufen will, der hat nicht
289 verstanden, vor welchen großen Herausforderungen unser Land steht. Und dass man
290 gleichzeitig dem ehemaligen CSU-Verkehrsminister die verlorenen Steuer-Millionen aus
291 dem geplatzten Deal zur PKW-Maut einfach so durchgehen lässt, das versteht kein
292 Mensch mehr. Auch der „Heiz-Hammer“ der Bundesregierung hat gezeigt, sie können es
293 einfach nicht: Wer bei den notwendigen Modernisierungen der Energie- und
294 Wärmeversorgung die Interessen der Menschen einfach ignoriert, wird keine
295 Unterstützung für den notwendigen Klimaschutz gewinnen. Vom fehlenden Geld für gute
296 Bildung bis zur bezahlbaren Energiewende, vom Sanierungsstau bei Brücken und Bahn bis
297 zu Kürzungen für Zukunftstechnologien im Osten: Die Politik der Bundesregierung
298 verschärft den Frust und die soziale Spaltung in unserem Land. Befeuert wird der
299 unsoziale Kurs noch von unsäglichem Sozialneid und dem Treten nach unten durch
300 CDU/CSU und der AfD. Sie wollen noch mehr sparen und die Axt noch stärker an die
301 Grundpfeiler unserer Gesellschaft legen.

302 Viele Probleme können wir hier vor Ort lösen - und das werden
303 wir auf Landesebene auch tun.. Aber eben nicht alles kann von der Landesregierung
304 entschieden werden. Einen Deckel für Energiekosten und Nahrungsmittel, das kann nur
305 die Bundesregierung beschließen. Eine gerechte Steuerpolitik für Entlastung der
306 Menschen, das kann nur Berlin. Eine echte Kindergrundsicherung einführen, die unsere
307 Kinder wirklich vor Armut schützt, die kann nur die Bundesregierung einführen. Oder
308 eine Rente, die niemanden im Osten mehr benachteiligt und vor Altersarmut schützt,
309 das kann nur auf der Bundesebene geklärt werden. Damit wir unseren Thüringer Weg im
310 Sozialen, in der Industrie- und Wirtschaftspolitik, beim Ausbau von Demokratie und

311 Mitbestimmung, gegen die weitere
312 Benachteiligung Ostdeutschlands und für eine soziale und ökologische Agrar-, Energie-
313 und Umweltpolitik gehen können, werden wir im Bund für bessere Rahmenbedingungen
314 kämpfen.

315 und Umweltpolitik gehen können, werden wir im Bund für bessere Rahmenbedingungen
316 kämpfen. Bis dahin werden wir bestmöglich diese schlechten Bedingungen und
317 Ungerechtigkeiten auf Landesebene ausgleichen.

318 Daher ist eine Stimme für Die Linke bei den Wahlen 2024 auch eine rote Karte für die
319 Ampel. Unser Ministerpräsident Bodo Ramelow und unsere Minister:innen werden
320 weiterhin gegenüber der Bundesregierung und im Bundesrat mit deutlicher Stimme die
321 Interessen der Thüringer:innen vertreten!

322

323 **Für Frieden – überall!**

324 Weltweit erleben wir ein neues Wettrüsten. Der Krieg ist wieder näher gerückt. Die
325 aktuellen Konflikte in der Welt tragen das Potential in sich, weiter zu eskalieren.
326 Für uns ist klar: Wir verurteilen den Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine auf das
327 Schärfste und sprechen angegriffenen Staaten das
328 Selbstverteidigungsrecht nicht ab - das steht außer Frage. Doch niemals dürfen wir
329 Profite mit dem Tod als normales Geschäft akzeptieren! Die Linke ist die einzige
330 Partei im Bundestag, die den Export von Waffen ablehnt und diplomatische Lösungen
331 stärken will. Wenn die Bundesregierung weiterhin Kriegsmaterial an die Türkei oder
332 Saudi-Arabien liefert, dann unterstützt sie damit Menschenrechtsverletzungen und
333 Unterdrückung durch autoritäre Staaten. Statt Milliarden für Aufrüstung und Krieg
334 braucht es ein Milliarden-Paket der Bundesregierung für Bildung und Umwelt, für
335 Soziales und Gerechtigkeit. Wir wollen mehr diplomatische Initiativen, um Kriege so
336 schnell wie möglich zu beenden, und wieder mehr Schritte zu wechselseitiger
337 Abrüstung. Verantwortungsvolle Außen- und Friedenspolitik darf nicht auf militärische
338 Eskalation setzen, sondern muss Diplomatie stärken. Deshalb lehnen wir auch sämtliche
339 Militärmanöver ab, die einen Krieg zwischen den großen Supermächten proben. Alle
340 Seiten handeln damit unverantwortlich und tragen nicht zu einer De-Eskalation bei.
341 Deutschland soll sich nicht darauf konzentrieren „kriegstüchtig“ werden, stattdessen
342 müssen wir aus historischer Verantwortung ein Friedensgarant sein. Eine
343 Militarisierung der Gesellschaft in Sprache, Auftreten und Aufrüstung wird stets
344 unseren Widerspruch erfahren.

345

346 **Nie wieder Faschismus!**

347 Schon einmal begann es in Thüringen: Vor 100 Jahren griff ein Bündnis aus Faschisten
348 und Bürgerlichen nach der Macht. Wohin der Weg führte, wissen wir alle: Holocaust,
349 Vernichtungskrieg und organisierter Massenmord. Die Vertreibung des Bauhaus aus
350 Weimar, die Einschränkungen von Demokratie, antisemitische Hetze und Attacken und die
351 Angriffe auf Gewerkschafter:innen, Demokrat:innen, Christ:innen oder Linke waren
352 Schritte auf dem Weg zu Diktatur und Weltkrieg. Wenn heute von der AfD die Geschichte
353 umgedeutet werden soll, Rassismus zum Kern der Politik gemacht wird und
354 Freiheitsrechte und Demokratie bekämpft werden, dann sind das mehr als Warnsignale.

355 Es ist die offene, für alle sicht- und hörbare Ankündigung einer faschistischen
356 Partei, wohin sie wieder will. Wer in Thüringen die AfD wählt, bekommt den Höcke-
357 Extremismus. Seine Position ist eindeutig und offen faschistisch. Im Schatten von
358 Buchenwald haben wir die Pflicht, den erneuten Griff nach der Macht von Rechtsaußen
359 zu verhindern. Höcke und seine Politik schaden Thüringen und damit allen Menschen im
360 Land. Seine Partei vernichtet die Zukunft unserer Gesellschaft.

361 Wer die Europäische Union nicht nur kritisiert, sondern zerschlagen will, der setzt
362 die Existenz unserer Landwirt:innen, unserer Städte und Dörfer, Soziales und Kultur
363 und unsere Wirtschaft, unsere Werte als Ganzes aufs Spiel. Sie alle profitieren von
364 Mitteln der EU und dem europäischen Markt. Manche Vertreter:innen demokratischer
365 Parteien lassen leider die klare Abgrenzung gegenüber Höckes Partei vermissen und
366 suchen für taktische Partei-Manöver die Zusammenarbeit. Die CDU ist unter ihrer
367 derzeitigen Führung in Thüringen leider kein Garant für eine klare Trennlinie nach
368 rechts. Eine Stimme für die CDU ist keine Garantie für ein besseres Leben, sondern
369 lässt die Tür nach rechts offen. Wir stehen für einen klaren Kurs gegen die
370 faschistische AfD und Höcke. Wir werden Demokratie, Menschenrechte und
371 Meinungsfreiheit verteidigen. Wer will, dass in Thüringen die AfD keinen Zugriff auf
372 staatliche Macht und Mehrheiten im Parlament erhält, muss die Thüringer Linke wählen.

373

374 **Chancenland Thüringen 2035**

375 Thüringen ist Chancenland. Gemeinsam mit den Menschen im Freistaat, mit
376 Gewerkschaften und Verbänden, mit unseren politischen Partner:innen und Initiativen
377 ist es gelungen, das Land aus fast 25 Jahren CDU-Filz und „Deals“ aus
378 verantwortungsloser Politik zu befreien. Seitdem arbeiten wir gemeinsam dafür, das
379 Land besser zu machen – Stück für Stück. Manches dauert länger als wir es uns
380 wünschen. Und manchmal klappt auch etwas nicht. Aber wir stecken nicht zurück,
381 sondern suchen dann nach besseren Wegen. Es gibt viel zu tun, was eigentlich nicht
382 aufgeschoben werden darf, es aber in den letzten Jahren werden musste. Wir haben es
383 unter schwierigsten Bedingungen geschafft, auch ohne parlamentarische Mehrheit
384 Stabilität mit den Landeshaushalten zu schaffen, viele Projekte für ein gerechtes
385 Land auf den Weg gebracht und unser Land zum besseren verändert. Doch dabei stand
386 auch hier die CDU immer auf dem Bremsklotz, wenn es darum ging Mehrheiten zu schaffen
387 – von der FDP ganz zu schweigen. Wenn wir all' das, was es zu schaffen gilt, schaffen
388 wollen ist eines klar: Wir brauchen und wollen stabile politische Mehrheiten in
389 diesem Land, denn die Zeit läuft. Verzögerungen können wir uns nicht erlauben.

390 Während Andere ihre Augen vor den großen Fragen unserer Gesellschaft verschließen,
391 das Soziale gegen die Ökologie ausspielen oder die Sorgen der Menschen ignorieren,
392 machen wir uns auf den Weg in die Zukunft. Viele Entscheidungen müssen wir jetzt
393 treffen und wichtige Weichen stellen. Damit Thüringen nicht wieder von Entscheidungen
394 anderer überrollt wird, müssen wir das jetzt selbst klären. Wichtig ist dabei aber –
395 und das unterscheidet uns: Niemand darf zurückbleiben. Thüringen muss für alle gleich
396 gut sein – ob auf dem Land oder in der Stadt, ob für Frauen oder Männer, ob jung oder
397 alt, ob hier geboren oder zugezogen, ob Tofubratwurst oder Mett-Brötchen, ob Rot-
398 Weiß-Erfurt oder Carl Zeiss Jena.

399 Wir machen das – zusammen mit unserem Ministerpräsidenten Bodo Ramelow und vor allem
400 mit Ihnen! Damit Thüringen besser bleibt.

401 *Für unser Programm haben wir von über 100 Vereinen, Gewerkschaften, Initiativen und*
402 *Forschungseinrichtungen Rückmeldung bekommen. Sie haben auf unsere Fragen, wohin sich*
403 *Thüringen entwickeln soll, oft umfangreich geantwortet – mit konkreten Ideen und mit*
404 *großen Visionen. Die Antworten sind in unsere Diskussionen und zum Teil in unser*
405 *Programm eingeflossen. Wir danken allen für ihre Mühe und für ihr Engagement! Auch*
406 *die Rückmeldungen, die keine direkte Aufnahme ins Programm fanden, sind nicht*
407 *vergessen: Wir haben sie dokumentiert und werden sie in unserer künftigen Arbeit*
408 *berücksichtigen.*

409

410

411

412

413

414

415

416

417 **Gute Arbeit und aktive Wirtschafts- und Industriepolitik**

418

419 Thüringen braucht mehr zukunftsfähige und tarifgebundene Arbeitsplätze. Engagierte
420 Kolleg:innen in den Gewerkschaften und Betrieben sind heute wichtiger denn je - im
421 gemeinsamen Einsatz für gute Tarifverträge mit besserer Bezahlung, gute
422 Arbeitsbedingungen mit mehr Zeit für Familie, Freund:innen oder Ehrenamt, zur
423 Entlastung und für mehr Mitbestimmung. Die Stärkung der Tarifbindung ist ein aktiver
424 Beitrag zur Aufhebung bestehender Lohnungleichheiten zwischen Ost- und West.
425 Beschäftigte in den Unternehmen der Thüringen Industrie, kleinen und
426 mittelständischer Unternehmen, sozialen und gesundheitsorientierten Berufen oder der
427 öffentlichen Verwaltung, alle sie sind Expert:innen darin, was wir für
428 zukunftsfähigere Produktions-, Arbeits- und Lebensbedingungen in Thüringen brauchen.
429 Es geht um nicht weniger als die Frage: Wer bestimmt über meine Arbeitskraft und
430 Zeit? Es geht darum, wie zum Beispiel für die Industrie, Gesundheits- und
431 Sozialberufe oder die öffentliche Verwaltung Regelungen für eine Viertagewoche oder
432 andere Modelle der Arbeitszeitverkürzung gestaltet werden können.

433 Wir brauchen Arbeitszeitmodelle, um Familienaufgaben, Erziehung und Betreuung von
434 Kindern sowie Pflege von Angehörigen besser mit beruflichen Anforderungen vereinbaren
435 zu können und die Arbeit zwischen den Geschlechtern gerechter zu verteilen. Die
436 Hauptlast dieser Arbeit bei Frauen zu belassen, führt dazu, dass sie oft weniger
437 verdienen und häufiger von Armut, auch Altersarmut betroffen sind. Das Land Thüringen
438 will in Fragen von Arbeitsbedingungen und Bezahlung Vorbild sein, unter anderem durch
439 die neuen Regelungen im Vergabegesetz für öffentliche Aufträge mit einem
440 Vergabemindestlohn und Instrumenten zur Steigerung der Tarifbindung sowie durch gute
441 Arbeitsbedingungen für die landeseigenen Beschäftigten. Auch durch die Einführung von
442 Bildungsurlaub für Beschäftigte hat unsere Landesregierung bereits Verbesserungen
443 erreicht. Im Bereich der Industriepolitik gilt es, bestehende und möglicherweise neue

444 staatliche Beteiligungen stärker als bisher zu nutzen, um Arbeitsplätze, Regionen und
445 wichtige Branchen zu stützen und notwendige Modernisierungen zu unterstützen und den
446 Veränderungen in der Arbeitswelt nicht auf dem Rücken der Beschäftigten
447 auszutragen.

448

449 **Gute Arbeit für das gute Leben**

450 • Mit dem neuen Thüringer Vergabegesetz tragen wir zur Erhöhung der Löhne und zur
451 Verbesserung der Arbeitsbedingungen bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen
452 bei. Das Gesetz senkt den bürokratischen Aufwand und verbessert Sozial- und
453 Umweltstandards. Allerdings ist das nur ein erster Schritt, denn es muss künftig
454 auch für Vergaben der Kommunen in Thüringen gelten. Die Thüringer Linke wird
455 weiterhin für ein über dem allgemeinen Mindestlohn liegendes Mindestentgelt für
456 öffentliche Aufträge kämpfen. Dieses muss auch in den kommenden Jahren zügig
457 steigen, unter Beachtung des Vorrangs von Tarifverträgen. Wir werden alle
458 gesetzlichen Spielräume für bessere Arbeit und Löhne nutzen und politisch
459 unterstützen.

460 • Wir wollen staatliche Fördermittel für Unternehmen und Einrichtungen an
461 tarifgerechte Entlohnung und qualitativ hochwertige Beschäftigung binden. Dazu
462 richten wir ein digital-öffentliches Tarifregister nach Berliner Vorbild ein. So
463 leisten wir unseren Beitrag für eine höhere Tarifbindung. Beim Einsatz
464 staatlicher Gelder müssen gute Arbeitsbedingungen garantiert sein. Wir wollen
465 eine Fördermittel- und Vergabepolitik des Landes, die mit sozialen und
466 ökologischen Kriterien die Verantwortung der Wirtschaft für Nachhaltigkeit und
467 gute Arbeit betont, um eine soziale und klimagerechte Zukunft für die
468 Generationen zu gestalten.

469 • Die Linke Thüringen setzt sich weiter für eine Arbeitswelt ein, in der jede:r
470 eine existenzsichernde Tätigkeit als Basis für ein selbstbestimmtes Leben
471 ausüben kann. Wir wollen, dass gleicher Lohn für gleiche und gleichwertige
472 Arbeit selbstverständlich ist. Wir bleiben dabei: Schluss mit Niedriglöhnen, dem
473 geschlechtsspezifischen Lohngefälle zwischen Frauen und Männern („Gender Pay
474 Gap“), Werkverträgen, Leiharbeit und sachgrundlosen Befristungen! Um den
475 Thüringer Arbeitsmarkt auch für zugewanderte Arbeits- und Fachkräfte zugänglich
476 und attraktiv zu machen, bedarf es unter anderem der Umsetzung der
477 Handlungsempfehlungen der Enquete-Kommission Rassismus im Bereich der
478 Arbeitsmarktpolitik.

479 • Wir wollen eine „Arbeitskammer“ auch in Thüringen einrichten und in
480 Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften ein tragfähiges Modell entwickeln. Damit
481 würden Beschäftigte und Angestellte in Thüringen eine öffentlich-rechtliche
482 Einrichtung in Verbindung mit den Gewerkschaften zur Vertretung ihrer Interessen
483 in Wirtschaft und Politik erhalten.

484 • Um auf die Veränderungen der Arbeitswelt zu reagieren, wollen wir einen
485 langfristigen Monitoring- und Werkstattprozess »Arbeit und Leben in Zukunft«
486 anregen, um mit Wissenschaft, Wirtschaft und Gewerkschaften eine Grundlage für
487 nötige Veränderungen zu schaffen und rechtzeitig darauf reagieren zu können.
488 Zudem wollen wir Unternehmen, Betriebs- und Personalräte beim betrieblichen

- 489 Gesundheitsmanagement unterstützen und Weiterbildungsstandards etablieren und
490 verbessern, sowie gemeinsam mit Gewerkschaften eine Bildungsoffensive »Moderne
491 Arbeitswelt« fördern, um jetzige und künftige Beschäftigte über Arbeitnehmer-
492 und Mitbestimmungsrechte aufzuklären, über Handlungsoptionen zu beraten und
493 interkulturelle Kompetenz zu stärken.
- 494 • Wir wollen den Ausbau von Mitbestimmung in den Betrieben und Förderung von
495 Wirtschaftsdemokratie. Studien beweisen: Das ist gut für die gesamte
496 Gesellschaft! Denn dort, wo Beschäftigte mitbestimmen, agieren Unternehmen
497 sozialer, demokratischer und nachhaltiger. Wir wollen Unternehmen und Betriebe
498 unterstützen, Mitbestimmungsmöglichkeiten ausbauen oder neue Formen erproben,
499 wie zum Beispiel eine Demokratiezeit mit dem Recht auf zeitlich gewährte
500 Freistellung für die Wahrnehmung von Beteiligungsrechten. Blockaden betrieblicher
501 Mitbestimmung lehnen wir entschieden ab, daher wollen wir die Einrichtung einer
502 Schwerpunktstaatsanwaltschaft gegen sogenanntes "Union Busting".
 - 503 • Wir stärken gute Arbeit für Menschen mit Behinderungen und ergreifen Maßnahmen,
504 um Beschäftigte aus den Behindertenwerkstätten in den regulären Arbeitsmarkt zu
505 begleiten, arbeitslose Menschen mit Behinderungen schneller in Arbeit zu
506 integrieren und bauen die Arbeitsassistenz aus. Wir wollen, dass der Mindestlohn
507 auch in Werkstätten für Menschen mit Behinderung Anwendung findet.
 - 508 • Der im Landesamt für Verbraucherschutz angesiedelte Arbeits- und
509 Gesundheitsschutz muss personell aufgestockt werden, um Verstöße und
510 ausbeuterische Arbeitsverhältnisse zu ahnden. Um den Arbeitsschutz der
511 Beschäftigten zu stärken, soll eine Anti-Stress-Verordnung eingerichtet werden,
512 die Arbeitgebende dazu verpflichtet, Schutzmaßnahmen gegen körperliche und
513 psychische Erkrankungen zu treffen.
 - 514 • Auch wenn die Zahl der langzeiterwerbslosen Menschen in Thüringen in den letzten
515 Jahren kontinuierlich gesunken ist, suchen noch immer Menschen nach Jahren der
516 Arbeitslosigkeit nach einer Beschäftigung. Nach dem Ende des erfolgreichen
517 Gemeinwohl-Arbeitsprojekts für Tausende werden wir erneut nach Wegen suchen, um
518 ihnen im Rahmen öffentlicher Beschäftigung dauerhafte Perspektiven auf dem
519 Arbeitsmarkt zu eröffnen. Die auskömmliche Finanzierung der
520 Landesarbeitsprogramme ist deshalb unerlässlich.
 - 521 • Über den Bundesrat werden wir weiterhin für eine Verbesserung der Bedingungen
522 für Arbeitende und Menschen ohne Beschäftigung streiten. Der allgemeine
523 Mindestlohn muss zügig auf 15 Euro erhöht, eine armutsfeste
524 Mindestausbildungsvergütung eingeführt, das Bürgergeld künftig um den
525 inflationsbedingten Kaufkraftverlust des Vorjahres automatisch erhöht und
526 letztlich durch eine armutsfeste und sanktionsfreie Grundsicherung ersetzt
527 werden. Versuchen, die Lebensarbeitszeit zu verlängern oder Rechte von
528 Beschäftigten auf Bundesebene zu schleifen, werden wir klar widersprechen.
 - 529 • Doch wir wollen auch mit gutem Beispiel vorangehen und bei den
530 Arbeitsbedingungen der Landesbeschäftigten zusammen mit den zuständigen
531 Gewerkschaften Verbesserungen erwirken. Dafür möchten wir unseren Einfluss im
532 Arbeitgeberverband „Tarifgemeinschaft deutscher Länder“ nutzen um
533 sozialpartnerschaftlich bessere Tarifverträge für die Beschäftigten zu erwirken.

534

535 **Aktive Wirtschafts- und Industriepolitik für sichere Beschäftigungsperspektiven**

- 536 • Wir wollen eine neue Industriebeteiligungsstrategie, mit der wir Unternehmen in
537 Thüringen und ihren betrieblichen Interessensvertretungen im laufenden
538 Strukturwandel unterstützen können. Eigenständige Unternehmen, die sich auf den
539 Weg machen und ihre Produktion klimaneutral umstellen oder neue Produkte
540 entwickeln wollen, könnten über eine staatliche Beteiligung ihre
541 Eigenkapitalbasis stärken und so den Wandlungsprozess für die Beschäftigten
542 sicher gestalten. Betriebe, die am Ende der Entscheidungsketten stehen, weil
543 Konzernzentralen am anderen Ende der Welt sitzen, könnten über staatliche
544 Beteiligungen aus Unternehmensstrukturen herauswachsen und auf eigenen Beinen
545 stehen. Beide gilt es mit einem entsprechenden Plan unter Beteiligung der
546 Beschäftigten klimagerecht in Produktion und Arbeitsweise aufstellen. Dazu
547 braucht es regionale Strategien, bei denen die Beschäftigten, Gewerkschaften,
548 Kommunen, das Land und weitere wichtige Akteur:innen gemeinsam den Wandel
549 gestalten.
- 550 • Statt vorrangig Zulieferer für westdeutsche und internationale Konzerne zu sein,
551 will Die Linke eine Industrie- und Strukturpolitik, die Wertschöpfung stärker in
552 Thüringen verankert. Unter anderem haben sich dazu Industrie-Zusammenschlüsse
553 als Instrument guter Vernetzung bewährt. Wir wollen interessierten Branchen die
554 Bildung weiterer Verbunde offenhalten.
- 555 • Wir wollen Produktivgenossenschaften fördern, um kleine Betriebe im ländlichen
556 Raum zu erhalten. Belegschaften können so gemeinsam ihre Betriebe fortführen.
557 Bestehende Fördermöglichkeiten, zum Beispiel Mikrodarlehen, müssen bekannter
558 gemacht, Richtlinien vereinfacht und ein eigenes Förderprogramm für
559 Genossenschaften aufgelegt werden.
- 560 • Mit einem Fördergesetz für kleine und mittlere Unternehmen wollen wir vorhandene
561 Maßnahmen bündeln, bürokratische Hürden abbauen und zielgenau auf deren
562 Bedürfnisse ausrichten – etwa Vernetzung, Vertriebsstrukturen, Marketing,
563 Marktzugänge, Digitalisierung und Finanzierung.
- 564 • Wir wollen Gründungsaktivitäten im Handwerk sowie weiteren klein- und
565 mittelständischen Unternehmen weiter fördern. Mit der eingeführten
566 Meistergründungsprämie und dem Meisterbonus haben wir entsprechende Instrumente
567 an der Hand, die es zu erhalten und auszubauen gilt. Unser Ziel ist, dass der
568 Weg zur Meisterausbildung nicht am Geldbeutel scheitern darf, um maximal
569 attraktive Bedingungen für das Handwerk zu schaffen. Wir werden Arbeit und
570 Erfolge von Unternehmerinnen und Gründerinnen sichtbar machen, um mehr Frauen
571 zur Selbstständigkeit zu ermutigen. Wir wollen, dass Förderprogramme zu
572 Gründungsaktivitäten besonders die »Zweite Chance« für gescheiterte
573 Firmengründer:innen beinhalten.
- 574 • Wir wollen weiterhin in eine aktive Forschungs- und Technologiepolitik
575 investieren, die auch kleine- und mittelständische Unternehmen berücksichtigt
576 und können durch entsprechende öffentliche Forschungseinrichtungen und gezielte
577 Förderinstrumente unsere Thüringer Unternehmen bei Ideen begleiten und daraus
578 regionale Wertschöpfungsketten zu halten oder zu etablieren und gleichzeitig im

- 579 internationalen Wettbewerb zu bestehen. Die dazu notwendige Finanzierung
580 entsprechender Einrichtungen wollen wir fortsetzen und ausbauen.
- 581 • Für Thüringer Betriebe und Unternehmen werden wir mit einem Landesprogramm
582 Anreize bei der Rüstungskonversion geben, also eine Umstellung der Produktion
583 von militärischen Gütern auf zivile Produkte unterstützen und auch ehemals
584 militärisch genutzte Flächen und Gebäude für friedliche Zwecke nutzbar machen.
585 Militärische Investitionen von Unternehmen mit Landesbeteiligung werden wir
586 ausschließen. Neuansiedlungen von Rüstungsfabriken lehnen wir strikt ab. Niemand
587 sollte seinen Lebensunterhalt damit verdienen müssen, andere Leben zu zerstören.
 - 588 • Mit der Ansiedelung des chinesischen Batterieherstellers CATL in Arnstadt ist es
589 gelungen, eine Milliardeninvestition für eine entscheidende Zukunftstechnologie
590 der E-Mobilität nach Thüringen zu holen. Solche Ansiedlungen gehen allerdings
591 auch mit hohen Anforderungen an die umliegenden Gemeinden und die Menschen dort
592 vor Ort einher. Die Kommunen in der Region unterstützen wir, dafür nötige neue
593 öffentliche Infrastruktur – von Kindergärten über Wohnungen bis ÖPNV – zu
594 schaffen. Die Erschließung, der Ausbau und der Umbau von wirtschaftlichen
595 Ansiedlungen in Thüringen muss durch einen entsprechendes Infrastrukturfonds für
596 Soziales, Bildung, Kultur, Verkehr und Gesundheit gefördert werden. Wir wollen
597 zudem bei entsprechenden Ansiedlungen den Betrieb, die Beschäftigten und die
598 Gewerkschaft dabei unterstützen, hier ein Modell für tarifgebundene Arbeit, gute
599 Löhne und starke Mitbestimmung in einer Zukunftsindustrie zu entwickeln, die für
600 die Region langfristig ein Entwicklungsmotor und Stabilitätsanker sein kann. Um
601 mittelfristig gute Löhne zu stützen, müssen Berufsfelder wie in der
602 Batteriewirtschaft oder im Bereich der Wasserstofftechnologie bei der
603 Etablierung entsprechender Ausbildungsberufe, Facharbeits- und Studiengänge
604 unterstützt werden.
 - 605 • Bei der Förderung Thüringer Innovationen stellen wir das Wachstum kleiner und
606 mittlerer Unternehmen in den Mittelpunkt – wichtig ist der dauerhafte Aufbau
607 eigener Forschungskapazitäten. Mit einem Transformations- und
608 Nachhaltigkeitsfonds stellen wir finanzielle Weichen neu. Bedingungen des
609 sozial-ökologischen Umbaus müssen mitgedacht und gesellschaftliche Auswirkungen
610 von Forschung und Technologien berücksichtigt werden. Forschungsprojekte im
611 militärischen Bereich sind für uns nicht förderfähig.
 - 612 • Wir schlagen die Einrichtung einer Forschungsstelle Arbeit und Innovation vor,
613 um negative Auswirkungen der Digitalisierung und anderer Umbrüche und
614 Entwicklungen in der Arbeitswelt für Beschäftigte frühzeitig erkennen und
615 Veränderungsmöglichkeiten entwickeln zu können. Die Forschungsstelle soll sich
616 insbesondere der sozialen Entwicklung von Technik, der Humanisierung von Arbeit
617 und dem Ausbau von Mitbestimmung widmen.
 - 618 • Mit einer umfassenden Strategie zur Fort- und Weiterbildung für Beschäftigte
619 unterstützen wir Möglichkeiten, beruflich aufzusteigen. Damit bieten sich auch
620 Perspektiven, neue Methoden und Techniken der Wirtschaft 4.0 einzusetzen. Wir
621 wollen Strategie und Maßnahmen eng mit den Vertretungen der Beschäftigten und
622 Gewerkschaften entwickeln. Dazu gehört auch, den beruflichen Aufstieg von Frauen
623 im Landesdienst voranzubringen.
 - 624 • Zur Begleitung von Transformations- oder Digitalisierungsprozessen in den

625 Thüringer Betrieben ist auch eine professionelle Beratung von Betriebs- und
626 Personalräten nötig, zum Beispiel in Form einer vom Land unterstützten
627 Technologieberatungsstelle, damit sie die Interessen der Beschäftigten im Wandel
628 oder angesichts von Umstrukturierungen gut vertreten können.

629 • Um die Wärme- und Mobilitätswende sowie weitere Wandlungsprozesse mit
630 Auswirkungen auf Unternehmen, Sozialwirtschaft, Gesundheitsbereiche und
631 öffentlichen Dienst zu schaffen, braucht es Personal. Mit den Beschäftigten im
632 Land Thüringen, einer jungen Generation, die sich für ihre Zukunft stark macht,
633 sowie den Hochschulen und beruflichen Bildungseinrichtungen, haben wir Wissen,
634 Ideen und Erfahrungen, die wir nutzen können. Wir wollen die Rolle von
635 Hochschulen, Forschung und beruflicher Bildung für eine soziale Klimapolitik im
636 Land stärken. Diese Veränderungen braucht Menschen, die sie gestalten! Deshalb
637 wollen wir Modelle diskutieren, mit denen wir die Fort- und
638 Weiterbildungsmöglichkeiten ausbauen – an den Hochschulen wie an den beruflichen
639 Bildungszentren. Klimawandel, Digitalisierung und demographischer Wandel
640 bedeuten, dass viele Aufgaben auf weniger Schultern mit neuen technischen
641 Möglichkeiten bewältigt werden müssen. Diesen ständigen Weiterbildungsbedarf
642 müssen wir decken. Damit Menschen das können, brauchen sie Zeit und
643 Sicherheiten. Modelle dazu gibt es mit Bildungszeiten bei Lohnfortzahlung, was
644 man in Österreich unter Bildungskarenzzeiten kennt. Wer sich weiterbilden will,
645 um bei der Umstellung des Unternehmens auf klimaneutrale Produktion mitgestalten
646 zu können, sollte keine Angst haben müssen, ohne finanzielle Sicherheiten auf
647 dem Trockenen zu sitzen. Dazu brauchen wir Pilotstudiengänge an den Hochschulen
648 und Modellprojekte an den Berufsbildungszentren, die durch eine neue Rolle in
649 der Weiterbildung auch eine Stärkung erfahren können. Das ist nötig, weil neue
650 Berufsbilder und -aufgaben die Arbeitswelt prägen werden.

651 • Wir wollen das Bildungsfreistellungsgesetz für mehr Beschäftigte öffnen. Auch in
652 kleinen Betrieben und für Auszubildende sollen fünf Tage Bildungsfreistellung
653 pro Jahr möglich sein. Außerdem wollen wir die Anerkennung einer
654 Bildungsfreistellungsveranstaltung nach ThürBfG erleichtern. Wir werden
655 gemeinsam mit den Gewerkschaften offensiv für Bildungsurlaub werben.

656

657 **Landwirtschaft regional, sozial, nachhaltig und sicher vor Spekulation**

658 Auch in der Landwirtschaftspolitik ist ein Umdenken notwendig, um Boden zu schützen,
659 die regionale Versorgung mit Nahrungsmitteln zu stärken und Arbeitsplätze zu sichern,
660 anstatt Agrarflächen zum Spekulations- und Renditeobjekt zu machen. Erforderlich sind
661 schützende Eingriffe durch ein Agrarstrukturgesetz und eine Weiterentwicklung der
662 Förderpolitik. Unsere Landwirtschaft soll die Bevölkerung mit guten, bezahlbaren
663 Nahrungsmitteln versorgen und steht zugleich unter hohem Wettbewerbs- und Preisdruck.
664 Viele landwirtschaftliche Betriebe kämpfen um ihr Überleben. Die von der
665 Bundesregierung geplante Abschaffung des billigeren Agrardiesels und der Befreiung
666 von der Kraftfahrzeugsteuer sind weitere Belastungen durch die Ampelregierung im
667 Bund. Die Thüringer Linke steht an der Seite der Landwirt:innen, sowohl der Öko-
668 Betriebe wie auch der konventionell Wirtschaftenden, und setzt sich für deren Bestand
669 und guten wirtschaftlichen Entwicklung ein. Dennoch steht die Landwirtschaft als
670 Nutzerin der Natur und Produzentin unserer Lebensmittel in einer großen

671 Verantwortung. Naturschutz, Tierwohls, Qualität, Arbeitsbedingungen und Löhne und
672 Einkommen müssen stimmen. Will sie in Thüringen den zahlreichen Herausforderungen im
673 Interesse unser aller Zukunft gerecht werden, muss sie sich verändern. Dafür braucht
674 sie aktive politische und gesellschaftliche Unterstützung, die sie von unserer Partei
675 weiterhin bekommen wird, das ist versprochen.

- 676 • Wir wollen eine Landbewirtschaftung, die die Bodenfruchtbarkeit dauerhaft erhält
677 und die unsere natürlichen Ressourcen mit der biologischen Vielfalt schont. Es
678 soll eine vielfältige Kulturlandschaft gefördert werden. Unser Handeln richten
679 wir danach aus, dass eine Kreislaufwirtschaft angestrebt wird, die auch die
680 Tierhaltung in einem der Fläche angepassten Umfang beinhaltet. Wir wollen „Gute
681 Arbeit“ in Form gut bezahlter und sozial abgesicherter Einkommensverhältnisse
682 und betrieblicher Mitbestimmung als Standard für in der Landwirtschaft
683 Beschäftigte.
- 684 • Wir stehen zu den Agrargenossenschaften. Nach unserer Auffassung ist die Art und
685 Weise der Bewirtschaftung entscheidend und nicht die Größe des
686 landwirtschaftlichen Betriebes.
- 687 • Wir brauchen mehr Beteiligung der Akteure und einen breiten Dialog über die
688 Frage, wie die Landwirtschaft der Zukunft aussehen, sich entwickeln und
689 unterstützt werden soll. Landwirtschaft in Deutschland steht am Scheideweg: Die
690 Linke Thüringen wird dafür sorgen, dass Agrarpolitik wieder sachgerecht, planbar
691 und verlässlich gestaltet wird. Wir unterstützen die Initiative von Umwelt- und
692 Landwirtschaftsverbänden für einen gemeinsamen Dialog zur Zukunft der Thüringer
693 Landwirtschaft.
- 694 • Wir fordern die Umsetzung der lange schon auf dem Tisch liegenden Maßnahmen der
695 sogenannten ‚Borchert-Kommission‘, in der Politik und Landwirtschaft gemeinsame
696 Reformschritte diskutiert haben, und der ‚Zukunftskommission Landwirtschaft‘
697 (ZKL). Die dort vorgeschlagenen Handlungsempfehlungen geben der Landwirtschaft
698 eine Perspektive. Wir beziehen die Thüringer Akteure bei der Erarbeitung der
699 Umsetzungsmaßnahmen unbedingt ein, und setzen uns dafür ein, eine verlässliche
700 Finanzierung sicherzustellen.
- 701 • Wir sind und bleiben auf eine einheimische Lebensmittelerzeugung angewiesen.
702 Wir werden daher dafür Sorge tragen, dass die Landwirtschaft ein resilienter
703 Bestandteil der regionalen Wertschöpfung bleibt und die Ernährungssouveränität
704 mit einer sichereren Perspektive des Sektors gewährleistet.
- 705 • Wir setzen auf ökologische und klimaschonende Bewirtschaftung, auf regionale
706 Wertschöpfung durch Erzeugung, Verarbeitung und Vermarktung in der Region und
707 Kooperation aller Anbieter:innen und kurzen Versorgungsketten. Dafür wollen wir
708 Direktvermarktung unterstützen, um so auch Landwirt:innen vor dem Druck der
709 Handelsketten zu schützen und die Umwelt zu schonen. Weniger Marktdominanz der
710 Lebensmittelketten bedeutet mehr Verhandlungsmacht für Landwirt:innen und damit
711 bessere Löhne für die Beschäftigten in den grünen Berufen. Statt langer
712 Lieferwege soll frisches und regionales Obst, Gemüse, Fleisch und Fisch auf den
713 Tisch unserer Schulkinder, auf unseren eigenen Herd, in Kantinen, Mensen und
714 Cafeterien gelangen. In diesem Sinne werden wir kommunale Einrichtungen und
715 Landeseinrichtungen unterstützen, dauerhaft regionale Produkte zu nutzen. Wir
716 setzen uns für eine Neuausrichtung des Agrarmarketings ein und suchen hie auch

- 717 die Kooperation mit anderen Bundesländern.
- 718 • Wir setzen uns für die Förderung der Produktion von Fleischersatzprodukten lokal
719 in Thüringen ein.
- 720 • Wir stehen zu der nachhaltigen Agrarpolitik unserer Landesregierung, mit dieser
721 wollen wir Artenvielfalt und die natürlichen Ressourcen erhalten sowie
722 Bodenerosion, z.B. durch mehr Agroforst, und klimaschädliche Emissionen
723 verringern. Wir streben an, die Agrarumwelt- und Klimamaßnahmen sowie den
724 Ökolandbau auf einem Drittel der Agrarflächen Thüringens zu etablieren.
- 725 • Wir wollen, dass die Förderung der Landwirtschaft durch die Europäische Union an
726 neue Kriterien geknüpft wird. Wir sehen die Gemeinwohlprämie als eine
727 Möglichkeit, um die soziale und ökologische Entwicklung der Landwirtschaft zu
728 stärken. Der bürokratische Aufwand muss reduziert werden. Die EU-Förderung muss
729 schlechter gestellte Betriebe, insbesondere in weniger ertragreichen Gebieten,
730 im Sinne einer flächendeckenden Landwirtschaft angemessen berücksichtigen.
- 731 • Bäuerinnen und Bauern sollen endlich die Möglichkeit bekommen, mit
732 Umweltleistungen auch Einkommen zu generieren. Die Entlohnung für Leistungen,
733 die sie für den Umweltschutz erbringen, erfolgt mittels Prämien innerhalb der
734 Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) Europas. Wir wollen über die den nationalen
735 Strategieplan die Prämien in einem Umfang anpassen, dass ein Teil der Zahlung
736 als Gewinnbeitrag für den Betrieb erfolgt.
- 737 • Wir erkennen die Leistungen der Agrarbetriebe, die benachteiligten Gebiete
738 bewirtschaften, an und halten an den Ausgleichszahlungen fest, diese erhalten
739 ökologisch wertvolle Kulturlandschaften und tragen zum Artenschutz bei. Mehr als
740 jeder zweite Hektar der landwirtschaftlichen Fläche Thüringens liegt im
741 benachteiligten oder spezifischen Gebiet. Von der Ausgleichszulage profitieren
742 Agrarbetriebe, die Felder oder Grünland in solchen naturbedingt ungünstigen
743 Lagen bewirtschaften und deshalb nur geringere Erträge erzielen können. Diese
744 Gebiete haben einen hohen Anteil an ökologisch und ökonomisch wertvollem
745 Grünland, das als Weidefläche und Futterquelle für Nutzvieh dient. Dauergrünland
746 gilt als eines der artenreichsten Biotopformen. Ohne die Ausgleichszulage
747 bestünde eine erhöhte Gefahr, dass die betroffenen Flächen brachfallen,
748 verwildern und verbuschen.
- 749 • Wir unterstützen eine anwendungsorientierte Agrar- und Gartenbauforschung und
750 Beratung unserer landwirtschaftlichen Betriebe. Dabei geht es uns um ein Dünge-
751 und Bodenmanagement, das den Erfordernissen des Natur- und Klimaschutzes gerecht
752 wird. Die Linke Thüringen will den Einsatz von Pestiziden, wie zum Beispiel
753 Glyphosat, und schädliche Düngeverfahren zurückdrängen.
- 754 • Die ökologische Transformation des Pflanzenbaus und der Tierhaltung werden durch
755 die Marktteilnehmer:innen nicht bezahlt und auch nicht ausreichend finanziell
756 gefördert. Der gesellschaftliche Druck zum Umbau der Landwirtschaft steigt,
757 jedoch werden Bäuerinnen und Bauern lediglich mit zunehmendem bürokratischem
758 Aufwand, ordnungsrechtlichen Auflagen und erhöhten Kosten konfrontiert - ohne
759 eine angemessene Entschädigung. Daher setzt sich Die Linke für gerechte
760 Erzeugerpreise und für eine bessere Marktstellung der Bäuerinnen und Bauern ein.
761 Zur Steigerung der Wertschöpfung auf den landwirtschaftlichen Betrieben werden

- 762 wir prüfen, welche Möglichkeiten uns die Regelungen zur Gemeinsamen
763 Marktorganisation (GMO) der Europäischen Union geben eine gesetzliche
764 Vertragsgestaltung vor Lieferung zwischen der abnehmenden Hand und den
765 Bäuerinnen und Bauern verpflichtend einzuführen.
- 766 • Landwirtschaftliche Betriebe dürfen nicht auf Monokulturen setzen, um
767 Marktschwankungen und Auswirkungen des Klimawandels besser abfangen zu können.
768 Wir begleiten die Betriebe bei den notwendigen Umstellungen und Investitionen.
 - 769 • Wir stehen gegen Bodenspekulation und Landgrabbing, die zunehmend auch in
770 Thüringen auftritt. Ackerland gehört die Hände von Bäuerinnen und Bauern, der
771 Zugriff außerlandwirtschaftlicher Investoren muss gestoppt werden.
772 Landwirtschaftliche Nutzflächen müssen als solche erhalten werden. Wir wollen
773 deshalb das landwirtschaftliche Vorkaufsrecht stärken, gesetzliche Hürden
774 überwinden und Preise deckeln. Wir wollen den Zugang zu Grund und Boden denen
775 ermöglichen, die ihn auch bearbeiten. Mit unserem Vorschlag für ein
776 Agrarstrukturgesetz sind wir dafür einen ersten wichtigen Schritt gegangen.
 - 777 • Eine breite Eigentumsstreuung von landwirtschaftlichen Nutzflächen ist unser
778 politisches Ziel Auf dem Bodenmarkt finden jedoch seit Jahren
779 Konzentrationsprozesse statt. Die Kauf- und Pachtpreise steigen kontinuierlich.
780 Die Linke setzt sich dafür ein, das Steuerrecht beim Erwerb landwirtschaftlicher
781 Flächen zu reformieren.
 - 782 • Als Entscheidungsgrundlage für Grundstücksverkehrsgenehmigungen und weitere
783 agrarpolitische Entscheidungen muss eine volle Transparenz beim
784 landwirtschaftlichen Grundbesitz und insbesondere bezüglich der
785 Eigentümerstrukturen von Agrarunternehmen gewährleistet werden.
 - 786 • Bodeneigentum in öffentlicher Hand ist darüber hinaus ein wichtiges Instrument,
787 um öffentliche Interessen hinsichtlich Agrarstruktur, Umweltbelangen und
788 Unterstützung von alternativen Modellen und Junglandwirt:innen durch
789 zielgerichtete Verpachtung zu befördern. Ein strategischer, öffentlicher
790 Bodenfonds eröffnet die Möglichkeit, agrarstrukturelle und gemeinwohlorientierte
791 Ziele des Landes über gezielte langfristige Verpachtung zu verfolgen.
 - 792 • Wir wollen artgerechte Tierhaltung stärken und einen sozial verträglichen Umbau
793 zu mehr Tierwohl und Umweltschutz fördern. Wir unterstützen die flächengebundene
794 Tierhaltung, die die Zahl der Tiere an der Naturverträglichkeit bemisst. Damit
795 stärken wir auch betriebliche Kreisläufe.
 - 796 • Mit den Empfehlungen der „Borchert Kommission“ sowie der Zukunftskommission
797 Landwirtschaft liegen seit Langem konkrete Konzepte vor, wie die notwendige
798 Ökologisierung des Pflanzenbaus und der Umbau der Tierhaltung so gelingen kann,
799 dass er mit wirtschaftlichen Perspektiven für den landwirtschaftlichen
800 Berufsstand verbunden ist. Wir fordern weiter die Maßnahmen der Agrarpolitik an
801 diesen Empfehlungen auszurichten.
 - 802 • Statt zentralisierter und privater Groß-Schlachthöfe mit langen Transportwegen,
803 höherem Aufwand und oft schlechten Arbeitsbedingungen unterstützen wir
804 dezentrale Schlachtstätten und führen unsere Bemühungen zur Einrichtung
805 regionaler und kommunaler Schlachthöfe einzuführen fort.
 - 806 • Die Haltung in Kastenständen und die Tierhaltung auf Vollspaltenböden soll nach

807 und nach durch tiergerechte Anlagen ersetzt werden. Um Landwirt:innen dabei zu
808 unterstützen, werden Stallbaumaßnahmen besonders gefördert, die erhöhten
809 Anforderungen an eine tiergerechte Haltung entsprechen.

810 • Wir treten für die Stärkung gentechnikfreier Regionen und Initiativen ein.
811 Künftige EU-Zulassungsverfahren müssen transparenter sein und ökologische und
812 sozio-ökonomische Kriterien stärker einbeziehen. Wir stehen für ein Anbauverbot
813 von gentechnisch veränderten Pflanzen. Verunreinigungen mit nicht zugelassenen
814 gentechnisch veränderten Organismen muss verhindert werden, um Landwirtschaft
815 und Imkerei zu schützen.>

816 • Die EU-Kommission plant die Deregulierung neuer Gentechniken. Risikoprüfung,
817 Kennzeichnungspflicht, Koexistenz- und Haftungsregelungen würden abgeschafft.
818 Eine gentechnikfreie konventionelle und ökologische Erzeugung von Lebensmitteln
819 wäre so nicht mehr vorstellbar. Wir fordern, dass auch neue Gentechnik-Pflanzen
820 nach bewährtem Gentechnik-Gesetz reguliert bleiben müssen.

821 • Die Teichwirtschaft ist eine Voraussetzung für unsere Fischereibetriebe und
822 stützt den Wasserhaushalt und Naturschutz. Fischereiwirtschaft gehört in
823 Thüringen zu den traditionellen Wirtschaftsformen im ländlichen Raum. Sie ist
824 dort ein wichtiger Wertschöpfungsfaktor nicht zuletzt auch wegen der regional
825 produzierten Qualitätsprodukte. Die bewirtschafteten Fischteiche stellen eine
826 besondere landschaftstypische Form der Kulturlandschaft dar, die auch einen
827 wichtigen Beitrag zum Erhalt der biologischen Vielfalt leistet und erhalten
828 werden soll.

829

830 **Mit starker Forstwirtschaft den Wald als Lebensgrundlage erhalten**

831 • Wir sehen es alle, und es ist heute drängender denn je: Wir müssen die Thüringer
832 Wälder klimafest machen. Unsere Wälder sind wunderschöne Naturlandschaften und
833 spielen eine wichtige Rolle für Naherholung und Tourismus, im Kampf gegen den
834 Klimawandel und als Quelle von nachwachsenden Rohstoffen. Zugleich leidet der
835 Wald unter Wetterextremen und Schädlingsbefall. Mit stillgelegten Waldflächen
836 leisten wir bereits einen wichtigen Beitrag zum Klima- und Naturschutz sowie zur
837 Artenvielfalt. Wir haben den einst von der CDU festgelegten Personalabbau und
838 die sinkenden Landeszuweisungen an »Thüringen Forst« gebremst. Damit kann unsere
839 Landesforstanstalt ihre Aufgaben angemessen erfüllen.

840 • Um die Widerstandskraft unserer Wälder zu erhöhen, brauchen wir einen naturnahen
841 Waldumbau. Wir müssen dafür gezielt Baumarten anpflanzen, die gut gegen Stürme
842 und lange Zeiten der Trockenheit gewappnet sind. Für einen zügigen Waldumbau und
843 eine bessere regionale Wertschöpfung wollen wir die Landesforstanstalt personell
844 und finanziell stärken. Dazu dient die Fortführung des „Aktionsplanes Wald“.

845 • Es soll jedoch nur dort gepflanzt und gesät werden, wo artenreicher Aufwuchs
846 durch Naturverjüngung nicht erreicht wird. Die naturnahen Waldbewirtschaftung
847 soll unser Fokus sein, hier setzen wir insbesondere auf Naturverjüngung, die
848 etwa 90 Prozent der Wiederbewaldung ausmacht. Dazu gehört auch abgestorbene
849 Bäume als Schattenspende und Erosionsschutz im Wald zu belassen.

850 • Der Waldumbau von Monokulturen (aktuell noch 57% Nadelholz beim Baumartenanteil)
851 zu einem klimastabilen Mischwald liegt in unserem elementaren Eigeninteresse und

- 852 ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, deren Bedeutung und Anerkennung
853 jahrelang vernachlässigt wurde. Wir wollen öffentliche Gelder für Waldbesitzer
854 auch künftig daran koppeln, ob sie dieses Ziel verfolgen. Der Umbau von
855 Monokulturen zu klimabeständigeren Mischwäldern mit Laubbäumen ist
856 kostenintensiv. Daher müssen ausreichend öffentliche Mittel fließen, um
857 Waldbesitzer für die nötige Überführung in stabile Wälder, deren Entwicklung und
858 Gestaltung zu motivieren.
- 859 • Wir werden die nach Schädlingsbefall, Trockenheit und Stürmen notwendig
860 gewordene Wiederaufforstung fördern, unter anderem mit einem Landesprogramm für
861 Wiederaufforstung und Waldumbau, das auch privaten und kommunalen
862 Waldbesitzer:innen zugute kommt, werden Klimaschutz, Wassermanagement,
863 Tourismus, Holzwirtschaft und neue Jobs unterstützt und die Zukunft unseres
864 Thüringer Waldes garantiert.
 - 865 • Bis 2030 stellen wir im Haushalt insgesamt 500 Millionen Euro für die
866 Wiederbewaldung und den Waldumbau bereit. Im Fokus der Umsetzung stehen die
867 Schadbeseitigung, die klimastabile Wiederbewaldung und die Waldbrandprävention.
 - 868 • Mischwälder mit einem hohen Anteil an Laubholz und tief wurzelnden
869 Nadelbaumarten können wesentlich besser und effizienter die Niederschläge und
870 verfügbares Bodenwasser nutzen, als Fichten- oder Kiefernreinbestände, daher
871 können sie in begrenztem Umfang auch Trockenperioden besser überstehen. Die
872 vorhandene Wasserspeicherfähigkeit des Bodens muss erhalten werden, um jeden
873 kostbaren Tropfen Wasser zu sichern. Deshalb sollte der Einsatz schwerer
874 Maschinen auf das Nötigste beschränkt werden und möglichst effektiv und
875 bodenschonend erfolgen.
 - 876 • Wir wollen mit allen forstwirtschaftlichen Akteuren und Institutionen in den
877 Austausch treten, um einen Prozess zur Umstellung auf eine naturnahe
878 Waldbewirtschaftung zu begleiten.
 - 879 • Besitzer:innen von kleinen Privatwäldern und forstliche Zusammenschlüsse müssen
880 künftig besser unterstützt werden.
 - 881 • Die Veräußerung von Wald in öffentlichem Eigentum zur Haushaltskonsolidierung
882 muss unterbunden werden.
 - 883 • Die Nutzung der Waldwege muss neu geregelt werden. Die Interessen der
884 Waldbesitzer:innen sind ebenso zu berücksichtigen wie unvermeidbare Nutzungen
885 mit Kraftfahrzeugen durch Landwirtschaft und Fischerei. Auch touristische
886 Ansprüche und die Bedürfnisse von Anlieger:innen müssen einbezogen werden.
 - 887 • Kleingärten sind für viele Menschen in Thüringen wichtige Orte der Freizeit- und
888 Urlaubsgestaltung, der Erholung, des Sozialen und der Selbstversorgung mit
889 Gemüse und Obst. Kleingärten sind ein wichtiger Teil Thüringer Kultur. Wir
890 setzen uns für den Erhalt der Gärten ein und wollen die gemeinnützigen
891 Vereinsstrukturen stützen und den Forderungen der Thüringer Kleingärtner:innen
892 gegenüber der Bundesregierung Gehör verschaffen.
- 893
- 894 **Tourismus sozial und nachhaltig stärker machen**
- 895 • Vom Tourismus hängen in Thüringen mehr als 100.000 Arbeitsplätze ab. Eine gut

- 896 aufgestellte Tourismuslandschaft mit vielfältigen Angeboten ist ein Grundstein
897 für eine hohe Attraktivität für die Menschen vor Ort, gerade im ländlichen Raum.
898 Mit der „Landestourismusstrategie 2025“, der Wanderwegekonzeption, Entwicklungen
899 am Thüringer Meer oder dem Programm „Zukunft Thüringer Wald“ haben wir die
900 Angebote, das Marketing, Finanzierung, Strukturen und Qualität gestärkt. Diesen
901 Kurs werden wir weitergehen, um die Angebote in unserem Thüringen immer weiter
902 zu verbessern und auch veränderten Erwartungen gerecht zu werden.
- 903 • Nach der existenziellen Krise des Gast- und Hotelgewerbes durch die Corona-
904 Pandemie erholen sich die Tourismuszahlen wieder. Dennoch steht die Branche
905 weiterhin vor großen Herausforderungen, unter anderem durch die erneute Erhöhung
906 der Umsatzsteuer für Speisen auf 19% und fehlende Fachkräfte. Eine Lösung kann
907 nur im Dreiklang aus guter Arbeit und guten Löhnen, Investitionsbereitschaft und
908 verbesserter Vermarktung gelingen. Das werden wir politisch unterstützen, unter
909 anderem durch den nun beschlossenen Beherbergungs- und Gastrobonus. Bis 2027
910 unterstützen wir Gastronomie und Beherbergungsbetriebe vor allem in ländlichen
911 Regionen mit drei Millionen Euro.
 - 912 • Die Zusammenarbeit der Thüringer Tourismusregionen muss weiter intensiviert
913 werden. Eine höhere Aufenthaltsdauer und Wertschöpfung gelingt nur, wenn
914 gemeinsam die vielfältigen Kultur- und Naturschätze sowie Freizeitangebote
915 Thüringens beworben und eingebunden werden.
 - 916 • In einem international stark umworbene Markt hilft Thüringen die Kooperation,
917 um sichtbar zu sein. Wir wollen die länderübergreifende Zusammenarbeit ausbauen
918 – sowohl im gemeinsamen Marketing mit den angrenzenden Bundesländern als auch in
919 den grenzübergreifenden Regionen Eichsfeld, Franken, Harz, Rhön, Vogtland und
920 der Metropolregion Leipzig.
 - 921 • Auch der Tourismus in Thüringen muss sich den Herausforderungen dieser Zeit
922 stellen. Wir wollen daher Maßnahmen unterstützen, die die Ganzjahresnutzung und
923 einen sanften wie nachhaltig ressourcenschonenden Tourismus fördern.
 - 924 • Auch im Tourismus fördern wir barrierefreies Reisen. Fördermöglichkeiten zum
925 Ausbau entsprechender Angebote werden wir daher ausbauen.
 - 926 • Bei der Buchung von Reise- und Übernachtungsleistungen, nimmt die Nutzung
927 digitaler Vertriebswege immer mehr zu. Das gilt auch für Dienstleistungen im
928 Bereich Sport-, Erholungs- und Gesundheitstourismus. Das sollte über eine
929 entsprechende digitale Plattform durch den Freistaat vermarktet werden.

930

931 **Gute Bildung von der Kinderkrippe bis zum Meister oder Master –** 932 **beitragsfrei!**

933

934 Bildung ist eine zentrale Voraussetzung, um das eigene Leben selbst zu gestalten. Wir
935 wollen, dass alle Kinder und Jugendliche im Kindergarten und in der Schule bestens
936 gefördert werden, unabhängig von den finanziellen Möglichkeiten und dem Geldbeutel
937 ihrer Familien, unabhängig von ihrer Herkunft oder ihren individuellen
938 Voraussetzungen. Bildung muss deshalb beitragsfrei sein, vom Besuch des Kindergartens

939 bis hin zum Kurs für Senior:innen an den Volkshochschulen. Unsere Leitlinien -
940 längeres gemeinsames Lernen und inklusive Bildung - wirken der sozialen Spaltung
941 entgegen und ermöglichen Bildungserfolg. Statt für Konkurrenz und Leistungsdruck
942 setzen wir uns für ein solidarisches Bildungssystem ein, an dem alle miteinander und
943 füreinander teilhaben. Wir denken Bildung vom Kind und vom Menschen her. Bildung
944 braucht starke und fachkundige Begleitung. Moderne Lehrpläne und Lernorte, digital
945 gut ausgestattete Bildungsreinrichtungen und geschultes Personal sind
946 Grunderfordernisse. Thüringen hat gut ausgestattete Kindergärten, Schulen,
947 Hochschulen und Volkshochschulen, engagierte Pädagog:innen, moderne Bildungskonzepte
948 und eine lebendige, von Mitbestimmung geprägte Kultur an seinen
949 Bildungseinrichtungen. Das wollen wir weiter ausbauen und stärken.

950 Insbesondere wollen wir die Lehrkräfte weiterhin unterstützen und ihnen gute
951 Bedingungen bieten. Mit der Wiederverbeamtung von Lehrer:innen, der Anhebung aller
952 grundständigen Lehrkräfte auf das gleiche Gehalt in der Besoldungsstufe A13, der
953 Beendigung des Stellenabbaupfads und der Öffnung des Seiteneinstiegs haben wir schon
954 vor Jahren den fatalen Kurs der CDU geführten Vorgängerregierungen beendet und das
955 Ruder herumgerissen. Wir stellen jährlich Lehrer:innen im vierstelligen Bereich ein
956 und gewinnen als Land netto auch vollausgebildete Lehrer:innen hinzu, mehr als wir an
957 andere Länder abgeben. Trotzdem bleibt Lehrer:innen-Mangel eine dauernde
958 Herausforderung. Thüringen braucht weiterhin eine Regierung, die mit Erfahrung, hoher
959 Arbeitsleistung und offenem Ohr für Lösungsideen vor Ort durch diese Herausforderung
960 steuern kann.

961 Bildung braucht das gemeinsame Engagement aller, denn Bildung ist eine
962 Gemeinschaftsaufgabe. Wir setzen uns für eine Grundgesetzänderung ein, die eine
963 dauerhafte Finanzierung der Bundesregierung von Bildungsaufgaben sichert. Programme
964 und Projekte, die einfach eingekürzt werden können, entsprechen nicht unserem
965 Verständnis von dauerhafter Verantwortung für eine gute Bildung in den Bundesländern.

966

967 **Kindergartenland Thüringen - Gute Bildung von Anfang an**

- 968 • Wir werden die Qualität der Betreuung in den Kindergärten und
969 Kindertagespflegeeinrichtungen weiter steigern. In die baulichen und
970 konzeptionellen Voraussetzungen der Träger von Kindergärten wollen wir weiter
971 investieren.
- 972 • Wir wollen den Fachkraft-Kind-Schlüssel und die Qualität der Bildung in den
973 Kindergärten weiter verbessern und dazu wird weiteres gutes Personal gebraucht.
974 Bessere Bezahlung und Arbeitsbedingungen sind dafür das A und O. Erfolge bei der
975 Gewinnung von Erzieher:innen haben wir bereits durch Projekte unserer
976 Landesregierung zur praxisintegrierten Ausbildung und Zuschüsse an die Kita-
977 Träger für Jahrespraktikant:innen erzielt.
- 978 • Die Leitung einer Einrichtung ist eine fordernde und verantwortungsvolle
979 Aufgabe. Die Anhebung des sogenannten »Leitungsdeckels« im Jahr 2018 war ein
980 wichtiger Schritt dahin, dass die Kolleg:innen vor Ort dieser Aufgabe gerecht
981 werden können. Zukünftig muss dieser Deckel ganz wegfallen, so dass einem
982 Kindergarten mit 200 Kindern beispielsweise bis zu zwei Personalstellen für
983 Leitungsaufgaben zur Verfügung stehen können. Wir werden kleine Einrichtungen

984 unter 50 Kindern mit 0,5 VbE Leitungsstunden ausstatten. Einrichtungen zwischen
985 51 und 99 Kindern erhalten 1 VbE Leitungsstelle.

986 • Mit den zwei beitragsfreien Kindergartenjahren entlasten wir bereits etwa 20.000
987 Familien um durchschnittlich 3.000 Euro pro Kind. Bis 2025 wollen wir auch das
988 dritte Kindergartenjahr und im Laufe der nächsten Regierungsperiode die
989 vollständige Beitragsfreiheit in Thüringen umsetzen.

990 • In den Thüringer Kindergärten werden wir die Voraussetzungen für Inklusion und
991 Barrierefreiheit verbessern. Jedes Kind hat Anspruch auf Bildung nach seinen
992 individuellen Bedürfnissen.

993 • Wir fordern, die Einführung einer regionalen und gesunden Essensversorgung an
994 Kindergarten und Schule in allen Landkreisen und kreisfreien Städten in
995 Thüringen und wollen schrittweise die Verpflegungskosten in Kindergärten und
996 Schulen kostenfrei gestalten und ein Programm für die Unterstützung kommunaler
997 Küchen für Kindergärten und Schulen auf den Weg bringen. Es braucht eine
998 Initiative für mehr kommunale Eigenbetriebe für Kindergarten- und Schulesen.

999 • Kindertagespflegepersonen, also Tagesmütter und Tagesväter, sind mit ihrem
1000 Angebot ein wichtiger Bestandteil der Kinderbetreuung. Nicht nur bei der
1001 Qualitätsentwicklung bei der Kindertagespflege sind wir weiter vorangekommen,
1002 auch die finanzielle Ausstattung haben wir verbessert.

1003 • Wir brauchen Forschung an der Schnittstelle von Wissenschaft und
1004 Kindergartenpraxis zu Bedingungen, Ausbildung und pädagogischer Begleitung in
1005 Kindergärten. Deshalb wollen wir ein Zentrum für frühkindliche Bildung an einer
1006 Thüringer Hochschule verankern.

1007 • Wir wollen, dass Sozialarbeit und Sozialraumraumorientierung bereits im
1008 Kindergarten anfängt. Eltern und Kinder haben durch den Einsatz von Sozialarbeit
1009 in ihren Kindergärten eine zusätzliche Ansprechperson. Und der direkte Nahraum
1010 des Kindergartens erfährt eine Aufwertung.

1011 • Wir unterstützen den Wunsch der Jüdischen Landesgemeinde Thüringen nach einem
1012 jüdischen Kindergarten.

1013

1014 **Schule von morgen heute gestalten**

1015 • Jede:r soll in unseren Schulen so gut wie möglich gefördert und gebildet wird.
1016 Wir wollen keinen zurücklassen und werden deshalb weitere Maßnahmen erproben und
1017 einführen, die die Anzahl der Menschen ohne Schulabschluss minimiert.

1018 • Wir wollen und müssen für eine gute Bildungslandschaft den Bedarf an Lehrkräften
1019 bestmöglich decken. Nicht ein abstrakter Ländervergleich soll die Zahl der
1020 Lehrkräfte bestimmen, sondern der Bedarf an den Schulen.

1021 • Der Mangel an Lehrer:innen muss durch viele verschiedene Maßnahmen bekämpft
1022 werden. Neben grundständig ausgebildeten Lehrerinnen und Lehrern, die weiter
1023 extrem wichtig sind, zählen Seiteneinsteiger:innen mittlerweile zum gewohnten
1024 Bild an Thüringer Schulen. Sie sind unersetzlich und bereichern das Schulleben
1025 und den Unterricht mit ihrer vielfältigen Lebens- und Berufserfahrung. Viele von
1026 ihnen hatten ursprünglich keine Chance, in Thüringen Lehrer:in zu werden. Wir
1027 wollen ihnen weiter beste Möglichkeiten des Berufswechsels und des Ankommens und

- 1028 Hineinwachsens an Schulen geben.
- 1029 • Die erfolgreiche Thüringer Kampagne zur Gewinnung von Lehrer:innen, die das
1030 Image des Berufs der Lehrer:innen zum Positiven gewandelt hat, damit aktiv zur
1031 Lehrer:innengewinnung beiträgt und bundesweit viel beachtet ist, wollen wir mit
1032 neuen, kreativen Ideen fortsetzen.
- 1033 • Mit den neuen Pädagogischen Assistent:innen haben wir an den Schulen mehr
1034 pädagogische Spielräume und bessere Unterstützung ermöglicht. Sie sollen in
1035 Thüringen unbefristet eingestellt werden. Wir wollen die Zahl der Pädagogischen
1036 Assistent:innen weiter erhöhen und alle Schularten berücksichtigen.
- 1037 • Einstellungen in den Schuldienst sollen grundsätzlich unbefristet erfolgen.
1038 Sachgrundlose Befristungen lehnen wir ab.
- 1039 • Bei der Planung des Lehrkräfteeinsatzes muss der hohe Anteil langzeiterkrankter
1040 Lehrer:innen stärker berücksichtigt werden. Deshalb lassen wir uns nicht von
1041 unserem mittelfristigen Ziel abbringen, einen Personaleinsatz von 110 Prozent
1042 anzustreben.
- 1043 • Für Kinder mit nichtdeutscher Herkunftssprache wollen wir ein Gesamtkonzept zur
1044 Sprachförderung erarbeiten. Jede:r Schüler:in nichtdeutscher Herkunftssprache
1045 muss eine in die Regelbeschulung integrierte und in die Gesellschaft
1046 integrierende Sprachförderung erhalten.
- 1047 • Eine Schlüsselfunktion nehmen hierbei für uns Pädagog:innen für Deutsch als
1048 Zweitsprache ein.
- 1049 • Wir wollen, dass an jeder Schule ein Medienkonzept existiert, das zur
1050 fächerübergreifenden Vermittlung von Medienkompetenz und zur Einbeziehung
1051 moderner medialer Unterrichtsmittel Aussagen trifft. Der kritische Umgang mit
1052 Social Media muss ab der Schuleingangsphase Teil des Unterrichts sein -
1053 ausdrücklich im Wissen darum, dass Schüler:innen in der Frage der Nutzung auch
1054 Expertise haben, die in den Unterricht fächerübergreifend entsprechend mit
1055 einbezogen werden muss. Die Schulträger sollen vom Land bei der Gewährleistung
1056 eines guten technischen Supports für Pädagog:innen
- 1057 • und Schüler:innen stärker unterstützt werden - dafür sind bereits Mittel aus dem
1058 Digitalpakt des Bundes genutzt worden. Diesen Weg wollen wir weiter verstetigen.
- 1059 • muss.
- 1060 • Wir fordern die kommunale Familie auf, die begonnene Digitalisierung in den
1061 Schulen weiterzuführen.
- 1062 • Wir wollen echte Lernmittelfreiheit (analog wie digital), einen freien Zugang zu
1063 digitalen und analogen Lernmitteln schaffen, damit auch hier nicht der
1064 Geldbeutel der Eltern über den Lernerfolg von Kindern und Jugendlichen
1065 entscheidet..
- 1066 • Die Besondere Leistungsfeststellung am Ende der Klasse 10 wollen wir abschaffen.
1067 Stattdessen sollen die Schüler:innen mit der Versetzung in Klasse 11 zukünftig
1068 automatisch einen anerkannten Realschulabschluss erwerben. Diese Lösung wird
1069 bereits in mehreren anderen Bundesländern praktiziert.
- 1070 • Wir wollen Schüler:innen ab der Klasse 10 die Möglichkeit bieten, nach

- 1071 Berücksichtigung eines Fächerkanons , der der Allgemeinbildung Rechnung trägt,
1072 mehr Freiheit bei der Wahl der Unterrichtsfächer zu haben.
- 1073 • ab Klasse 10 bieten. Damit können Schüler:innen entlastet werden.
- 1074 • Wir setzen uns für Bildungsangebote in den Schulen ein, die über Vielfalt in
1075 Bezug auf sexuelle Orientierung und sexuelle Identität aufklären. Diese Angebote
1076 sollten in einem regelmäßigen Turnus stattfinden und Schüler:innen, Lehrkräften
1077 und anderen pädagogischen Professionen zugänglich sein. Eine einseitig
1078 heteronormative Darstellung, wie sie aktuell noch überwiegend im
1079 Sexualkundeunterricht vorgenommen wird, lehnen wir ab.
- 1080 • ab Klasse 10 bieten. Damit können Schüler:innen entlastet werden.
- 1081 • Wir werden uns in der Kultusministerkonferenz für die Wiedermehr Zulassung
1082 weiterführender Hilfsmittel über die allgemeine Formelsammlung hinaus einsetzen.
- 1083 • ab Klasse 10 bieten. Damit können Schüler:innen entlastet werden.
- 1084 • Die Einführung von flächendeckenden Schulprojekten zur mentalen Gesundheit sehen
1085 wir, insbesondere mit Blick auf die Nachwirkungen der Corona Pandemie als
1086 dringlich an. Diese sollen eine bessere Aufklärung über psychische Probleme und
1087 Krankheiten sowie angemessene Präventionsarbeit gewährleisten.
- 1088
- 1089 **Lehrkräfte noch besser ausbilden und unterstützen**
- 1090 • Wir wollen die Ausbildung der Lehrer:innen in Thüringen auf eine
1091 schulstufenbezogene Ausbildung umstellen (Statt einer schulartbezogenen
1092 Ausbildung) - im Sinne längeren gemeinsamen Lernens und der Stärkung der
1093 Gemeinschaftsschule.
- 1094 • Die Praxisorientierung der Ausbildung von Lehrer:innen wollen wir weiter
1095 verstärken. Sie ist ein wichtiger Faktor für die Qualität der Schulbildung.
1096 Inklusiver Unterricht, digitale Medien, Heterogenität und Demokratiebildung sind
1097 nur einige Schlagworte, die die Ansprüche des Berufes und die gewachsenen
1098 Aufgaben umreißen. Diese Inhalte müssen in der Aus- und Fortbildung der
1099 Lehrer:innen vermittelt werden. So haben wir ein Programm zur Stärkung der
1100 Medienbildung für alle Altersgruppen oder die Entwicklung digitaler Lehr- und
1101 Lernmethoden in der Ausbildung an den Universitäten in Erfurt und Jena
1102 vorgebracht. Die Reformbemühungen der lehramtsausbildenden Universitäten wie
1103 die Etablierung des dualen Regelschullehramtes in Erfurt oder die Stärkung der
1104 Regelschulausbildung an der Uni in Jena unterstützen und begleiten wir.
- 1105 • Wir wollen die Hochschulen unterstützen, die Ausbildung von Lehrkräften in
1106 Thüringen standortübergreifend und in Kooperation weiterzuentwickeln.
1107 Insbesondere am Standort Erfurt wollen wir die Lehramtsausbildung für das
1108 Berufsschullehramt, insbesondere für Quereinsteiger:innen, ausbauen. Dieser
1109 Prozess ist schon auf den Weg gebracht, muss aber weiterverfolgt werden.
- 1110 • Anstelle starrer Fachkombinationsvorschriften wollen wir Lehramtsstudierende
1111 bedarfsgerecht gewinnen und unterstützen – vor allem durch eine deutlich
1112 verbesserte studienbegleitende Beratung.
- 1113 • Wir haben den Aufbau der Studienseminare reformiert und eine klare einheitliche

- 1114 und zukunftsfähige Struktur geschaffen. Mit der Regionalisierung der 2. Phase
1115 der Lehrer:innenausbildung bringen wir zukünftige Lehrerinnen und Lehrer bereits
1116 in der Ausbildung in die Regionen. Die Regionalstellen des Studienseminars
1117 verbessern also vor Ort die Aus-, Fort- und Weiterbildung. Das ist ein erster
1118 wichtiger Reformschritt der Lehramtsausbildung. Wir werden die zweite und dritte
1119 Phase der Lehramtsausbildung, das heißt das Studienseminar mit seinen
1120 Regionalstellen und das Thüringer Institut für Lehrerfortbildung,
1121 Lehrplanentwicklung und Medien unter einer Leitung (unter einem Dach)
1122 zusammenführen. Die Schulämter in Thüringen stellen unter Hochdruck Lehrerinnen
1123 und Lehrer ein. Diesen Prozess wollen wir weiter verbessern. Individuelle
1124 Leerlaufzeiten zwischen dem Studium und dem Eintritt in den Vorbereitungsdienst
1125 wollen wir vermeiden. Die Schulämter wollen wir personell so ausstatten, dass
1126 Bewerber:innen noch besser betreut und noch schneller und früher
1127 Einstellungszusagen gegeben werden können. Eine unterjährige Einstellung nach
1128 den Bedürfnissen der Bewerber:innen hat Die Linke durchgesetzt, sie muss auch
1129 weiterhin möglich sein.
- 1130 • Wir werden bei der Einstellung von Lehrkräften noch stärker auf die Wünsche der
1131 Lehrer:innen eingehen. Das umfasst unter anderem die Möglichkeit von Teilzeit-
1132 Referendariaten, frühzeitige Information über angenommene oder abgelehnte
1133 Bewerbungen und zielgerichtete Angebote an einzelne Bewerber:innen. Alle in
1134 Thüringen für das Lehramt ausgebildeten Lehrkräfte sollen ein frühzeitiges
1135 Angebot für eine Stelle in Thüringen erhalten. Insbesondere Bewerber:innen mit
1136 Migrationshintergrund sollen aktiv gewonnen werden, um die Vielfalt der
1137 Gesellschaft auch in den Schulen abzubilden. Für Menschen mit ausländischen
1138 Berufskennnissen soll die Anerkennung vereinfacht werden, bei Bedarf braucht es
1139 ein Angebot für Nachqualifizierungen.
- 1140 • Wir wollen den Beruf der Lehrer:in attraktiver machen und Pädagog:innen in ihrem
1141 Alltag entlasten – zum Beispiel über aktives Gesundheitsmanagement, die
1142 landesweite Einstellung von Schulverwaltungsassistenzen und den Abbau von
1143 Bürokratie.
- 1144 • Wir wollen den Einsatz junger Lehrkräfte im ländlichen Raum besonders
1145 unterstützen. Dazu werden wir gemeinsam mit den Schulträgern geeignete Maßnahmen
1146 wie die „schulscharfe Bewerbung“ weiter ausbauen. Dafür sehen wir ebenfalls die
1147 Verbesserung der Infrastruktur und die attraktivere Gestaltung des ländlichen
1148 Raumes, insbesondere für junge Menschen als notwendig an.
- 1149 • Um die Lehrkräfte bei der Verankerung einer menschenrechtsorientierten und
1150 rassismus- wie diskriminierungskritischen Lehr- und Lernkultur zu unterstützen,
1151 wollen wir zum Beispiel Lehr- und Lernmaterialien auf rassistische und
1152 diskriminierende Inhalt überprüfen. Dies in der Lehramtsausbildung als festen
1153 Bestandteil zu verankern, sehen wir als notwendig an. Außerdem wollen wir ein
1154 Gleichstellungs- und Antidiskriminierungsmonitoring im Bildungsbereich
1155 etablieren, Angebote zur Sensibilisierung und Fortbildung der pädagogischen
1156 Fachkräfte schaffen und Anlaufstellen für Opfer von Rassismus und
1157 Diskriminierung in Bildungseinrichtungen schaffen.
- 1158 • Wir wollen die Lehrkräfte in der Fort- und Weiterbildung unterstützen und dazu
1159 die Freistellungsregelungen deutlich verbessern. Schulart- und fachübergreifende

1160 Weiterbildungsmöglichkeiten sollen gefördert werden.

- 1161 • Veranstaltungen der Bundeswehr ohne friedenspolitische Begleitung sollen an
1162 Thüringer Bildungseinrichtungen nicht stattfinden dürfen. Die friedliche
1163 Konfliktlösung in der internationalen Politik muss stärker als bisher Thema an
1164 unseren Schulen werden. Wir streben ein vollständiges Verbot für Besuche von
1165 Jugendoffizier:innen an Thüringer Bildungseinrichtungen an.

1166

1167 **Gute Strukturen für gute Bildung**

- 1168 • Schulkooperationen sind der Schutzschirm für kleine Schulstandorte im ländlichen
1169 Raum. Größere Lehrerkollegien ermöglichen besseren fachlichen Austausch zwischen
1170 Lehrkräften, und im Krankheitsfall lässt sich Vertretungsunterricht einfacher
1171 organisieren. Deswegen wollen wir Kooperationen von Schulen und Filialmodelle
1172 ausbauen und damit die Schulbildung im ländlichen Raum sicherstellen.
- 1173 • Unsere Landesregierung hat die Schulsanierung vorangetrieben und die Schulträger
1174 beim Umbau und der Instandhaltung von Schulgebäuden unterstützt. Damit haben wir
1175 das größte Schulinvestitionsprogramm seit 1990 umgesetzt. Wir werden die
1176 Sanierung der Schulgebäude auch in der kommenden Regierungsperiode 2024 bis 2029
1177 weiter fördern und uns als Freistaat Thüringen für die Entbürokratisierung von
1178 Fördermitteln des Bundes für Ausbau, Digitalisierung und Ausstattung von Schulen
1179 einsetzen.

1180

1181 **Längeres gemeinsames Lernen – Gemeinschaftsschulen sichern gute Bildung**

- 1182 • Die Gemeinschaftsschule entspricht unserem Bildungsleitbild. Längeres
1183 gemeinsames Lernen ist ein Schlüssel für den individuellen Bildungserfolg und
1184 Chancengerechtigkeit. Wir wollen die Gemeinschaftsschule weiter stärken und
1185 sehen sie langfristig als tragende Schulform in Thüringen. Die Schulkonferenz
1186 soll die Entwicklung der Schule festlegen, ohne Veto eines Schulträgers. In der
1187 Ganztagschule sehen wir die günstigsten Bedingungen, dieses Ziel zu
1188 verwirklichen.
- 1189 • Grund- und Regelschulen sowie Gesamtschulen und Gymnasien wollen wir ihrerseits
1190 gute Entwicklungsmöglichkeiten bieten. Auch unter ihrem Dach können längeres
1191 gemeinsames Lernen und moderne pädagogische Konzepte wachsen und vorangetrieben
1192 werden. Entscheidend ist die Durchlässigkeit zwischen den Schularten. Auch das
1193 Gymnasium muss sich der individuellen Förderung der Schülerinnen und Schüler und
1194 stärker differenziertem Unterricht verpflichten, wie es vielerorts schon
1195 geschieht. Schulartänderungen, die von der Schulfamilie ausgehen, wollen wir
1196 unterstützen.
- 1197 • Wir haben die Möglichkeiten der Mitbestimmung ausgeweitet und werden die
1198 demokratische Schulentwicklung weiter stärken. Schüler:innen sollen
1199 flächendeckend über ihre Mitbestimmungsmöglichkeiten informiert und zur
1200 demokratischen Teilhabe motiviert werden. Mittels der Bereitsstellung von
1201 personellen Ressourcen kann ein Aufbau einer starken Schülervertretung in
1202 Zusammenarbeit mit der Schulsozialarbeit an jeder Schule ermöglicht werden.
- 1203 • Wir wollen, dass jede Schule in Thüringen über ein individuelles Schulkonzept

- 1204 verfügt, in dem die Ziele und pädagogischen Schwerpunkte ihrer Arbeit festgelegt
1205 sind. Das Konzept soll mit Beteiligung der Eltern und Schüler:innen erarbeitet
1206 und regelmäßig fortgeschrieben werden. Das stärkt die Qualität, weil sich die
1207 Schulen dann regelmäßig mit Stärken und Schwächen ihrer Arbeit aus Sicht aller
1208 Beteiligten auseinandersetzen.
- 1209 • ausweiten.
- 1210 • Wir möchten die Schülerbeförderung für alle Schüler*innen kostenfrei gestalten.
1211 Die finanzielle Beteiligung von Eltern bzw. volljährigen Schüler*innen muss
1212 abgeschafft und die Kosten vollständig vom Land übernommen werden.
- 1213 • Allen Horterzieher:innen soll die Möglichkeit einer Vollzeitbeschäftigung (100 %
1214 Stellenumfang) angeboten werden. Dies kommt dem Ausbau eines Ganztagsangebotes
1215 zugute. Zudem können die Erzieher:innen so häufiger als zweite pädagogische
1216 Kraft im Unterricht die Arbeit der Lehrkraft unterstützen. So bereiten wir uns
1217 auch vor, den Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung in der Primarstufe ab 2026
1218 umzusetzen. Nicht zuletzt werden Stellen im Hort dadurch attraktiver.
- 1219 • Mit der Landesstrategie zur beruflichen und arbeitsweltlichen Orientierung haben
1220 wir einen wertvollen Grundstein gelegt. Den Anteil der polytechnischen Bildung
1221 wollen wir weiter erhöhen, um ihr Potenzial zur Motivation von Lernprozessen und
1222 zur beruflichen Orientierung stärker zu nutzen. Praxisklassen sind hierbei ein
1223 Weg, der besonders gefördert werden muss. Wir wollen das praxisorientierte
1224 Lernen als durchgängigen Auftrag im Schulgesetz verankern. Dies soll durch
1225 Integration praxisbezogener Lernformen in den Unterricht und durch
1226 lernortbezogene Kooperation mit Betrieben der Region an möglichst jeder Schule
1227 umgesetzt werden.
- 1228 • Thüringer Schüler:innen sollen die Kompetenzen zum selbstbestimmten und
1229 selbständigen Lernen erwerben. Daher wollen wir den Weg für Alternativen der
1230 Leistungsbewertung und -dokumentation ebnen. Wo Noten und Zensuren nötig sind,
1231 sollen transparent zustande kommen und stärker die individuelle Leistung und
1232 Entwicklung berücksichtigen. Wir wollen die Bewertung der Leistungen von
1233 Schüler:innen ohne ein Ziffernotensystem voranbringen. Es müssen im Rahmen
1234 jeglicher Benotung die Entwicklungsprozesse und Lernerfolge im Mittelpunkt der
1235 Pädagogik stehen, nicht punktuell abgerufene Wissensstände. In den Fächern
1236 Sport, Musik und Kunst soll die individuelle Leistung nicht in Form von Noten
1237 benotet werden, sondern ein Bewertungssystem schaffen, in dem kein Kind
1238 benachteiligt wird.
- 1239 • Nicht erst seit dem pandemiebedingten Distanzunterricht ist klar, dass der
1240 Erfolg von Aufgaben, die außerhalb der Schule erledigt werden, maßgeblich von
1241 den Voraussetzungen im Elternhaus abhängt. Viele Schüler:innen haben dort keine
1242 optimalen Bedingungen. Wiederholende Aufgaben müssen auch Erholungs- und
1243 Regenerationsphasen von Schüler:innen ermöglichen. Die flächendeckende
1244 Ganztagschule ist für uns die richtige Antwort für echte Chancengleichheit.
1245 Schulsozialarbeit ist inzwischen ein fester Bestandteil der funktionierenden
1246 Schulfamilie und muss flächendeckend zur Verfügung stehen. Wir werden den Ausbau
1247 der Schulsozialarbeit konsequent fortsetzen, damit möglichst jede Schule ein
1248 verlässliches Angebot hat.

- 1249 • Wir wollen, dass in den Thüringer Schulen eine Kultur der Digitalität einzieht.
- 1250 Das umfasst neben der nötigen technischen Ausstattung vor allem moderne Konzepte
- 1251 und eine entsprechende Weiterbildung von Pädagog:innen und Quereinsteigenden.
- 1252 • Wir haben das neue Fach „Medienkunde und Informatik“ eingeführt, um Kompetenzen
- 1253 im Bereich der Mediennutzung zu stärken. Wir wollen dabei auch künftig
- 1254 Kompetenzen von Schüler:innen, Jugendlichen und Pädagog:innen im Umgang mit
- 1255 Rassismus und Diskriminierung im digitalen Raum stärken.
- 1256 • Wir wollen zusätzliche inhaltliche und organisatorische Unterstützung für
- 1257 Beratungslehrkräfte und Schülersprecher:innen organisieren.
- 1258 • Wir wollen die Elternbeiträge für die Hortkosten abschaffen und die Schulhorte
- 1259 und Ganztagsangebote schrittweise auf die Klassenstufen 5 und 6 ausweiten und im
- 1260 Zuge des Ausbaus von der Gebührenpflicht befreien.
- 1261 • Schulen in freier Trägerschaft sind ein fester Bestandteil der Thüringer
- 1262 Bildungslandschaft und müssen auskömmlich finanziert werden. Seit 2017 wurde die
- 1263 Förderung der Schulen in freier Trägerschaft um 70% erhöht. Gleichwohl darf es
- 1264 für den Bildungserfolg von Kindern keinen Unterschied machen, ob ihre Eltern in
- 1265 der Lage sind, Zusatzkosten zu tragen. Wir stehen für einen Gleichlauf der
- 1266 Finanzierung von Kosten für öffentliche Schulen und Schulen in freier
- 1267 Trägerschaft. Wir setzen uns für ein Zusammendenken der öffentlichen Schulen und
- 1268 freien Schulen im Sinne der Schulnetzplanung ein und drängen darauf, dass die
- 1269 Lehrkräfte entsprechend geltender Tarifbestimmungen (TVL) an beiden Schulformen
- 1270 gleich entlohnt werden.
- 1271 • Schulen in freier Trägerschaft eingehalten werden.
- 1272 • Das Konzept der nullten Stunde erachten wir als nicht lernförderlich und setzen
- 1273 uns für die Abschaffung ein.

1274

1275 **Für eine gelingende Inklusion**

- 1276 • Schüler:innen mit Beeinträchtigung haben ein Grundrecht auf inklusive Bildung.
- 1277 Die Inklusion ist in Thüringen in den letzten Jahren gut vorangekommen. Wir
- 1278 stehen für eine enge Kooperation zwischen Kind, Elternhaus und Schule auch und
- 1279 gerade in Fragen der Inklusion. Wir setzen auf gute Schulausstattung und moderne
- 1280 Lernsettings für gelingende Inklusion. Die Fort- und Weiterbildung der
- 1281 Pädagoginnen und Pädagogen spielt ebenfalls eine zentrale Rolle. Wir werden die
- 1282 Inklusion in der Schule weiter voranbringen.
- 1283 • Die Förderzentren sind ein fester Bestandteil der Thüringer Schullandschaft und
- 1284 ermöglichen guten Unterricht für diejenigen Schülerinnen und Schüler, die nicht
- 1285 im gemeinsamen Unterricht beschult werden können. Die Kompetenzen und
- 1286 Erfahrungen der Lehrer:innen an den Förderschulen sind außerordentlich wichtig
- 1287 für den gelingenden gemeinsamen Unterricht in den allgemeinbildenden Schulen.
- 1288 • Wir brauchen eine Aus- und Weiterbildungsoffensive für den sonderpädagogischen
- 1289 Bereich. Die Förderpädagogik an den Hochschulen und in der Ausbildung der
- 1290 Lehrer:innen muss gefördert werden. Für die Aus- und Weiterbildung der
- 1291 sonderpädagogischen Fachkräfte und für zusätzliche, kurzfristige

1292 Fortbildungsangebote für alle Lehrkräfte wollen wir die nötigen Ressourcen zur
1293 Verfügung stellen.

1294 • Den Mobilen Sonderpädagogischen Dienst wollen wir in seiner Aufgabe im
1295 gemeinsamen Unterricht stärken.

1296 • Sonderpädagogische Fachkräfte dürfen nur im Ausnahmefall für Vertretungsstunden
1297 eingesetzt werden.

1298

1299 **Ausbildung ist mehr als Lernen – Gute Bedingungen für Fachkräfte von morgen**

1300 • Wir wollen mit allen relevanten Akteur:innen die Rahmenbedingungen für die
1301 berufliche Ausbildung in Thüringen weiter verbessern. Das betrifft die
1302 Lernverhältnisse der Auszubildenden im Betrieb und an der Berufsschule, eine
1303 Verringerung der zurückzulegenden Wege und eine bessere soziale Absicherung, die
1304 eine Abhängigkeit von Eltern oder aufreibender Nebentätigkeit beendet. Zudem
1305 unterstützen wir die Jugend- und Auszubildenden-Vertretungen bei ihrer Arbeit in
1306 den Unternehmen. Demokratie- und Mitbestimmungsprojekte – gerade in Kooperation
1307 mit Gewerkschaften - an den Berufsschulen unterstützen wir.

1308 • Wir wollen einen umlagefinanzierten Ausbildungsunterstützungsfonds für
1309 Thüringen. Wir verstehen darunter, dass Betriebe einen geringen Anteil der
1310 Bruttolohnsumme ihrer Beschäftigten einzahlen und ausbildende Betriebe
1311 entsprechend der Anzahl ihrer Auszubildenden etwas zurückbekommen. Das schafft
1312 Anreize für Betriebe, Ausbildungsplätze zu schaffen. Betriebe, die nicht
1313 ausbilden wollen, werden so dennoch an der Finanzierung der Ausbildung
1314 beteiligt. Vom Fond sollen zudem fachliche Angebote, Verbundausbildungen,
1315 überbetriebliche und außerbetriebliche Ausbildungen und
1316 Ausbildungsbegleiter:innen finanziert werden. Hinzu kommen
1317 Unterstützungsangebote für alle Betriebe wie Deutschkurse für Auszubildende,
1318 Beratungsangebote, Fortbildungen für Ausbilder:innen, Coachings zum Recruiting
1319 oder zum Umgang mit Social Media, Angebote zur Stärkung der Sozialkompetenz und
1320 vieles mehr.

1321 • Wir wollen mit Gewerkschaften, Unternehmen und Jugendausbildungsvertreter:innen
1322 prüfen, ob und wie ein Auszubildendenwerk in Thüringen ein wichtiges Instrument
1323 sein kann, um die Rahmenbedingungen für Auszubildende zu verbessern.

1324 • Wir brauchen ein Sonderprogramm für junges Wohnen, also eine Förderrichtlinie
1325 für mehr und bezahlbare Azubi-Wohnungen und -wohnheime, um lange Fahrwege zu
1326 vermeiden.

1327 • Wir wollen einen elternunabhängigen Zuschuss für Fahrtkosten und auswärtige
1328 Unterbringung von Berufsschüler:innen wieder einführen.

1329 • Wir wollen eine zentrale unabhängige Beschwerdestelle für Auszubildende
1330 schaffen, die im Konfliktfall und bei Verstößen gegen Ausbildungsregelungen auf
1331 Basis von Vereinbarungen zwischen Gewerkschaften und Unternehmensverbänden aktiv
1332 wird.

1333 • Wir werden uns im Bund für ein armutsfestes Mindestausbildungsentgelt für alle
1334 Auszubildenden einsetzen. Wir fordern eine deutliche armutsfeste Aufstockung der
1335 BAföG-Sätze sowie die Erweiterung der Anspruchsberechtigung und eine staatliche

1336 Ausbildungsbeihilfe. Wir wollen zudem Schulgeld und Prüfungsgebühren für
1337 Ausbildungsberufe abschaffen.

1338

1339 Hochschul- und Wissenschaftsland Thüringen

- 1340 • Wir haben die Grundfinanzierung der Hochschulen in Thüringen seit 2016 deutlich
1341 gesteigert und bereits bis 2025 gesichert. Ab 2025 streben wir eine neue
1342 Rahmenvereinbarung mit jährlichen Mittelaufwüchsen um mindestens 4% pro Jahr an.
- 1343 • Nach der erfolgreichen Umwandlung der staatlichen Berufsakademie in die Duale
1344 Hochschule Gera-Eisenach wollen wir im Rahmen der Struktur- und
1345 Entwicklungsplanung die Einrichtung eigener Masterstudiengänge prüfen.>
- 1346 • Wir haben mit den Hochschulen einen Investitionsplan Hochschulbauplanung für
1347 Thüringen 2030+ auf den Weg gebracht, um den Sanierungsstau an den Hochschulen
1348 abzubauen und eine bauliche Entwicklungsplanung vorzunehmen, die in der
1349 Hochschulstrategie des Landes und der Hochschulentwicklungsplanung
1350 berücksichtigt wird. Unser Ziel: die Hochschulinfrastruktur langfristig erhalten
1351 sowie klimaneutral und zukunftsfest machen.
- 1352 • Um die erfolgreiche Entwicklung der Thüringer Hochschullandschaft fortzusetzen,
1353 wollen wir unter anderem die Finanzierungsverfahren und -vereinbarungen zwischen
1354 Land und Hochschulen regelmäßig überprüfen und die Steuerinstrumente in den
1355 Bereichen Gleichstellung, Inklusion, Internationalisierung und
1356 Studienbedingungen weiterentwickeln
- 1357 • Die Thüringer Hochschul- und Wissenschaftslandschaft lebt von Kooperation. Wir
1358 werden daher standortübergreifende Kooperationen in Forschung und Lehre im
1359 Rahmen der Entwicklungsplanung weiter unterstützen.
- 1360 • Wir werden uns weiterhin dafür einsetzen, dass der Bund seiner Verantwortung
1361 gerecht wird und die Gemeinschaftsaufgabe Hochschulbau wieder im Grundgesetz
1362 verankert. Wir machen uns auch dafür stark, dass die Länder besser bei der
1363 grundständigen Finanzierung der Hochschulen und insbesondere der Lehre
1364 unterstützt werden. Der Bund muss dazu den Hochschulen und Ländern mit einem
1365 dauerhaften und regelmäßig aufwachsenden Hochschulpakt unter die Arme greifen.
- 1366 • Wir setzen uns im Bund dafür ein, dass zusätzliche Bundesbehörden in Thüringen
1367 angesiedelt und mehr Wissenschafts- und Forschungseinrichtungen im Osten
1368 gegründet werden.
- 1369 • Die Attraktivität einer Hochschule für Studierende ist auch von den
1370 Studienbedingungen abhängig. Studierende müssen die Chance haben, ihre
1371 Hochschule mitzugestalten. Auch soziale Infrastruktur und Beratung müssen
1372 sichergestellt sein – von Wohnheimen über Mensen bis hin zum kostengünstigen
1373 Studi-Ticket. So lassen sich die finanzielle Belastung der Studierenden
1374 geringhalten und gute Studienbedingungen gewährleisten. Nur so kann eine
1375 Hochschule sozial und offen gestaltet werden – das ist eine Grundlage unserer
1376 Hochschulpolitik. Daher haben wir das Studierendenwerk Thüringen finanziell
1377 erheblich besser ausgestattet, 15 Millionen Euro für den Bau und die
1378 Modernisierung von Wohnheimen zur Verfügung gestellt, die Mitbestimmung der
1379 Studierenden ausgeweitet und die Bedingungen für ein selbstbestimmtes Studium

- 1380 verbessert. Diesen Kurs werden wir fortsetzen: Für ein möglichst freies,
1381 gebührenfreies und selbstbestimmtes Studium in Thüringen!
- 1382 • Wir haben mit dem Modellprojekt der Hochschulsozialarbeit an der Hochschule
1383 Nordhausen eine wichtige Ergänzung der Beratungsstrukturen des Studierendenwerks
1384 in Thüringen. Wir wollen das Projekt der Hochschule Nordhausen mit einem
1385 Monitoring begleiten und erfolgreiche Elemente an allen Hochschulen zur
1386 Unterstützung von Studierenden von Anfang an etablieren.
- 1387 • Der Studienerfolg hängt maßgeblich von der Qualität der Lehre ab. Deshalb wollen
1388 wir dem Qualitätsmanagement an den Hochschulen besonderes Augenmerk widmen.
- 1389 • Wir wollen Langzeitstudiengebühren und weitere studienrelevante Gebühren endlich
1390 abschaffen und die entstehenden Einnahmeverluste der Hochschulen durch
1391 Landesmittel ausgleichen.
- 1392 • Mit unserem Förderprogramm „StudiumThüringenPlus“ können Studierende aus weniger
1393 finanzstarken Elternhäusern, die BAföG berechtigt sind, ein Studium in Thüringen
1394 beginnen und Unterstützung in Höhe von 500 Euro für die Anschaffung von Hard-
1395 und Software, Literatur, Sprachkurse etc. erhalten. Damit bieten wir als
1396 einziges Land neben Schleswig-Holstein eine solche Starthilfe an. Wir wollen das
1397 Programm erhalten und ausbauen, insbesondere indem wir das Antragsverfahren und
1398 die Zugangshürden deutlich senken.
- 1399 • Wir setzen uns für die Einführung einer Service-App für Studierende ein, in der
1400 alle studien- und hochschulbezogenen Informationen und Angelegenheiten gebündelt
1401 zur Verfügung gestellt werden.
- 1402 • Wir wollen die Übergänge von Schule zu Hochschulen einfacher und flexibler
1403 machen. Angesichts von Fachkräftemangel in wichtigen Berufen und auch aus Sicht
1404 von Bildungsgerechtigkeit und Chancengleichheit müssen wir erneut über die
1405 Zugangsbeschränkungen für einzelne Studiengänge durch den Numerus Clausus
1406 diskutieren und andere Qualifikationen als Noten stärker als bisher
1407 berücksichtigen.
- 1408 • Wir setzen uns im Bund für eine grundlegende Reform des BAföG ein. Wir wollen
1409 eine und armutssichernde Ausbildungsförderung für alle Studierenden.
- 1410 • Wir wollen den Bund mit einem Hochschulsozialpakt in die Pflicht nehmen, die
1411 Länder bei der Finanzierung der Studierendenwerke zum Ausbau der sozialen
1412 Infrastruktur zu unterstützen.
- 1413 • Das Studium an Thüringer Hochschulen muss auch beruflich qualifizierten
1414 Menschen, Menschen mit Behinderungen oder Geflüchteten offenstehen. Deshalb
1415 werden wir bestehende Barrieren weiter abbauen. Dazu drängen wir auf die
1416 Einrichtung und Umsetzung von Diversity-Strategien.
- 1417 • Der Alltag der Beschäftigten und Tätigen an den Hochschulen ist oft geprägt von
1418 Unsicherheit und einem erheblichen Leistungsdruck im Wettbewerb um externe
1419 Forschungsgelder. Dies schadet der wissenschaftlichen Leistung. Nur wenn die an
1420 Hochschulen Arbeitenden Planungssicherheit, Karriereperspektiven und ausreichend
1421 Zeit haben, trägt dies zu guter Lehre und Forschung, besseren Studienbedingungen
1422 und gesellschaftlich verantwortungsvoller Wissenschaft bei. Eine zusätzliche
1423 Fokussierung auf Drittmiteleinwerbungen zu Lasten der grundständigen

1424 Finanzierung lehnen wir daher ab.

1425 • Wir haben im Thüringer Hochschulgesetz die Hochschulen verpflichtet,
1426 verbindliche Rahmenvorgaben für Gute Arbeit für alle Beschäftigten zu erlassen,
1427 Regelungen für mehr Familienfreundlichkeit und Gleichstellung festgeschrieben,
1428 den Lohn für Lehrkräfte für besondere Aufgaben an den Fachhochschulen erhöht und
1429 bessere Vergütung für Lehrbeauftragte auf den Weg gebracht. Wir werden diesen
1430 Weg weitergehen, um Gute Arbeit an den Hochschulen zur Regel zu machen.

1431 • Deswegen wollen wir neben einer Rahmendienstvereinbarung auch einen echten
1432 Tarifvertrag für studentische Beschäftigte an den Hochschulen, der einen
1433 Mindestlohn, Mindestvertragslaufzeiten sowie Rechte und Pflichten verbindlich
1434 regelt. Dazu werden wir uns als Thüringen in der Tarifgemeinschaft der Länder
1435 einsetzen. Die studentischen Beschäftigten sollen zudem die Möglichkeit
1436 bekommen, ihre Belange in den Personalräten der Hochschulen zu vertreten. Zudem
1437 sollen Lehrbeauftragte und Honorarkräfte durch Personalräte vertreten werden
1438 können.

1439 • Wir stehen zum Prinzip Dauerstellen für Daueraufgaben, plädieren für alternative
1440 Karrierewege jenseits der Professur und unterstützen die Hochschulen bei der
1441 Einrichtung von unbefristeten Stellen. Dazu setzen wir uns für Anpassungen der
1442 Gesetzgebung des Bundes ein und werden auch alle landesrechtlichen Spielräume
1443 nutzen. Über das Strategie- und Innovationsbudget des Landes wollen wir
1444 insbesondere Maßnahmen fördern, die zur Verbesserung der
1445 Beschäftigungsbedingungen an den Thüringer Hochschulen beitragen.

1446 • Lehrbeauftragte sollen ausschließlich für den Wissenstransfer aus der Praxis an
1447 die Hochschulen angestellt werden. Wir werden Schlupflöcher zum missbräuchlichen
1448 Einsatz schließen und Möglichkeiten zur Mitwirkung der Lehrbeauftragten in den
1449 Hochschulgremien schaffen.

1450 • Wir wollen mehr Doktorandinnen und Professorinnen sowie mehr Frauen in
1451 Führungspositionen an den Thüringer Hochschulen. Wir werden die gesetzlichen
1452 Fortschritte in diesem Bereich aus unserer Regierung mit weiteren Maßnahmen
1453 unterstützen und fordern die Umsetzung des Kaskadenmodells, wodurch sich
1454 höherrangige Ebenen an dem Frauenanteil der unteren Ebenen orientieren müssen.

1455 • Auch für jede Lehrkraft für besondere Aufgaben (LfbA) muss gelten »Gleicher Lohn
1456 für gleiche Arbeit«. Deshalb wollen wir die Angleichung der Lehrverpflichtung
1457 von LfbAs an Fachhochschulen an die ihrer Universitätskolleg:innen. Zudem muss
1458 die Thüringer Lehrverpflichtungsverordnung refomiert werden, um den
1459 Anforderungen an eine moderne Hochschullehre gerecht zu werden. Dazu wollen wir
1460 einen Werkstattprozess mit dem Hauptpersonalrat und den Gewerkschaften.

1461 • Hochschulen sind Orte der Forschung und Innovation, auch im Zusammenwirken mit
1462 außeruniversitären Instituten. Sie tragen Verantwortung für Grundlagenforschung
1463 und für eine an gesellschaftlichen Herausforderungen orientierte Forschung. Das
1464 Einwerben vorrangig wettbewerblich organisierter und vergebener Forschungsmittel
1465 bindet zu viel Zeit, die für Forschung und Lehre fehlt. Diese
1466 Forschungsfinanzierung trägt durch kurze Vertragslaufzeiten zur Unsicherheit
1467 vieler Beschäftigten bei. Wir haben bereits einiges auf den Weg gebracht, um
1468 Transparenz und verantwortungsvolle Forschungs- und Wissenschaftspolitik zu

- 1469 stärken. Unter anderem ein öffentlich zugängliches Transparenzregister, damit
1470 Forschung nicht einseitig von wirtschaftlichen Interessen beeinflusst werden und
1471 eine Zivilklausel bindet Wissenschaft und Forschung an moralisch-ethischen
1472 Standards. Daran werden wir festhalten.
- 1473 • Wir fördern weiterhin digitale Innovationen an den Hochschulen und haben Impulse
1474 für die wissenschaftliche Attraktivität gesetzt – mit Stipendien und
1475 Fördermitteln für digitale Lehr- und Lernformate sowie einer Strategie für frei
1476 zugängliche Onlinepublikationen (Open Access) von Forschungsergebnissen unserer
1477 Hochschulen.
 - 1478 • Wir wollen in Thüringen Forschung und Lehre zur gesellschaftlichen Entwicklung
1479 und Transformation etablieren, um zeitgemäße und global nachhaltige Antworten
1480 auf neue Herausforderungen zu erhalten, unter anderem durch die Errichtung eines
1481 Lehrstuhls, der sich mit Kolonialismus, Migration, Flucht, Rassismus und
1482 Antisemitismus befasst.
 - 1483 • Für eine sozial-ökologische Transformation von Gesellschaft und Wirtschaft
1484 braucht es auch Forschung und Beratung. Wir wollen an einer Thüringer Hochschule
1485 eine Professur für Plurale Wirtschaftswissenschaft (Heterodoxe Ökonomie) und ein
1486 entsprechendes wirtschaftswissenschaftliches Forschungs- und Beratungsinstitut
1487 schaffen, um der neoklassischen Lehre und dem neoliberalen Mainstream in den
1488 Wirtschaftswissenschaften Forschung und Lehre vielfältigeren Zuschnitts zur
1489 Seite zu stellen. Dazu gehören ausdrücklich (post-)keynesianisches,
1490 marxistische, ökologische und feministische Wirtschaftstheorien.
 - 1491 • Hochschulen für angewandte Wissenschaften sind längst gleichberechtigte
1492 Partner:innen in der Thüringer Hochschullandschaft. Wir unterstützen ihre
1493 qualitative Weiterentwicklung, um die Thüringer Wissenschaftslandschaft zu
1494 stärken und wollen ein tragfähiges Modell zur Übertragung des Promotionsrechts
1495 umsetzen und gesetzlich verankern sowie den Aufbau eines wissenschaftlichen
1496 Mittelbaus fördern.
 - 1497 • Wir setzen uns für ein Urheberrecht ein, das einen offenen Zugang zu
1498 wissenschaftlichen Forschungsergebnissen und Publikationen garantiert – sowohl
1499 für Lehrende und Studierende als auch weitere Interessierte.
 - 1500 • Wir wollen an den Hochschulen in einem Modellprojekt erproben, wie öffentliche
1501 Publikationen unabhängig von Verlags- und Lizenzstrukturen gelingen können, um
1502 den wissenschaftlichen Anspruch der Autonomie privatwirtschaftlichen Interessen
1503 zu entziehen.
 - 1504 • Das Thüringer Hochschulgründer:innennetzwerk ist ein wichtiger Bestandteil für
1505 Thüringen als Land der Innovationen. Wir haben uns nach dem Wegfall von
1506 Bundesmitteln erfolgreich dafür eingesetzt, dass diese wichtige Arbeit
1507 fortgeführt werden kann, und werden dieses finanzielle Engagement als Land
1508 verstetigen.

1509

1510

1511

1512

1513 **Sicherheit im Wandel – Erwachsenenbildung eröffnet Wege und Chancen**

- 1514 • Die Erwachsenenbildung ist ein entscheidender Baustein beim lebenslangen Lernen.
- 1515 Wir wollen das Erwachsenenbildungsgesetz reformieren, um insbesondere
- 1516 Planungssicherheit durch eine Stärkung der Grundfinanzierung zu erreichen und so
- 1517 die Einrichtungen der Erwachsenenbildung grundsätzlich finanziell besser
- 1518 auszustatten. Wir halten es für unabdingbar, dass 1 Prozent des
- 1519 Bildungshaushaltes für die Erwachsenenbildung reserviert wird.
- 1520 • Im Bereich der Erwachsenenbildung und der außerschulischen Jugendbildung braucht
- 1521 es bei der Förderung eine bessere Berücksichtigung allgemeiner
- 1522 Kostensteigerungen, längere Projektlaufzeiten und bessere Arbeitsbedingungen für
- 1523 die Beschäftigten.
- 1524 • Erwachsenenbildung beruht auf Freiwilligkeit. Darum braucht es - insbesondere im
- 1525 Hinblick auf die sich verändernde gesellschaftliche Struktur - attraktive und
- 1526 barrierefreie Angebote sowohl in Präsenz als auch digital. Dafür muss die
- 1527 Infrastruktur gestärkt werden.
- 1528 • Der zweite Bildungsweg hat eine wichtige Funktion für das lebenslange Lernen und
- 1529 für die Verwirklichung von Bildungs- und Chancengerechtigkeit. Schulabschlüsse
- 1530 lebenslang anstreben zu können, ermöglicht betroffenen Erwachsenen
- 1531 gesellschaftliche Integration und Teilhabe. Die verschiedenen Möglichkeiten in
- 1532 Thüringen, den zweiten Bildungsweg zu beschreiten, müssen auskömmlich finanziert
- 1533 und regional zugänglich sein.
- 1534 • Wir werden die Angebote zur Alphabetisierung, sprachlichen Förderung,
- 1535 politischen Bildung, zur Bildungsberatung und Grundbildung ausbauen und
- 1536 verstetigen.
- 1537 • Wir wollen ein Modellprojekt zu mobiler und dezentraler Erwachsenenbildung auf
- 1538 den Weg bringen, um älteren Menschen und Menschen im ländlichen Raum den Zugang
- 1539 zur Erwachsenenbildung zu erleichtern – über Angebote wie E-Learning und
- 1540 Onlinekurse oder einen mobilen Bildungsbus. Dazu gehören auch Angebote im
- 1541 sicheren Umgang mit digitalen Medien und Kommunikationswegen.
- 1542 • Wir wollen eine Weiterbildungsprämie für Menschen mit niedrigem Einkommen
- 1543 einführen, um das Erreichen individueller Bildungsziele zu erleichtern. In
- 1544 Anlehnung an die Weiterbildungsschecks sollen diese Maßnahmen ausgebaut und für
- 1545 weitere Personengruppen geöffnet werden.
- 1546 • Wir wollen gemeinsam mit den Trägern der Erwachsenenbildung Maßnahmen
- 1547 etablieren, die dazu beitragen, Integration von Menschen in das Berufsleben und
- 1548 den Spracherwerb zu fördern. Dazu setzen wir insbesondere auf die Kooperationen
- 1549 mit den Unternehmen und lokalen Behörden.
- 1550 • Wir wollen neue Wege der Verwaltungsvereinfachung finden, damit mehr personelle
- 1551 Ressourcen für Bildungsarbeit genutzt werden.

1552

1553 **Sportland Thüringen**

- 1554 • Sport begeistert, Sport verbindet. Die integrative Kraft des Sports leistet
- 1555 einen wichtigen Beitrag für den gesellschaftlichen Zusammenhalt in Thüringen.
- 1556 Die Förderung des Breitensports ist uns daher Anliegen und Auftrag. In
- 1557 unzähligen Vereinen wird Sport in den unterschiedlichsten Disziplinen mit

- 1558 gesellschaftlichem Engagement verbunden. Alle Sportlerinnen und Sportlern sollen
1559 beste Bedingungen haben, ob sie nach Olympiasiegen streben oder rein der
1560 Lebensfreude wegen Sport treiben. Dabei ist der Landessportbund unser starker
1561 und verlässlicher Partner, der den organisierten Sport in Thüringen
1562 repräsentiert. Für jeden und jede, die nichtorganisiert Sport treiben möchte,
1563 soll der öffentliche Raum und die Natur frei und gefahrlos nutzbar sein.
- 1564 • Kinder und Jugendliche in Bewegung zu bringen, sie zu motivieren, sich sportlich
1565 zu betätigen, ist uns ein besonderes Anliegen. Dabei ist das außerordentliche
1566 Engagement der Übungsleiter:innen entscheidend auch für die Nachwuchsgewinnung
1567 im Leistungssport. Das Projekt der „Bewegungscoaches“ wollen wir beibehalten und
1568 den Beschäftigten durch eine Verstetigung Planungssicherheit bieten.
 - 1569 • Um mehr Menschen mit Behinderungen die sportliche Betätigung zu ermöglichen,
1570 müssen Barrieren abgebaut werden. Dafür wollen wir die Sportvereine besonders
1571 fördern. Sportanlagen sollen inklusiv gestaltet werden.
 - 1572 • In einer älter werdenden Gesellschaft bedarf es des besonderen Augenmerks auf
1573 die Möglichkeit des Sporttreibens für Senior:innen.
 - 1574 • Um Menschen die Teilnahme am organisierten Sport aber auch die Nutzung von
1575 Sportstätten zu erleichtern wollen wir Vereine und Sportstätten für die
1576 Bedürfnisse von LSBTIQ* sensibilisieren um z.B. die Zweigeschlechtlichkeit der
1577 Angebote und Infrastruktur zu überwinden. Dafür sollen Mittel u.a. zu
1578 Fortbildungen und Prozessbegleitung zur Verfügung gestellt werden.
 - 1579 • Wir sind stolz auf unsere Weltmeister:innen, Olympiasieger:innen und alle
1580 Athlet:innen, die sich im internationalen Spitzensport messen. Die Zentren für
1581 den Leistungssport werden wir auch weiterhin unterstützen. Thüringen hat
1582 bewiesen, dass der Freistaat ein guter Gastgeber mit besten Bedingungen für
1583 internationale und nationale Wettkämpfe ist, und er gestaltet diese in
1584 Verantwortung gegenüber der Natur und den Menschen vor Ort. Kritisch sehen wir
1585 den Größenwahn und das ungebremste Kommerzstreben mancher internationalen
1586 Verbände bei der Ausrichtung internationaler Wettkämpfe weltweit. Sport muss
1587 Sache der Sportlerinnen und Sportler, der Fans und der Menschen bleiben.
 - 1588 • Die immer noch bestehenden Unterschiede in der Entlohnung von hauptamtlichen
1589 Trainer:innen im Ländervergleich müssen weiter abgebaut werden, um allen hoch
1590 qualifizierten Trainer:innen in unseren Trainingszentren eine Perspektive zu
1591 geben. Ebenso soll die Entschädigung für Ehrenamtliche sowie Übungsleiterinnen
1592 und -leiter verbessert werden.
 - 1593 • Die in Thüringen vorhandenen Fanprojekte, etwa in Erfurt und Jena, erfüllen
1594 wichtige Aufgaben und leisten wertvolle soziale Arbeit. Sie müssen erhalten und
1595 beim Ausbau unterstützt werden.
 - 1596 • Dem weiterhin vorhandenen Sanierungsstau bei Sport- und Spielanlagen wollen wir
1597 in den nächsten Jahren zielgerichtet durch die Erweiterung des
1598 Sportstättenbauprogramms im kommunalen und Vereinsbereich abbauen.
 - 1599 • Im nichtorganisierten Sport werden wir – für jede und jeden zugänglich –
1600 einfache Bewegungsangebote in der Natur und im öffentlichen Raum fördern. Auch
1601 für nicht-vereinsgebundene Sportler:innen, Kinder und Jugendliche braucht es
1602 gute und zugängliche Angebote.

- 1603 • Wir wollen im Landesportbeirat gemeinsam mit Sportvereinen und -verbänden sowie
1604 Aktiven die künftige Finanzierung des Sports diskutieren, damit die Vereine auf
1605 die dynamisch wachsenden Ausgaben besser reagieren können. Wir wollen gemeinsam
1606 mit den Akteur:innen einen Zukunftsplan Sport für unseren Freistaat entwickeln.
1607 Im Mittelpunkt steht auch die kostenfreie Nutzung von Sportstätten durch
1608 Ehrenamtliche Strukturen in Vereinen und der vereinfachte Zugang.

1609

1610 **Umwelt erhalten und Energie & Wärme regional, dezentral sozial** 1611 **gestalten**

1612

1613 Wir sind in Thüringen und in Ostdeutschland bereits jetzt führend bei der Versorgung
1614 mit Fernwärme. Diese Errungenschaft gilt es durch die öffentliche Hand auszubauen und
1615 dafür zu nutzen, eine bezahlbare und ökologische Wärmewende zu realisieren. Für die
1616 Einspeisung der Energie müssen zeitnah umweltfreundliche Möglichkeiten gefunden
1617 werden – von der Geothermie über bereits entwickelte Großwärmepumpen oder
1618 Solaranlagen und Biomasse. Bestehende Kraft-Wärme Kopplungsanlagen in Fernwärmenetzen
1619 sind umzurüsten, damit sie in den einigen hundert Jahresstunden ohne Wind- und
1620 Sonnenstrom als Ersatzkraftwerke Strom und Wärme bereitstellen. Statt Überschussstrom
1621 aus Windanlagen abzuregeln soll er in Wärmenetzen mit Wärmespeichern genutzt werden.
1622 Dies ist volkswirtschaftlich sinnvoll, schnell und sozial erreichbar. Wir wollen die
1623 kommunale Wärmeplanung so vorantreiben, dass die Menschen nicht mit der
1624 Heizungsmodernisierung allein gelassen werden. Nah- und Fernwärmenetze, die kommunal
1625 oder auf Kreis-Ebene gemeinwohlorientiert betrieben werden, spielen dabei eine
1626 zentrale Rolle".

1627 Wir wollen kommunale Energieversorger für Strom, Wärme und Gas stärken, ebenso
1628 Energie-Genossenschaften, die durch Eigeninitiative ökologische und bezahlbare
1629 Lösungen anbieten. Damit Gewinne aus erneuerbaren Energien vor Ort in den Dörfern und
1630 Städten ankommen sowie die Akzeptanz für den notwendigen Ausbau steigt und nicht nur
1631 die Bilanz von Energieunternehmen verbessert wird, haben wir ein
1632 Windenergiebeteiligungsgesetz auf den Weg gebracht. Die deutlichste Antwort auf
1633 Klimawandel und für eine nachhaltige und vor allem für alle Menschen bezahlbare
1634 Energiewende muss die Investition in Energiesicherheit, Energiesouveränität und eine
1635 klimagerechte Zukunft sein. Der große Rückkauf der Thüringer Netze durch Kommunen und
1636 Land hat vor Jahren deutlich gezeigt: Öffentlich ist besser, um eine gute Versorgung
1637 zu garantieren. Diesen Weg einer sozial gerechten und ökologischen Energierevolution
1638 wollen wir konsequent weitergehen. So können wir unsere Lebensgrundlagen und Umwelt
1639 erhalten.

1640

1641 **Energie- und Wärme öffentlich, bezahlbar und nachhaltig**

1642 • Die Zukunft unserer Energieversorgung gehört den erneuerbaren Energiequellen –
1643 also Erdwärme, Biomasse, Sonne, Wind und Wasser. Bei der Debatte um Nutzung
1644 geeigneter Flächen gilt es zwischen Nutzen, Notwendigkeit und möglichen
1645 Beeinträchtigungen abzuwägen.

1646 • Um auch energieintensive Industrie in Thüringen zu halten, unterstützen wir sie

- 1647 beim Umstieg auf erneuerbare Energie, wie es zum Beispiel hiesige Glas- und
1648 Papier-Hersteller anstreben. Sie wollen so Kosten reduzieren und unabhängiger
1649 werden. Klimaneutrale Unternehmen und Produkte sind heute wichtige Faktoren, um
1650 am Markt zu bestehen. Dem darf Politik nicht im Wege stehen. Wir wollen
1651 energieintensive Unternehmen und regionale Unternehmenskooperationen mit ihren
1652 Interessenvertretern und aktiv beteiligte Kommunen unterstützen und begleiten,
1653 die den Weg in die Umstellung auf Strom und Energie aus Erneuerbaren Ressourcen
1654 gehen. Weiterhin werden wir Unternehmen und Energiegenossenschaften
1655 unterstützen, die Überschüsse aus erzeugter, erneuerbarer Energien sozialen
1656 regionalen sozialen Einrichtungen (Kindergärten, Schulen, Krankenhäusern usw.)
1657 zur Verfügung stellen, soweit diese die damit eingesparten Kosten qualitativ
1658 reinvestieren (z. B. Personal, betrieblicher Ausbildung).
- 1659 • Eine Chance regenerativer Energieformen ist ihr dezentrales Potenzial. Es gibt
1660 noch viele ungenutzte »Kraftwerke«, zum Beispiel große Dächer, Bahndämme,
1661 Unternehmensparkplätze (Mitarbeiterparkplätze) und Autobahnrandstreifen für
1662 Solaranlagen. Wir werden entsprechende Flächen erfassen und auf die Eigentümer
1663 mit dem Hinweis auf mögliche Förderungen zugehen. Dabei soll vermieden werden,
1664 dass hochwertige Böden der landwirtschaftlichen Nutzung entzogen werden. Agri-
1665 Photovoltaikanlagen wollen wir nach einer Pilot-Projekt-Phase zum Standard
1666 machen. Agrarbetriebe sollen dabei unterstützt werden, ihren
1667 landwirtschaftlichen und Energie-Ertrag zu optimieren. Im Bereich des
1668 Denkmalschutzes sollten mehr Solaranlagen auf denkmalgeschützten Gebäuden und in
1669 deren Nähe zugelassen werden. Falls sich der Verordnungsweg als nicht
1670 ausreichend erweisen sollte, muss das Denkmalschutzgesetz angepasst werden.
 - 1671 • Wir wollen ein Energiespeicherprogramm (Batterie-, Wärme-, Kälte und
1672 Pumpspeicher) auf den Weg bringen. Das stärkt zusammen mit
1673 Wasserstoffelektrolyse und Ersatzkraftwerken Versorgungssicherheit. Wir setzen
1674 uns dafür ein, dass Energiespeicher (insbesondere auch Pumpspeicherkraftwerke)
1675 von den Netzentgelten befreit werden.
 - 1676 • Wir wollen die flexible Nutzung von Energie voranbringen, Strom zu nutzen, wenn
1677 er vorhanden ist, besser als ihn zu speichern und viel besser als ihn
1678 abzuregeln.
 - 1679 • Mit dem Windenergieerlass wurde für regionale Planungsgemeinschaften eine
1680 Planungshilfe bei der Ausweisung von Vorranggebieten für Windenergie geschaffen
1681 und das Windenergiebeteiligungsgesetz haben wir in den Landtag eingebracht.
1682 Damit wollen wir künftig Anwohner:innen und Kommunen an den Gewinnen der
1683 Windenergiebetreibenden beteiligen und so Gewinne in der Region für
1684 Investitionen in Kindergärten, Schulen, Straßen oder soziale Infrastruktur
1685 halten. So wird auch die Akzeptanz für den notwendigen Ausbau der nachhaltigen
1686 Energieproduktion erhöht. Den generellen Ausschluss von Waldflächen für die
1687 Windenergieerzeugung lehnen wir ab.
 - 1688 • Wir haben das 1000-Dächer-Solarprogramm für öffentliche Gebäude und
1689 gemeinnützige Träger fortgesetzt. Die „Thüringer Energie- und GreenTech-Agentur“
1690 (THEGA) berät Kommunen zu Möglichkeiten finanzieller Teilhabe an den Gewinnen
1691 von
1692 Windparkbetreibern ebenso wie sämtliche Interessierte, von der Bürgerin bis zum

- 1693 Betrieb, zu den Themen Wasserstoff, Wärmepumpen und Photovoltaik.
- 1694 • Bereits 2016 wurde in Thüringen das Förderprogramm »SolarInvest« etabliert.
1695 Damit soll die Photovoltaik und Kraft-Wärme-Kopplung weiter ausgebaut werden.
1696 Speziell mit Mieter:innenstrommodellen werden neue Einsatzmöglichkeiten
1697 geschaffen. Der mit Photovoltaik-Anlagen erzeugte Strom muss nicht wie bisher
1698 ins öffentliche Netz eingespeist werden, sondern kann Mieter:innen zum
1699 Direktbezug angeboten werden. Wir werden als Land künftig Balkon-Solarkraftwerke
1700 fördern.
- 1701 • Dezentrale Energieversorgung entwickelt sich nicht zuletzt dank der
1702 Energiegenossenschaften in ganz Thüringen. Die Linke unterstützt die dezentralen
1703 Formen durch projektbezogene, anteilmäßige Förderung. Die Förderung
1704 demokratischer, dezentraler Strukturen und regenerativer Energien ist auf einem
1705 guten Weg in Thüringen. Das werden wir fortsetzen und ausbauen.
- 1706 • Wir müssen, auf Ebene der Kommunen und des Landes, bei der sozial-ökologischen
1707 Transformation und der Energie- und Wärmewende schneller werden. Wenn wir die
1708 Wende nicht jetzt einleiten, werden uns in Zukunft noch höhere Kosten entstehen.
1709 Wir brauchen einen Transformationsfonds, um die Herausforderungen zu bewältigen.
1710 Dazu müssen wir investive Kreditaufnahme zum Beispiel über die
1711 Landentwicklungsgesellschaft oder die Thüringer Aufbaubank ermöglichen. Mit 50
1712 Millionen Euro Einlagen des Landes könnten bis zu 700 Millionen Euro für den
1713 klimagerechten Ausbau der Infrastruktur in den Dörfern und Städten des Landes
1714 mobilisiert werden. Wir wollen Fernwärme ausbauen, Dächer und Flächen
1715 landeseigener Immobilien mit Solarenergie ausstatten und Landesimmobilien
1716 dekarbonisieren, also CO₂-neutral gestalten. Dabei werden mit eng mit den
1717 Kommunen und kommunalen Trägern, Unternehmen und Landwirt:innen zusammenarbeiten
1718 und Förderung entsprechend ausrichten.
- 1719 • Der Bürgerenergiefonds der Landesregierung ist erfolgreich. Damit werden
1720 Bürgerenergieprojekte in Thüringen in der Planungs- und Startphase gezielt
1721 gefördert. Wir werden den Fonds fortführen. Wir werden weitere Maßnahmen zur
1722 Unterstützung von Bürger:innen-Energiegenossenschaften entwickeln und dazu die
1723 Thüringer Energieagentur als wichtigen Partner zu deren Unterstützung stärken.
1724 Insbesondere sollten auch Investitionskosten über einen revolving Fonds
1725 unterstützt werden. Dabei handelt es sich um die Unterstützung in Form eines
1726 Zuschusses, der nach erfolgreicher Umsetzung wieder zurück in den Fonds fließt.
1727 So werden insbesondere kleinere Genossenschaften unterstützt.
- 1728 • Wir wollen, dass Thüringen absehbarer zu 100 Prozent aus erneuerbaren
1729 Energiequellen versorgt wird. Energie soll dort erzeugt werden, wo sie benötigt
1730 wird. Wir wollen Übertragungsnetze möglichst begrenzen und Wertschöpfung in der
1731 Region ermöglichen.
- 1732 • Speicher sind für eine funktionierende dezentrale Energiewirtschaft
1733 unabkömmlich, zum Beispiel können Thüringer Pumpspeicher Netze stabilisieren und
1734 Leitungsbau vermeiden. Deshalb sollten die Potenziale unserer
1735 Pumpspeicherkraftwerke genutzt werden. Gleichzeitig müssen nicht
1736 elektrifizierbare Industrieprozesse an regionale, bundesweite und EU-weite
1737 Wasserstoffnetze angeschlossen werden.

- 1738 • Da unser Freistaat mit den Altlasten der Uranförderung bereits überproportional
1739 mit strahlendem Müll belastet ist, sollte er nicht als Standort für ein
1740 Atommüllendlager in die engere Wahl kommen. Daher werden wir uns weiterhin in
1741 die Debatte um eine Endlagersuche einbringen und klar machen: Wir kämpfen gegen
1742 ein Endlager in Thüringen!
- 1743 • Wir setzen uns auch künftig dafür ein, dass die Versorgung mit Energie keine
1744 Frage des Geldbeutels sein darf. Strom- und Heizungsabschaltungen müssen der
1745 Vergangenheit angehören.
- 1746 • Wir wollen in Thüringen Forschung zu erneuerbaren Energien, Speichertechnologien
1747 und Energieeffizienz an Hochschulen, Instituten und privaten Einrichtungen
1748 stärken und Ausbildungsstrukturen auch auf diese Bereiche ausrichten, so dass
1749 Thüringen von gut ausgebildeten Fachkräften in der Zukunftsbranche
1750 Energiewirtschaft profitiert. Nötig ist es auch, stärker als bisher – zum
1751 Beispiel auch durch die Arbeitsagenturen – für Berufe zu werben, die für den
1752 sozial-ökologischen Umbau wichtig sind, und in den Ausbildungen entsprechende
1753 Kompetenzen zu stärken.
- 1754 • Wir streben eine solidarische Wärmewende an, die durch Stadtwerke und Kommunen
1755 realisiert wird und bezahlbare Energie, Versorgungssicherheit sowie Klimaschutz
1756 priorisiert,
1757 statt Profite für Unternehmen und bürokratisches Förderantrags-Chaos. Unsere
1758 Lösung für
1759 die Energie- und Klimakrise in der Wärmeversorgung basiert auf dem Ausbau von
1760 kommunal
1761 oder auf Kreisebene gemeinwohlorientiert betriebenen Nah- und Fernwärmenetzen.
1762 Diese
1763 sollen nur die tatsächlichen Kosten für die Wärmeerzeugung abrechnen und bieten
1764 zahlreiche Vorteile: gesteigerte Effizienz, geringere Kosten pro Haushalt ohne
1765 individuelle
1766 Investitionskosten sowie eine zentrale Modernisierung und Dekarbonisierung.
1767 Diese Wärmenetze sollen zukunftssicher aus erneuerbaren Energiequellen wie
1768 Boden,
1769 Sonne, Wind und Industrieabwärme betrieben werden, um dauerhaft unabhängig von
1770 Marktschwankungen zu sein. Kommunen, Land und Bund sollen den Ausbau dieser
1771 Netze
1772 und die Installation von Wärmepumpen durch Stadtwerke fördern, um die Wärmewende
1773 bezahlbar, effektiv und demokratisch zu gestalten, ähnlich wie in Dänemark.
1774 Die Wärmeplanung muss vereinfacht werden, wobei bestehende Fern- und
1775 Nahwärmenetze
1776 bevorzugt und, wo nicht vorhanden, zunächst die Möglichkeit der Verlegung von
1777 Nahwärmenetzen geprüft werden soll. Diese bieten preiswerte, langlebige,
1778 erneuerbare und
1779 solidarische Wärmeerzeugung. Wo Nahwärmenetze nicht sinnvoll sind, sollen
1780 Wärmepumpen zum Beispiel durch Stadtwerke installiert und die Wärme durch die
1781 Verbraucher:innen gekauft werden, weg von streuenden Direktsubventionen.
1782 Zudem wollen wir Eigenheimbesitzer:innen mit einer sozialen Komponente
1783 unterstützen, um

- 1784 sicherzustellen, dass Klimaschutz, der Einsatz erneuerbarer Energien und
1785 Energieeffizienz
1786 nicht an finanziellen Hürden scheitern.
- 1787 • Um eine soziale und ökologische Energiewende zu realisieren und Unabhängigkeit
1788 herzustellen, müssen wir die Energienetze wieder flächendeckend in öffentliche
1789 Hand holen – also Strom, Fernwärme und gegebenenfalls auch Gas. Ebenso müssen
1790 die Produktion und Speicherung mittelfristig in Verantwortung von Bund, Länder,
1791 Kommunen und öffentlich kontrollierte Unternehmen liegen.
- 1792 • Wir wollen Kommunen unterstützen, die ihre Städte oder Gemeinden zu Modellorten
1793 für eine soziale und ökologische Energiewende machen wollen. Dafür unterstützt
1794 das Land das Land Energie- und Klimaschutzmanagement bei Kommunen, kommunalen
1795 Unternehmen auch zur Beratung von Firmen und Bürger:innen.
- 1796 • Perspektivisch braucht Thüringen eine landeseigene Energie-Gesellschaft, die
1797 zentral Städte, Kreise und Gemeinde bei der Rekommunalisierung von
1798 Energieproduktion und -verteilung sowie dem Ausbau ökologischer Energie
1799 unterstützt und gemeinsam finanziert.
- 1800 • Wir werden die Thüringer Nachhaltigkeitsstrategie weiterentwickeln, um unserer
1801 Verantwortung für eine gesunde Umwelt und damit für eine nachhaltige Politik
1802 gerecht zu werden. Den Nachhaltigkeitsgrundsatz wollen wir in der Verfassung
1803 verankern.
- 1804 • Grüner Wasserstoff kann zur Dekarbonisierung, also die Reduzierung von
1805 Kohlendioxid-Ausstoß, in den verschiedenen Sektoren (Strom, Wärme, Verkehr,
1806 Industrie, Landwirtschaft) einen wesentlichen Beitrag leisten. In Thüringen
1807 bauen wir auf die Arbeit der vergangenen Jahre auf, wie den Eckpunkten einer
1808 Wasserstoffstrategie aus dem Jahr 2019 und bisherigen Erfahrungen der Thüringer
1809 Akteur:innen.
- 1810 • Auf Bundesebene gehörte Thüringen zu den ersten Ländern, die das Thema
1811 Wasserstoffstrategie mit dem Eckpunktepapier angegangen sind. Damit Wasserstoff
1812 ein zentraler Bestandteil einer Dekarbonisierungsstrategie werden kann, muss die
1813 gesamte Wertschöpfungskette – Technologien, Erzeugung, Speicherung,
1814 Infrastruktur und Verwendung einschließlich Logistik – in den Blick genommen
1815 werden.
- 1816 • Mittelfristig wollen wir CO₂-Einsparungen im Schienenverkehr, unter anderem
1817 durch den Einsatz von batterieelektrischen Zügen auf Thüringer Bahnstrecken, die
1818 nicht zur Elektrifizierung anstehen, erreichen. Auch Busse sowie kommunale
1819 Fahrzeuge auf vorzugsweise Batterie- oder Brennstoffzellenbasis hätten gute
1820 Einsatzmöglichkeiten im ländlichen Raum und sollten entsprechend erneuert
1821 werden. Für die technologische Umsetzung wollen wir weiter Anreize geben, um die
1822 Fähig- und Fertigkeiten im Bereich der Wasserstoffproduktion und
1823 Batteriefertigung in Thüringen weiterzuentwickeln.
- 1824 • Es gibt immer noch private Unternehmen, die enorme Gewinne durch Missbrauch von
1825 Industrierabatten bei den Strompreisen einstreichen oder mit
1826 Energiepreissteigerungen Extraprofiten erwirtschaften, die von uns
1827 Verbraucher:innen mitfinanziert werden. Das muss beendet werden, denn es ist
1828 ungerecht. Auf der Bundesebene werden wir uns für eine Übergewinnsteuer

1829 einsetzen, damit künftig Krisen- und Spekulationsgewinne der öffentlichen Hand
1830 zur Investition in den klimagerechten Ausbau in den Kommunen sowie dem
1831 Mittelstand zu Gute kommen und nicht die Taschen von Großkonzernen füllen. Auch
1832 Ideen zur Ausgestaltung einer demokratischen Kontrolle der Übertragungsnetze und
1833 der staatlichen Preisaufsicht im Energiesektor müssen auf die Tagesordnung im
1834 Bund. Ebenso wie eine neue Netzentgeltstruktur, damit Schluss ist damit Menschen
1835 im Osten oder Norden mehr für den Strom zahlen als im Westen oder Süden.

1836 • Umwelt-, Sozial- und Gesundheitspolitik muss gemeinsam gedacht werden.
1837 Umweltbelastungen und ihre Auswirkungen auf die Gesundheit sind ungleich
1838 verteilt. Menschen mit niedrigen Einkommen haben zwar den niedrigsten CO2-
1839 Abdruck, sind jedoch besonders betroffen, beispielsweise durch Lärm und Hitze.
1840 Sie besitzen weniger Ressourcen, um sich zu schützen. Für alle Menschen braucht
1841 es einen sozial gerechten Zugang zu möglichst gesunder Lebensumwelt. Wir wollen
1842 Kommunen und Träger sozialer, Gesundheits- und Bildungsinfrastruktur durch
1843 Klima- und Energiemanager:innen sowie entsprechende Förderprogramme
1844 unterstützen, dies umzusetzen. Hitzeschutzpläne für Kommunen und das Land werden
1845 wir vorantreiben.

1846

1847 **Tier- und Umweltschutz gemeinsam in guten Händen**

1848 • Die Interessen von Naturschützer:innen, Waldbesitzer:innen, Landwirt:innen und
1849 Jagdpächter:innen stehen sich vermeintlich oft gegenüber. Die Thüringer Linke
1850 sieht Jagd als Teil eines naturnahen, verantwortungsvollen Wildtiermanagements
1851 und als Voraussetzung eines erfolgreichen Waldumbaus. Sie muss das Ziel haben,
1852 dem Naturraum angepasste und gesunde Wildbestände in einer intensiv genutzten
1853 Kulturlandschaft zu sichern. Wichtig ist, Konflikte der Nutzer:innen zu
1854 reduzieren. Dem dienen das von uns gestaltete Jagdgesetz der kontinuierliche
1855 Dialog mit Verbänden und Fachleuten.

1856 • Lichtverschmutzung ist eine der Ursachen des Insektensterbens. Die Gesundheit
1857 aller Lebewesen wird dadurch beeinträchtigt. Wir fördern Kommunen bei der
1858 Umrüstung auf flexible Dimmung und Abschaltung sowie Lampengehäuse, die das
1859 Licht dorthin lenken, wo es gebraucht wird. Das Licht soll eine möglichst
1860 niedrige Farbtemperatur haben und keine Blauanteile enthalten. Naturschutz,
1861 Energieeinsparung und ein ungetrübter Blick in das Kulturgut Sternenhimmel gehen
1862 Hand in Hand.

1863 • Die Finanzierung der Tierheime in Thüringen wurden erhöht und müssen – ebenso
1864 wie die Arbeit der Tierschutzvereine - weiterhin gut finanziert werden. Die
1865 Fundtierunterbringung in den Tierheimen ist eine kommunale Pflichtaufgabe und
1866 darf nicht länger zulasten des ehrenamtlichen Tierschutzes gehen.

1867 • Wir unterstützen eine konsequente Umsetzung der Kennzeichnungs- und
1868 Registrierungspflicht, wie sie in Thüringen für Hunde vorgeschrieben ist, um die
1869 Arbeit der Tierheime zu erleichtern.

1870 • Die Katzenschutzverordnung muss konsequent für private Freigängerkatzen
1871 umgesetzt werden. Nur so kann das Leid von herrenlosen Straßenkatzen verhindert
1872 werden. Wir treten für die Kennzeichnungs- und Registrierungspflicht bei Katzen
1873 ein, um aufgefundene Katzen ihren Halter:innen unverzüglich zurückgeben zu

1874 können.

- 1875 • Die Linke Thüringen setzt sich für ein grundlegendes Umdenken bei Tierversuchen
- 1876 ein. Wir möchten tierversuchsfreie Verfahren verstärkt entwickeln und umsetzen.
- 1877 • Auf Bundesebene setzen wir uns für ein Ende von Qualzuchten bei Hundezüchtungen
- 1878 ein. Der illegale Welpenhandel muss entschieden bekämpft werden.
- 1879 • Wir befürworten das Klagerecht für Verbände im Bereich Tierschutz, auch um das
- 1880 Vertrauen der Verbraucherinnen und Verbraucher zu stärken.
- 1881 • Wir helfen den Fischereibetrieben und Anglervereinen bei der Unterhaltung von
- 1882 Staudämmen.
- 1883 • Der Natur- und Artenschutz soll weiter gestärkt werden, indem zum Beispiel die
- 1884 Thüringer Biodiversitätsstrategie fortgeführt wird. Außerdem sollen Thüringens
- 1885 geschützte Landschaften internationale Kriterien erfüllen. Wir begrüßen, dass
- 1886 bedrohte Tierarten wie Biber, Fischotter und Wolf wieder in Thüringen zu Hause
- 1887 sind. Daraus resultierende Schäden werden wir wie bereits beim Wolf etabliert
- 1888 ausgleichen. Die Förderung vorbeugender Maßnahmen konnten wir im Laufe der
- 1889 Legislaturperiode auf Herdenschutzhunde und regelmäßiger erneuerbare Zäune
- 1890 ausbauen. Wir setzen uns weiterhin für eine automatische Entschädigungszahlung
- 1891 bei positivem Rissgutachten ein. Ein erhöhtes Wolfsaufkommen muss durch erhöhte
- 1892 Fördermittel aufgefangen werden. Die Weidetierhaltung stellt einen
- 1893 unverzichtbaren Beitrag zum Erhalt artenreicher Kulturlandschaften dar und ist
- 1894 gut für das Klima. Eine Ausweitung des Kompetenzzentrums Wolf-Luchs-Biber als
- 1895 Beratungs- und Anlaufstelle für Interessierte und Betroffene um den Fischotter
- 1896 wollen wir prüfen lassen. Die seit 2017 geltende Kormoranverordnung wollen wir
- 1897 beibehalten. Wir halten am Konzept der Natura 2000-Stationen in Thüringen fest
- 1898 und sichern deren dauerhaften Erhalt, auch um mit Projekten zwischen
- 1899 verschiedenen Interessen zu vermitteln.
- 1900 • Landschaften ausgeweitet werden und internationale Kriterien erfüllen.
- 1901 • Landschaften internationale Kriterien erfüllen.
- 1902 • Nur wer die Natur kennt, kann sie auch schützen. Der Bedarf an
- 1903 Nachhaltigkeitsbildung nimmt immer mehr zu und erfasst dabei auch
- 1904 Wirtschaftszweige, die sich bislang wenig damit beschäftigt haben. Hinzu kommt
- 1905 die Notwendigkeit, dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken und auch in der
- 1906 öffentlichen Verwaltung Wissen über Arten- und Naturschutz zu vermitteln. Dabei
- 1907 soll das Wissen der unterschiedlichen Träger gebündelt werden und eine Thüringer
- 1908 Naturschutzakademie entstehen, welche makro- und mikroökologische Fragen
- 1909 zusammen denkt und daher in allen Bereichen vermitteln kann. Mit
- 1910 der Stiftung Naturschutz steht ein geeigneter Träger für die Akademie zur
- 1911 Verfügung, welche von unserer Landesregierung in die Pilotphase gebracht wurde.
- 1912 Wir werden uns für die Verstetigung dieses Prozesses einsetzen.
- 1913 • Zum Schutz der Böden wollen wir den Flächenverbrauch effektiver reduzieren. Dazu
- 1914 sollen bei notwendigen Eingriffen in Natur und Landschaft Ausgleichsmaßnahmen,
- 1915 wie die Entsiegelung von Flächen, vor Ausgleichszahlungen gehen.
- 1916 Handlungsleitend ist die Netto-Null-Flächenversiegelung. Nur so kann ausreichend
- 1917 Boden für künftige Generationen und natürlichen Klimaschutz erhalten werden.

- 1918 • Der Trend des Fördermittelrückgangs bei der Abwasserentsorgung der vergangenen
1919 Jahre soll gestoppt und in den Folgejahren bedeutend aufgestockt werden.
1920 Notwendige Investitionen werden so gerecht finanziert.
- 1921 • Abfallentsorgung und -vermeidung ist ein wichtiges Thema. Für uns steht der
1922 Ressourcenschutz im Vordergrund, das heißt eine ökologischere Abfallwirtschaft
1923 und besserer Ressourcenschutz. Die öffentliche Hand muss in Bezug auf die
1924 Förderung der Kreislaufwirtschaft Vorbildfunktion haben.
- 1925 • Neben heutigen Abfällen kommen Herausforderungen, die sich aus den
1926 Industriealtlasten der Vergangenheit ergeben. Hier werden wir uns gegenüber der
1927 Bundesregierung für die Interessen der Thüringer:innen weiterhin einsetzen und
1928 Lösungen einfordern, die unser Land nicht einseitig belasten.
- 1929 • In der Thüringer Abfallwirtschaft werden wir der Vermeidung höchste Priorität
1930 einräumen und Maßnahmen fördern, die dafür sorgen, dass Wertstoffe so weit wie
1931 möglich wieder in den Wertstoffkreislauf eingeführt werden. So wollen wir
1932 Ressourcen effizienter nutzen.
- 1933 • Wir fordern den Reperaturbonus langfristig zu verstetigen und auf 300 Euro pro
1934 Thüringer:in pro Jahr anzuheben.
- 1935 • Wir begleiten seit vielen Jahren die Altlastensanierung der Großprojekte
1936 Kalibergbau der K+S Kali GmbH sowie des ehemaligen Teerverarbeitungswerkes
1937 Rositz. Wir werden uns weiterhin dafür einsetzen, dass die Bundesregierung sich
1938 endlich an der Finanzierung dieser kostenintensiven Maßnahmen beteiligt. Darüber
1939 hinaus muss eine verpflichtende Rücklagenbildung zur Nachsorge von Unternehmen
1940 in der Industrie und im Bergbau eingeführt werden, um zu verhindern, dass neue
1941 Altlasten entstehen.
- 1942 • Im Südharz setzen wir uns für ein Biosphärenreservat ein, das als eine Art
1943 Sonderwirtschaftszone Instrumente zum verstärkten Einsatz von Recyclinggips in
1944 der dortigen Gipsindustrie bereitstellt. Damit soll die Nutzungsdauer der
1945 Gipslagerstätten verlängert und die Erschließung neuer Abbaugebiete vermieden
1946 werden. Wenn zunehmend Gips aus Rauchgasentschwefelung der Kohlekraftwerke
1947 wegfällt, müssen Alternativen wie Phosphorgips, Lehm und Stroh genutzt werden,
1948 aber kein Naturgips.

1949

1950 **Hochwasserschutz**

- 1951 Der Klimawandel und seine Folgen macht auch vor Thüringen nicht halt:
1952 Extremwetterereignisse wie Starkregen und Dürre folgen in immer kürzeren Abständen
1953 aufeinander. Überschwemmungen und Hochwasser sind das Ergebnis, wenn unsere Böden
1954 nicht schnell genug das Wasser aufnehmen können - eine Gefahr für Mensch und Umwelt,
1955 die uns jüngst in vielen Nordthüringer Regionen ereilte.
- 1956 • Wir stehen für die Autonomie der Landkreise beim Hochwasserschutz und
1957 unterstützen sie bestmöglich in deren Ausgestaltung. Eine gute Ausstattung vor
1958 Ort für den Ernstfall ist ebenso wichtig, wie die weitere Investition in die
1959 dezentralen Katastrophenschutzlager des Landes.
- 1960 • Wir setzen uns für bürokratiearme Verwaltung mit klaren Zuständigkeiten ein,
1961 damit im Schadensfall schnell gehandelt und geholfen werden kann. Kurze Wege

- 1962 sind wichtig, wenn es um jede einzelne Minute der Schadensbegrenzung geht!
- 1963 • Besonders im Katastrophenschutz zählt jede helfende Hand. Ein freiwilliger
1964 Einsatz zum Wohle der Gesellschaft sollte sich auch bei der späteren Rente
1965 bemerkbar machen. Staatliche Beiträge in die gesetzliche Rentenversicherung für
1966 Ehrenamtliche fördern die Hilfsbereitschaft.
- 1967 • Naturnahe Gewässer, wilde Bäche und Seen müssen regelmäßig gepflegt werden, um
1968 im Falle von Starkregen möglichst große Wassermengen aufnehmen zu können. Der
1969 ökologische Zustand von Fließgewässern muss stets verbessert werden und ein
1970 Fokus auf die Bodenentsiegelung gesetzt werden, um Überschwemmungen abwenden zu
1971 können.
- 1972 • Zum Schutz vor Starkregen und zur Dürrevorsorge wollen wir Schwammstadtkonzepte
1973 fördern. Niederschläge müssen vermehrt in der Kulturlandschaft gespeichert
1974 werden, um das Dargebot für Trockenzeiten zu verbessern und zu sichern. In der
1975 vergangenen Legislaturperiode haben wir uns für eine umfangreiche
1976 Niedrigwasserstrategie eingesetzt. Diese wird gerade auch für die Sicherung von
1977 Trinkwasserressourcen immer wichtiger. Wir wollen die empfohlenen Maßnahmen aus
1978 der Strategie umsetzen, dazu zählen u.a. Aufforstungen in der Nähe von
1979 Trinkwassertalsperren sowie der Aufbau einer dezentralen Zisterneninfrastruktur
1980 sowie die Nutzung historisch vorhandener landwirtschaftlicher Klein-Wasser-
1981 Speicher (sogenannte „herrenlose“ Speicher). Wir wollen alte
1982 Meliorationsprojekte (Be- und Entwässerung von landwirtschaftlichen Nutzflächen)
1983 wieder aufgreifen und neue etablieren. Das dient dem Hochwasserschutz ebenso wie
1984 der Dürrevorsorge.
- 1985 • Nicht nur Wohnraum ist von Hochwasserschäden betroffen, sondern auch Industrie-
1986 und Agrarflächen. Durch Extremwetterereignisse entstandene Schäden müssen
1987 abgegolten werden. Daher setzen wir uns auch auf Bundesebene für einen
1988 einheitlichen Hilfsfonds und eine Versicherung ein, um im Ernstfall finanziell
1989 sofort beim Wiederaufbau unterstützen zu können.

1990

1991 **Abwasserentsorgung & Wasserversorgung**

- 1992 • Die Thüringer Wasserversorgung zu sichern, hat höchste Priorität. Gleichzeitig
1993 ist die Frage der Abwasserentsorgung ein »Dauerbrenner« in unserem Land. Die
1994 Kosten dafür dürfen nicht allein auf die Privatverbraucher:innen abgewälzt
1995 werden.
- 1996 • Mit dem Thüringer Landesprogramms Gewässerschutz 2022 – 2027 konnte die
1997 Landesregierung die Grundlage für saubere Gewässer und die Versorgung der
1998 Menschen mit ausreichend hochwertigem Trinkwasser gefestigt und muss
1999 weitergeführt werden.
- 2000 • Die Thüringer Fernwasserversorgung muss wirtschaftlich leistungsfähig bleiben
2001 und beabsichtigt daher, neue Geschäftsfelder zu erschließen. Wir unterstützen
2002 sie dabei, künftig wichtige Erlöse aus Energieerzeugung mit Wasser, Wind und
2003 Photovoltaik zu erschließen.
- 2004 • Inzwischen sind in Thüringen deutlich über 80 Prozent der Haushalte an zentrale
2005 Kläranlagen angeschlossen. Ihr Anteil konnte unter der rot-rot-grünen

2006 Landesregierung deutlich erhöht werden. Dennoch wollen wir die Anschlussquote
2007 weiter ausbauen und so die Benachteiligung ländlicher gegenüber städtischen
2008 Räumen überwinden. Der Abwasserpakt zwischen dem Ministerium für Umwelt, Energie
2009 und Naturschutz sowie dem Gemeinde- und Städtebund Thüringen muss angepasst und
2010 noch besser finanziert werden, um den Anschluss an das Abwassernetz
2011 voranzubringen und die Abwassergebühren bezahlbar zu halten. Wir werden uns
2012 weiter dafür einsetzen, dass in Gemeinden mit weniger als 200 Einwohnern
2013 Gruppenlösungen bzw. gemeindeeigene Anlagen durch Beratung und Zuschüsse
2014 gefördert werden, damit dort nicht jede Einwohnerin ihre eigene Kleinkläranlage
2015 errichten muss.

2016 • Für nicht mehr benötigte Trinkwassertalsperren werden wir Nachnutzungskonzepte
2017 erarbeiten. Wir setzen uns dafür ein, so viele landwirtschaftliche Wasser-
2018 Kleinspeicher wie möglich zu erhalten, um den Folgen des Klimawandels auf
2019 Trockenheit etwas entgegensetzen zu können.

2020

2021 **Verkehr & Mobilität sozial, klimagerecht und für alle gestalten**

2022

2023 Menschen müssen mobil sein können. Dazu brauchen wir gerade im ländlichen Raum noch
2024 Autos und den Individualverkehr. Dennoch wissen alle: In Zukunft werden wir anders
2025 mobil sein müssen. Denn Jede:r muss Möglichkeiten haben, vom Dorf oder der Kleinstadt
2026 in die Städte der Umgebung und wieder nach Hause zu kommen, um die notwendigen Wege
2027 zu Ärzt:innen, Banken, Geschäften, Versorgung und Freizeitaktivitäten zu erledigen –
2028 bis in den letzten Weiler. Die zentrale Frage ist also, wie wir das organisieren
2029 können. Wenn wir Teilhabe in Stadt und Land stärken wollen, sind zuverlässige,
2030 flächendeckende und bezahlbare Mobilität ein wichtiger Baustein. Es braucht
2031 unterschiedliche Angebote, die miteinander verbunden sind - von individueller
2032 Elektromobilität und Radfahren über die engere Verzahnung von mehr Bussen und mehr
2033 Bahnen, Bürgerbusse, Carsharing, Mitfahrbänke und gute Lösungen, wie zum Beispiel
2034 Anrufsammeltaxis, für die letzte Meile bis zur Haustür. Auch die Etablierung eines
2035 landesweiten Verkehrsverbundes trägt zur Verbesserung bei. Maßnahmen wie ein
2036 integraler Taktfahrplan und ein Plan zur Reaktivierung von Schieneninfrastruktur
2037 bieten mit mehr Investition in nachhaltige Busse sind wichtige Bausteine für die
2038 Mobilitätswende. Solange die Börsenbahn mehr damit beschäftigt ist, weltweit andere
2039 Unternehmen aufzukaufen, statt ihrem eigentlichen Auftrag nachzukommen – nämlich hier
2040 vor Ort den Verkehr zu organisieren - läuft etwas gewaltig schief. Bürgerbahn statt
2041 Börsenbahn, das ist unsere Forderung! Kommunen, Land und Bundesregierung müssen
2042 wieder stärker als bisher Verantwortung für Mobilität übernehmen, denn der Markt
2043 regelt das ganz offensichtlich nicht im Sinne der Menschen: Bezahlbar, erreichbar und
2044 jederzeit verfügbar – das muss die Antwort sein.

2045 • Das 9-Euro-Ticket hat gezeigt, wie groß der Wunsch nach einem kostengünstig
2046 nutzbaren öffentlichen Nahverkehr ist. Mit dem Deutschlandticket wurde dieser
2047 Weg nur in Teilen fortgesetzt. Unsere Landesregierung hat dafür gesorgt, dass
2048 das Deutschlandticket in ganz Thüringen gültig ist. Das werden wir fortführen
2049 und uns gegenüber der Bundesregierung für den Erhalt des Tickets und künftig

- 2050 einen günstigeren Preis einsetzen. Auch setzen wir uns gegenüber der
2051 Bundesregierung dafür ein, dass die Regionalisierungsmittel bedeutend erhöht
2052 werden, damit die notwendigen Investitionen in Verbindung den Landesmitteln
2053 getätigt werden können.
- 2054 • Unser langfristiges Ziel ist ein kosten- und ticketfreier öffentlicher
2055 Personennahverkehr (ÖPNV) für alle. Auf dem Weg dahin werden wir Tarifstrukturen
2056 sichern, vergünstigte Tickets für einzelne Gruppen (Schüler:innen, Sozial- und
2057 Senior:innenticket) als Einstieg anbieten und Angebote für 1 Euro pro Tag
2058 einführen. In einem ersten Schritt wollen wir ein landesweites 28-Euro-Ticket
2059 für junge Menschen bis zum 28. Lebensjahr anbieten. Schritt für Schritt wollen
2060 wir ein solches Ticket zur Regelleistung weiterentwickeln. Als Teil der
2061 Landesregierung werden wir die entsprechenden Förderrichtlinien zur Übernahme
2062 von Betriebsdefiziten bei den beteiligten Verkehrsunternehmen anpassen. Dazu
2063 werden wir auch die Bundesregierung zur sicheren Mitfinanzierung auffordern.
2064 Wir fordern ebenfalls die Kommunen auf, im Rahmen der kommunalen
2065 Selbstverwaltung Haushaltsmittel bereitzustellen. Das Ziel eines kostenfreien
2066 ÖPNV für alle schaffen wir nur gemeinsam mit unseren Kommunen.
- 2067 • Wir wollen das Rennsteigticket als positives Beispiel für die Zusammenarbeit von
2068 Wirtschafts- und Tourismusstrukturen im Nahverkehr erhalten und auf den gesamten
2069 Thüringer Wald ausweiten.
- 2070 • Verkehrsmittel müssen für alle Menschen zugänglich sein. Der barrierefreie
2071 Ausbau der Haltepunkte und Fahrzeuge sowie der Verkehrsinfrastruktur ist daher
2072 ein wichtiger Aspekt für die Förderung des öffentlichen Nahverkehrs. Unsere
2073 Landesregierung hat erste Erfolge bei der Barrierefreiheit erzielt. Wir werden
2074 entsprechende Projekte ausbauen und fortsetzen.
- 2075 • Die Thüringer Linke wird sich dafür einsetzen, den öffentlichen Nahverkehr zu
2076 ertüchtigen, so dass gerade in ländlichen Regionen innovative Angebote den
2077 Linienverkehr ergänzen, damit Erreichbarkeit bis in das letzte Dorf garantiert
2078 werden wird. Das ist insbesondere für Frauen von großer Bedeutung, da sie
2079 wesentlich häufiger die öffentlichen Verkehrsmittel benutzen als Männer. Dazu
2080 zählen zum Beispiel Schnell- und Bürger:innenbusse, Anrufbusse, Linientaxis,
2081 Wander-, Rad- und Kombibusse, Car- und Bike- Sharing oder die Einrichtung von
2082 Bedarfshalten. Auch App-Lösungen zur Abholung können dazu beitragen, Mobilität
2083 zu garantieren. Weiterhin muss es die Möglichkeit geben, Tickets auch an
2084 Automaten, Schaltern oder in Bussen und Bahnen kaufen zu können. Denn das Ende
2085 des Verbrenners für eine klimaneutrale Zukunft muss verbunden sein mit der
2086 Sicherheit, auch ohne Diesel oder Benzin vom Dorf in die Stadt oder das nächste
2087 Dorf und zurückzukommen.
- 2088 • Wir unterstützen Kooperationen des öffentlichen Nahverkehrs mit kommunalen
2089 Wirtschafts- unternehmen, Kultureinrichtungen, Krankenhäusern und anderen
2090 Leistungserbringern, um zusätzliche Verkehrsformen zu finanzieren.
- 2091 • Mit dem Ausbau eines landesweit getakteten Bus-Bahn-Netzes erreichen wir eine
2092 Angebotsverbesserung und Anbindung von Dörfern und Gemeinden an die Städte und
2093 zentralen Orte. Unser Thüringer Nahverkehrsplan muss ständig weiterentwickelt
2094 und verbessert werden.

- 2095 • Wir wollen einen landesweiten Thüringer Verkehrsverbund, perspektivisch als
2096 landeseigene Verkehrsgesellschaft, mit abgestimmten Tarifen und Takten schaffen.
2097 Nur so ist es möglich, bestehende günstige Angebote auf ganz Thüringen
2098 auszuweiten, eine landesweit gültige Jahresnetzkarte entwickeln, attraktive
2099 Jobtickets anzubieten, flächendeckende Sozialtarife einzuführen und die Schritte
2100 zur kostenfreien Mobilität für Kinder und Jugendliche zu gehen. Wir werden
2101 weiterhin mit den Kreisen und kreisfreien Städten Gespräche dazu führen und
2102 finanzielle Anreize schaffen. Dabei wollen wir auch prüfen, ob die Aufgaben des
2103 öffentlichen Nahverkehrs in einem landeseigenen Betrieb sinnvoller und vor allem
2104 im Hinblick auf soziale Aspekte effizienter gestaltet werden können.
- 2105 • Wir erreichen mit einem Ticket durch Thüringen, mit Fahrgastinformationen in
2106 Echtzeit, mit einem Routenplaner für den öffentlichen Nahverkehr in Thüringen
2107 und W-LAN in Bus und Bahn mehr Kundenfreundlichkeit und Serviceorientierung.
- 2108 • Mit Kommunen, Verkehrsanbietern, Fahrgästepverbänden und Expert:innen wollen wir
2109 für eine Diskussion zum Thema »Öffentlicher Personennahverkehr im Jahr 2030«
2110 eine Strategiekommission einsetzen, die verkehrsträgerübergreifend ein
2111 Mobilitäts-Förderkonzept für Thüringen entwickelt – für bessere
2112 Mobilitätsangebote, Digitalisierung und die Kooperation der Verkehrsbetriebe.
- 2113 • Zur erfolgreichen Bewältigung der Klima- und Mobilitätswende braucht es den
2114 Masterplan Schiene 2030. Auf diesem wollen wir aufbauen, um beim Personen- und
2115 Güterverkehr in Thüringen Strecken zu reaktivieren, zu elektrifizieren und
2116 auszubauen. Das Mobilitätsnetzwerk Thüringen ist dabei ein wichtiger Partner.
2117 Wir wollen zudem einen Lenkungskreis Schieneninfrastruktur etablieren, um den
2118 Ausbau, Lückenschlüsse und Reaktivierungen vorzubereiten und auf den Weg zu
2119 bringen. Dazu wollen wir uns für zusätzliche Mittel Bundes genauso stark machen
2120 wie für weitere finanzielle Mittel im Land für den Ausbau der des Verkehrs auf
2121 der Schiene.
- 2122 • Wir wollen weitere Reaktivierungen von Bahnstrecken für Personen- und
2123 Güterverkehr. Deshalb haben wir den Masterplan Schiene auf den Weg gebracht und
2124 entsprechende Möglichkeiten identifiziert.
- 2125 • Stillgelegte sowie heruntergekommene Bahnhöfe sollen zum Ausbau des Angebots auf
2126 dem Land und zur Attraktivitäts- und Sicherheitssteigerung saniert werden. Alle
2127 Bahnhöfe müssen im Sinne eines Sicherheitskonzeptes gut beleuchtet sein.
- 2128 • Wir werden im Dialog mit Unternehmen Potentiale für die Verlagerung von Verkehr
2129 von der Straße auf die Schiene nutzen und wo möglich, Förderungen bereitstellen.
- 2130 • Die Linke Thüringen plädiert für ein Förderprogramm für Investitionen zur
2131 Erneuerung und Vergrößerung des Fahrzeugparks, vor allem bei Schienenfahrzeugen,
2132 um die zunehmenden Passagierzahlen zwischen den Regionen und in den Städten zu
2133 bewältigen. Bei der Vergabe von Fördermitteln sind Antriebe mit erneuerbaren
2134 Energien bevorzugt zu fördern. Ein Fahrzeugpool des Landes oder mit
2135 Unterstützung des Landes kann Ausfallsicherheit erhöhen.
- 2136 • Thüringen ist mit dem ICE-Knotenpunkt Erfurt besser denn je an Metropolregionen
2137 • Thüringen ist mit dem ICE-Knotenpunkt Erfurt besser denn je an Metropolregionen
2138 wie Berlin Leipzig, München, Nürnberg und das Rhein-Main-Gebiet angebunden.

2139 Daraus ergeben sich große wirtschaftliche und touristische Potenziale. Wir setzen
2140 uns dafür ein, Thüringens dezentrale Struktur weiter zu stärken. Dafür wollen
2141 wir die Schienenverbindung in den Regionen verbessern. Wir wollen, dass auch
2142 weitere Regionen und Städte an das Fernverkehrsnetz angeschlossen bleiben oder
2143 wieder und neu angebunden werden, beispielsweise muss Ostthüringen durch eine
2144 IC-Kreuzung besser vernetzt und deutlich besser nach Norden, und Nordthüringen
2145 besser nach Westen angebunden werden.

2146 • Eine weitere Privatisierung der Deutschen Bahn oder den Ausverkauf von
2147 Tochterunternehmen lehnen wir ab.

2148 • Die Standards bei Barrierefreiheit und Zugänglichkeit von Bahnhöfen und
2149 Verkehrsmitteln werden wir erhöhen, um für Menschen mit Behinderungen in der
2150 Fläche stärker Mobilität zu sichern.

2151 • Um Elektromobilität voranzubringen, wollen wir zum Beispiel Forschungsprojekte,
2152 die Nutzung von E-Mobilität bei landeseigenen Fahrzeugen und im ÖPNV sowie vor
2153 allem den Ausbau der Lade-Infrastruktur unterstützen und bestehende Probleme bei
2154 der Stromnetzauslastung angehen.

2155

2156 **Radverkehr in Stadt und Land**

2157 • Rad- und Fußwege sind entscheidend, um Wege sicher zurückzulegen. Wir haben in
2158 den vergangenen Jahren erheblich mehr Mittel für den Bau von Radwegen
2159 bereitgestellt als zuvor. Das Thüringer Radverkehrskonzept wurde im
2160 Zusammenwirken mit Vereinen und Verbänden neu konzipiert. Erstmals haben wir
2161 konkrete Ziele festgelegt, um den Anteil des Radverkehrs zu steigern: Bis 2025
2162 sollen 12 Prozent der Wege mit dem Fahrrad zurückgelegt werden – eine
2163 Verdopplung im Vergleich zu 2008. Dafür braucht es unter anderem eine enge
2164 Verknüpfung mit dem ÖPNV, den Bau zusätzlicher Abstellanlagen an Bahnhöfen,
2165 digitale Radroutenplaner und Mängelmelder. Gerade auch in den Dörfern und kleinen
2166 Gemeinden ist mehr Unterstützung und Koordination für die Radverkehrsentwicklung
2167 auf den Dörfern nötig. Gerade auch an Landstraßen und zwischen Ortschaften sind
2168 Fahrradwege wichtig, um sicheres Fahrradfahren zu gewährleisten. Dafür brauchen
2169 wir einen landesweiten Radwegeplan.

2170 • Wir werden die kostenlose Fahrradmitnahme in den Thüringer Nahverkehrszügen
2171 garantieren, eine bessere Kopplung von öffentlichem Personennahverkehr und
2172 Radverkehr für Mobilitätsketten anstreben, die Fahrradwegweisung weiter ausbauen
2173 und beim Neubau von Straßen Fahrradwege von Anfang an mitdenken und ein
2174 flächendeckendes Radverkehrsnetz, in Stadt und Land, anstreben. Hierzu gehören
2175 neben gut ausgebauten, beschilderten und sicheren Radwegen auch kostenfreie
2176 Abstellmöglichkeiten und eine gut ausgebaute Ladeinfrastruktur für E-Bikes und
2177 Lastenfahrräder.

2178 • Wir fordern die Schaffung von öffentlicher Fahrradreparaturinfrastruktur, welche
2179 niedrigschwellig den Menschen zugänglich gemacht wird.

2180 • Die Kommunen wollen wir bei der Beantragung von Fördermöglichkeiten,
2181 Koordination der Baumaßnahmen und weiteren Aspekten der Radwegeplanung
2182 intensiver durch eine entsprechende Beratungsstelle unterstützen. Die

2183 Fördermöglichkeiten wollen wir entsprechend der unterschiedlichen Bedarfe und
2184 Anforderungen in Stadt und Land vereinfachen. Bürger:inneninitiativen wie
2185 "geRADeWEGs" oder Verbände sind für uns zu Erreichung dieser Ziele wichtige
2186 Partner:innen, die in die Entwicklungen mit einbezogen werden müssen. Hier
2187 wollen wir auch auf die Erkenntnisse aus Modellprojekten wie dem "15-Minuten-
2188 Provinznetz" aufbauen um Radverkehr im ländlichen Raum als Baustein für die
2189 Verkehrswende zu stärken.

2190

2191 **Verkehrssicherheit**

- 2192 • Wir unterstützen Forderungen der Kommunen nach verbessertem Lärmschutz,
2193 Verkehrsberuhigung und Umgehungsstraßen und setzen uns gegenüber der
2194 Bundesregierung für deren Realisierung ein.
- 2195 • Wir stärken die Verkehrssicherheit in Thüringen. Das Verkehrssicherheitsprogramm
2196 mit dem Verkehrssicherheitsprogramms 2030 wird fortentwickelt. Die Zahl der
2197 Verkehrstoten, Verletzten und Unfälle soll entscheidend verringert werden. Bis
2198 zum Jahr 2030 soll die Anzahl der im Thüringer Straßenverkehr getöteten Personen
2199 um weitere 40 Prozent reduziert werden. Dabei setzen wir vor allem durch
2200 Verkehrserziehung und Mobilitätsbildung, die Verbesserung der
2201 Verkehrsinfrastruktur, Ausweitung notwendiger und sinnvoller Tempolimits und
2202 Polizeikontrollen.
- 2203 • Mit dem Landesstraßenbedarfsplan 2030 des Infrastrukturministeriums können
2204 Sanierung, Um- und Neubau von Ortsumgehungen und Landesstraßen besser geplant
2205 werden. Eine kontinuierliche Fortschreibung der Planung ist auch in Zukunft
2206 notwendig, um die sich ändernde Zustandsentwicklungen im Straßennetz sowie sich
2207 ändernde finanzielle und personelle Bedingungen berücksichtigen zu können.

2208

2209 **Verkehrswende als Arbeitsmarkt und Industriepolitik**

- 2210 • Eine wichtige Säule zur Bewältigung der Mobilitätswende sind für uns die mehr
2211 als 65.000 Beschäftigten in der Automobilindustrie, zumeist bei Zulieferern. Sie
2212 erwirtschaften einen Gesamtumsatz von etwa 9 Milliarden Euro jährlich. Viele der
2213 Beschäftigten fürchten aufgrund der Veränderung unserer Mobilität (Carsharing,
2214 E-Mobilität, ÖPNV, Fahrrad, u.a.) um ihre Jobs. Wir haben zur gerechten
2215 Gestaltung des Strukturwandels unter anderem eine Transformationsagentur
2216 etabliert und eine Transformationswerkstatt gegründet, Qualifikations-, Fort-
2217 und Weiterbildungsoffensiven und -maßnahmen gestartet, um Arbeitsplätze und
2218 Technologiestandorte zu erhalten.
- 2219 • Wir setzen uns für die Ansiedlung von Bahnindustriunternehmen und weiteren
2220 Betrieben, die für die Infrastruktur des ÖPNV produzieren können, in Thüringen
2221 ein.
- 2222 • Wir wollen mit Aufgabenträgern, Gewerkschaften, Betriebsräten und
2223 Verkehrsunternehmen beraten, wie eine Koordination einer gemeinsamen Fachkräfte-
2224 und Ausbildungsoffensive sinnvoll gestaltet werden kann.
- 2225 • Unsere Strukturpolitik setzt hier an und wird von uns weiterverfolgt: Wir
2226 unterstützen Beschäftigte und Unternehmen bei der Umstellung auf neue Produkte,

2227 wollen eine Ausbildungsoffensive in den genannten Bereichen unterstützen und
2228 forcieren neue Ideen für eine umweltfreundliche Mobilität sowie Konzepte für die
2229 Kommunen und das Land.

2230 • Wir lehnen die Ausschreibungspflicht von Strecken ab. Der Wettbewerb zwischen
2231 Unternehmen, wer das günstigste Angebot abgeben kann, geht oft zu Lasten des
2232 Personals, der Fahrgäste und der Versorgungssicherheit. Wir wollen im Nahverkehr
2233 auf der Schiene tarifgebundene Unternehmen mit guten Arbeitsbedingungen als
2234 Voraussetzung für guten Service und eine Ausbildungsquote bei der Vergabe
2235 berücksichtigen. Wir wollen im Vergabegesetz eine verbindliche Tarifklausel für
2236 den Nahverkehr. So wirken wir den Folgen von Privatisierungen im Schienenverkehr
2237 entgegen.

2238 • Da es einen guten und verlässlichen öffentlichen Personennahverkehr nur geben
2239 wird, wenn sich endlich die Arbeitsbedingungen ändern, brauchen die
2240 Beschäftigten in den Tarifaueinandersetzung unsere Rückendeckung – für gute
2241 Löhne und angemessene Arbeitsbedingungen. #wirfahrenzusammen will Fahrgäste,
2242 Klimabewegung, Beschäftigte des öffentlichen Personennahverkehrs und
2243 Gewerkschaft zusammenbringen. Nur gemeinsam kann es funktionieren, denn
2244 Klimaschutz und soziale Gerechtigkeit sind keine Gegensätze.

2245

2246 **Sozial & sicher – Der Sozialstaat Thüringer Modell – in Stadt** 2247 **und Land**

2248

2249 Soziale Sicherheit müssen wir neu denken. Denn unsere Gesellschaft steht vor großen
2250 Herausforderungen, die wir nur dann bewältigen werden, wenn sich der und die Einzelne
2251 geschützt weiß vor existentiellen Nöten und Ängsten. Sorgen vor der Zukunft, sozialer
2252 Spaltung und Armut nehmen wir ernst. Dabei können wir auf gute Ansätze und die
2253 erfolgreiche Arbeit unserer Landesregierung in den letzten Jahren zurückgreifen.

2254 Thüringer Familien haben wir durch unser Landesprogramm „Solidarisches Zusammenleben
2255 der Generationen“ weiter unterstützt. Wir haben hiermit Familienzentren,
2256 Seniorenbeauftragte, Dorfkümmerer:innen und Pflegestützpunkte für die Menschen in
2257 Thüringen gefördert. Durch die Ausweitung unseres Programms „AGATHE – älter werden in
2258 der Gemeinschaft“ konnte mehr älteren Menschen eine aktive Teilnahme am
2259 gesellschaftlichen Leben ermöglicht werden. Die Mitbestimmung von Senior:innen wurde
2260 effektiv gestärkt.

2261 • Auf Bundesebene machen wir Druck für die notwendigen Schritte zur
2262 Armutsbekämpfung. Wir brauchen eine bundesweite, wirksame Kindergrundsicherung,
2263 die ihren Namen verdient. Wir streiten weiter für eine echte Abkehr von Hartz IV
2264 und für die Weiterentwicklung des Bürgergelds mit höheren Regelsätzen, mit
2265 Förderung und ohne Sanktionen. Aber auch die Renten müssen steigen und die
2266 Benachteiligung von Rentner:innen in Ostdeutschland ein Ende haben. Von der
2267 Rente muss künftig für alle ein ordentliches Leben möglich sein.

2268 • Gerade in der Sozialpolitik liegt viel Verantwortung bei der Bundesregierung.
2269 Die Linke wird dort weiter als laute Stimme der sozialen Interessen der Menschen
2270 auftreten und den aktuellen Kürzungen der Bundesregierung aus SPD, Grünen und

2271 FDP die rote Karte zeigen. Die Umverteilungspolitik von unten nach oben muss
2272 endlich beendet werden.

2273

2274 **Armut bekämpfen und Zusammenhalt stärken**

2275 In einem reichen Land sollte kein Mensch in Armut leben müssen. Doch das schaffen wir
2276 nur, wenn wir den Reichtum umverteilen. Die Politik der Bundesregierungen hat in den
2277 vergangenen Jahrzehnten dafür gesorgt, dass Reiche immer reicher werden, während sich
2278 Armut für viele Menschen auch in Thüringen strukturell verfestigt. Jedem Schritt der
2279 Ampel zurück zum Sanktions- und Diskriminierungssystem Hartz IV werden wir uns
2280 entgegenstellen. Besonders betroffen von Armut sind Kinder, Alleinerziehende und
2281 ältere Menschen, deren Rente nicht zu einem Leben in Würde reicht. In der
2282 Landespolitik ergreifen wir alle uns möglichen Maßnahmen, um Armut zu verhindern und
2283 zu beenden. Wir werden leistungsfähige soziale Infrastruktur sichern und ausbauen, um
2284 Armut und Ausgrenzung entgegenzuwirken.

- 2285 • Mit der Richtlinie zur Armutsprävention, aufeinander aufbauenden
2286 Förderprogrammen für in Not geratene Menschen in Thüringen sowie kommunaler
2287 Sozialraumplanung haben wir Wege aus Armut und Not unterstützt und werden dies
2288 weiterhin und mit den notwendigen finanziellen Beträgen tun.
- 2289 • Wir werden unser Landesprogramm »Solidarisches Zusammenleben der Generationen«
2290 weiterführen und finanziell gut ausstatten, damit kommunale Projekte der Jugend-
2291 , Bildungs-, Gesundheits-, Pflege- und Sozialpolitik im Rahmen einer
2292 integrierten Sozialpolitik gut aufeinander abgestimmt werden und besser für den
2293 sozialen Zusammenhalt wirken.
- 2294 • Wir wollen im ländlichen Raum bestehende „Dorfkümmerer“ stärken und neue
2295 Projekte dieser Art unterstützen und anregen, die Hilfe für zum Beispiel ältere
2296 Menschen beim Einkaufen, der Organisation von Arztbesuchen oder der Vermittlung
2297 von Hilfsdiensten bieten und Ansprechpartner:innen vor Ort für Probleme im
2298 Alltag sind.
- 2299 • Der Anstieg der Tafel-Nachfrage ist ein dramatischer Weckruf und für einige
2300 ehrenamtliche Initiativen kaum mehr zu stemmen. Die Tafeln sind ein wichtiges
2301 Element um Lebensmittelverschwendung zu vermeiden und sie helfen dort, wo unsere
2302 Gesellschaft heute versagt. Gute Arbeit, bessere Löhne und Renten und ein
2303 Preisdeckel für Lebensmittel, Energie und Mieten müssen Armut effektiv
2304 bekämpfen. Solange Tafeln und das ehrenamtliche Engagement nötig sind, werden
2305 wir ihre wichtige Arbeit weiterhin unterstützen.
- 2306 • Im Bund werden wir Bundesratsinitiativen, die das Ziel verfolgen, ein
2307 sanktionsfreies Bürgergeld auf den Weg zu bringen, unterstützen.

2308 **Gute Rente**

- 2309 • Wir wollen eine grundsätzliche Neuausrichtung in der Rentenpolitik, dafür werden
2310 wir uns im Bundesrat und gegenüber der Bundesregierung einsetzen. Niemand darf
2311 im Alter arm sein, ganz gleich ob infolge von Berufsunfähigkeit, Zeiten von
2312 Arbeitslosigkeit, Kindererziehung, Pflege und auch nicht in Abhängigkeit von der
2313 Dauer der Berufstätigkeit. Jede:r muss im Alter in Würde leben können. Wir
2314 wollen eine solidarische Mindestrente von 1.200 Euro, keine Erhöhung des

2315 Rentenalters sondern die Möglichkeit eines Renteneintritts mit 60 Jahren bei
2316 mindestens 40 Beitragsjahren, eine abschlagsfreie Rente ab 65, die Rente zu
2317 einer steuer- und beitragsfinanzierten Leistung ausbauen und das Rentenniveau
2318 auf 53 Prozent erhöhen – das geht am besten mit einer
2319 Erwerbstätigenversicherung.

2320 • Unser Einsatz für gute Löhne sowie einen gesetzlichen Mindestlohn von mindestens
2321 15 Euro pro Stunde ist auch ein Kampf um eine gute Rente. Die gesetzliche Rente
2322 muss den Lebensstandard im Alter sichern und wirksam vor Armut schützen. Die
2323 rentenrechtlichen Benachteiligungen durch den Einigungsvertrag und die
2324 Schließung der Überführungslücken in der Rentenüberleitung müssen endlich
2325 beendet werden. Dafür werden wir weiterhin unsere Stimme erheben. Wir werden uns
2326 auch im Bundesrat für ein einheitliches Rentensystem einsetzen, in das auch
2327 Beamt:innen, Freiberufler:innen, Selbstständige und Berufspolitiker:innen
2328 einzahlen. Außerdem wollen wir die steuerfinanzierte Angleichung der sogenannten
2329 »Mütterrente« und die gleiche Anrechnung der Kindererziehungszeiten – auch für
2330 Kinder, die vor 1992 geboren wurden.

2331 • Der auf Bundesebene installierte Fonds zur Milderung von Härtefällen, die im
2332 Zuge der Ost-West-Rentenüberleitung entstanden sind, ermöglicht nur einer
2333 geringen Anzahl an Betroffenen eine Entschädigung in Form einer Einmalzahlung.
2334 Diese halbgarere Widergutmachung ist für uns LINKE zu wenig. Deshalb unterstützen
2335 wir weiterhin Bundesratsinitiativen, die darauf abzielen, dass ausnahmslos alle
2336 von der Rentenungerechtigkeit betroffenen Personen- und Berufsgruppen,
2337 angemessen entschädigt werden.

2338

2339 **Senior:innenrechte stärken**

2340 • Das Gesetz zur Stärkung der Mitbestimmungs- und Beteiligungsrechte von
2341 Senior:innen haben wir in Thüringen auf den Weg gebracht. Sowohl die
2342 verpflichtende Etablierung von kommunalen Seniorenbeiräten ab 10.000 Einwohner:
2343 innen, als auch die verbindliche Beauftragung von Seniorenbeauftragten werden
2344 beispielsweise sehr wertgeschätzt. Wir wollen dies novellieren und zu einem
2345 Senior:innenmitbestimmungsgesetz weiterentwickeln. Um der Thüringer Demografie
2346 gerechter zu werden, soll die Grenze, ab welcher eine Etablierung von
2347 Seniorenbeiräten verpflichtend wird, von 10.000 auf 5.000 Einwohner: innen
2348 reduziert werden. Unter anderem mit mehr Verbindlichkeit bei der Beteiligung von
2349 Seniorenvertretungen an politischen Prozessen als auch durch bessere
2350 Unterstützung vor Ort. Den Landesseniorenrat in Thüringen wollen wir auskömmlich
2351 finanzieren und stärken.

2352 • Wir fordern, die Verdienste von Senior: innen für unser Zusammenleben zu
2353 würdigen und den großen persönlichen Einsatz vieler zu fördern. Darum wollen wir
2354 die Förderung der ehrenamtlichen Seniorenbeiräte und -beauftragten sowie die
2355 regionalen Seniorenbüros als Anlaufstellen bei Fragen sicherstellen und ausbauen
2356 und die ehrenamtliche Seniorenarbeit gesetzlich stärker verankern. Alter ist ein
2357 Lebensabschnitt mit eigenständigen Bedürfnissen, Ansprüchen, Vorstellungen und
2358 Erlebnismöglichkeiten, den Politik und Gesellschaft berücksichtigen muss. Unsere
2359 Landesregierung hat daher Projekte der Senior:innenarbeit, der
2360 Selbstorganisation und Strukturen zur gegenseitigen Unterstützung Älterer und

2361 Senior:innen-WGs aufgebaut, weiterentwickelt und gefördert

2362 • Wir werden das Landesprogramm AGATHE - Älter werden in der Gemeinschaft auf alle
2363 Thüringer Regionen ausbauen und die Finanzierung verstetigen. AGATHE unterstützt
2364 insbesondere alleinlebende Seniorinnen und Senioren und unterstützt sie, wieder
2365 stärker am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen. Somit ist AGATHE eine konkrete
2366 Maßnahme gegen Einsamkeit im Alter.

2367

2368 Familien

2369 Die Stärkung und Unterstützung der Familien bleibt ein Schwerpunkt unserer Arbeit.
2370 Thüringen lebt ein vielfältiges Familienbild. Alle Partnerschaften haben ihren
2371 gleichberechtigten Platz, in denen Menschen aus Liebe füreinander und auch für Kinder
2372 und die eigenen Eltern Verantwortung übernehmen. Unsere Familienpolitik orientiert
2373 sich an den Bedürfnissen der Menschen und behandelt alle Familienformen und
2374 Generationen gleichberechtigt. Deshalb haben wir mit unserer Landesregierung unter
2375 anderem für ein flächendeckende und gute Kinderbetreuung eingesetzt, zwei
2376 beitragsfreie Kindergartenjahre eingeführt, die soziale Infrastruktur für Familien
2377 erhalten und ausgebaut, Unternehmen bei der Einführung familienfreundlicher Arbeit
2378 unterstützt, die Familienförderung neu aufgestellt und die Thüringer Allianz für
2379 Familie und Beruf neu ausgerichtet.

2380 • Wir haben den Anspruch, dass jegliche Beratungsstellen für Familien, Frauen- und
2381 Familienzentren gut und sicher arbeiten können, weil sie ausfinanziert sind.
2382 Dafür haben wir mit dem Landesprogramm „Solidarisches Zusammenleben der
2383 Generationen“ (LSZ) den Grundstein gelegt. Die Kommunen erhalten damit
2384 Fördermittel zur Sicherung der sozialen Infrastruktur. Damit schaffen wir auch
2385 Angebote zur Unterstützung von Familien im städtischen und ländlichen Bereich –
2386 orientiert an den konkreten Bedarfen der unterstützten Familien,
2387 generationenübergreifend und das erhöhte Armutsrisiko von Frauen
2388 berücksichtigend. Diese Landesprogramme werden wir stärken und ausbauen, indem
2389 wir es mit mindestens 20 Millionen Euro jährlich untersetzen.

2390 • Wir unterstützen den Landesfamilienrat in der Erstellung und Umsetzung der
2391 Empfehlungen des Landesfamilienförderplanes.

2392 • Wir wollen Maßnahmen und Angebote, die den generationsübergreifenden Austausch
2393 weiter stärken, wie Thüringer Eltern-Kind-Zentren (ThEKiZ), Nachbarschaftsläden,
2394 Mehrgenerationenhäuser oder auch Projekte für z.B. gemeinsames Lernen weiter
2395 fördern. Eine Verstetigung der überörtlichen Familienförderung muss fester
2396 Bestandteil der Thüringer Familienpolitik sein, damit Familien insgesamt und
2397 insbesondere auch die Teilhabe von Familien mit besonderem Unterstützungsbedarf
2398 und niedrigem Einkommen gestärkt werden. Wir wollen die Bereitstellung von
2399 inklusiven, niedrigschwelligen (und kostenfreien) Freizeitangeboten für
2400 Familien.

2401 • Familien brauchen gemeinsame Zeit. Dafür wollen wir die Thüringer Familienkarte
2402 als digitales Angebot in einer FamilienApp fortführen. Damit sollen
2403 perspektivisch Familien Thüringer Kultur- und Freizeiteinrichtungen im Wert von
2404 bis zu 50 Euro nutzen können.

2405 • Wir werden jedwede Form von innerfamiliärer und häuslicher Gewalt bekämpfen. Der

2406 Schutz von Kindern und Jugendlichen hat für uns besondere Priorität. Wir wollen
2407 die Zusammenarbeit von Polizei, Jugendhilfe und Schutzeinrichtungen weiter
2408 besser koordinieren und stärken.

2409 • Um Altersarmut zu verhindern, bedarf es der Stärkung und Fortsetzung von
2410 familienpolitischen Maßnahmen und Arbeitsmarktprogrammen, die Armut bekämpfen.

2411 • Für passgenaue Unterstützungsmöglichkeiten für Thüringer Familien, soll eine
2412 regelmäßige Evaluation in Form eines Generationenberichtes erarbeitet werden,
2413 der Handlungsempfehlungen für die Thüringer Familien- und Seniorenpolitik
2414 beinhaltet.

2415 • Das kommunalpolitische ehrenamtliche Engagement von Eltern ist von großer
2416 Bedeutung. Um sie zu unterstützen und ihren Alltag zu entlasten, wollen wir
2417 geeignete Betreuungs- und Unterstützungsangebote installieren und Maßnahmen zur
2418 besseren Vereinbarkeit von Familie, Beruf und Ehrenamt fördern.

2419

2420 Gleichstellung aller Lebensweisen

2421 • Die Anerkennung vielfältiger Lebensweisen und geschlechtlicher Identitäten ist
2422 für Die Linke selbstverständlich. Mit dem Programm „Akzeptanz und Vielfalt“
2423 wurde bereits eine Koordinierungsstelle eingerichtet, die sich um die Belange
2424 von Lesben, Schwulen, bisexuellen, transgender und intersexuellen sowie sich als

2425 • queer verstehende Menschen kümmert.

2426 • Wir fordern die Arbeit der AIDS-Hilfe als Pflichtaufgabe des Landes zu
2427 verankern, um
2428 Präventionsarbeit zu STI zu sichern,

2429 • Wir wollen ein Gewaltschutzkonzept für LSBTIQ*-Geflüchtete und andere vulnerable
2430 Gruppen
2431 umsetzen. Die Umsetzung der Istanbul-Konvention muss Lesben, Trans*Frauen und
2432 queere Frauen
2433 und Mädchen mitdenken.

2434 • Angelehnt an das Queere Zentrum in Erfurt möchten wir in allen 4
2435 Planungsregionen in Thüringen entsprechende Beratung- und Anlaufstellen schaffen.

2436 • queer verstehende Menschen kümmert. Dieses Landesprogramm wollen wir
2437 verstetigen.

2438 • Wir setzen uns für die Ausweitung des Adoptivrechts und die Abschaffung
2439 diskriminierender Tatbestände im Familienrecht auf Bundesebene ein.

2440 • Wir machen uns auf Bundesebene dafür stark, dass ein eindeutiges Verbot von
2441 medizinisch nicht notwendigen Operationen bei intergeschlechtlichen Kindern
2442 eingeführt wird.

2443 • Wir wollen mehr offene Begegnungsstätten, die gleichzeitig sichere Räume sind.

2444 • Wir werden den Schutz vor Gewalt verbessern.

2445 • Wir setzen uns für die Etablierung von psychosozialer, spezialisierter Beratung
2446 insbesondere für Jugendliche im ländlichen Raum ein.

2447 • Mit einer inklusiven, geschlechtsneutralen Sprache wollen wir allen Menschen in

2448 Thüringen gerecht werden.

- 2449 • Wir setzen uns für die konsequente Umsetzung und eine Evaluierung des
2450 Landesprogramms für Akzeptanz und Vielfalt ein, welches 2018 als
2451 Selbstverpflichtung der Landesregierung beschlossen wurde. Dazu wollen wir in
2452 allen verantwortlichen Ministerien sowie der Landtagsverwaltungen zuständige
2453 Personen einsetzen und mit entsprechenden Mitteln ausstatten.

2454

2455 **Pflege- und Adoptiveltern**

- 2456 • Kinder, die ihre Herkunftsfamilie verlassen müssen, kommen immer mit großen
2457 Belastungen, oft auch traumatisiert, in ein neues Umfeld. Menschen, die diese
2458 Kinder vorübergehend oder auf Dauer als Pflege- oder Adoptivkinder in ihre
2459 Familie aufnehmen, brauchen gute Rahmenbedingungen und Unterstützung.
- 2460 • Nach Jahrzehnten der Unterfinanzierung der Thüringer Pflegefamilien haben wir es
2461 geschafft, die Pflegesätze im Jahr 2022 auf das Niveau des Deutschen Vereins
2462 anzuheben und damit die Eltern nicht nur finanziell besser auszustatten, sondern
2463 ihnen auch die Anerkennung zukommen zu lassen, die sie verdienen. Jetzt gilt es,
2464 den nächsten Schritt zu gehen: Um in ganz Thüringen in den Jugendämtern die
2465 gleichen guten Qualitätsstandards bei der Betreuung von Pflege- und
2466 Adoptiveltern zu sichern, müssen fachliche Standards erarbeitet werden. Solche
2467 für die dauerhafte Vollzeitpflege ebenso wie Standards für Krisenpflege und
2468 befristete Pflegeverhältnisse. Diese Standards gilt es, gemeinsam mit den
2469 Fachkräften und Elternvertretungen zu erarbeiten und in der Arbeit der Thüringer
2470 Jugendämter umzusetzen.

2471

2472 **Kindern und Jugendlichen das Machen möglich machen**

- 2473 • Kinder und Jugendliche müssen ihr Leben selbst mitbestimmen und selbst wirksam
2474 gestalten können. Kinder- und Jugendpolitik ist daher ein eigenständiges
2475 Politikfeld. Nur so können die Interessen, Bedürfnisse sowie Mitsprache- und
2476 Mitwirkungsrechte junger Menschen berücksichtigt werden. Deshalb haben wir die
2477 Jugendarbeit, die Jugendverbandsarbeit und -sozialarbeit gestärkt, örtliche
2478 Jugendförderung deutlich erhöht und gesetzlich festgeschrieben und die
2479 Mitbestimmungs- und Mitwirkungsrechte junger Menschen verbessert, unter anderem
2480 durch das Wahlrecht mit 16 Jahren bei den Kommunalwahlen. Diesen Weg der immer
2481 stärkeren Mitbestimmung für junge Menschen werden wir weitergehen. Die Linke
2482 Thüringen nimmt Kinder und Jugendliche als Partner:innen bei allen sie
2483 betreffenden Entscheidungen ernst. Wir wollen ihnen eine wirkliche Teilhabe an
2484 demokratischen Prozessen sichern.
- 2485 • Wir werden die Jugendsozialarbeit langfristig in Stadt und Land sichern,
2486 wohnortnahe Freiräume und Freizeitangebote für Kinder und Jugendliche
2487 unterstützen, darunter auch als wichtige Strukturen selbstverwaltete Zentren,
2488 die UN-Kinderrechte in der Thüringer Verfassung verankern und Initiativen
2489 unterstützen, die für deren Aufnahmen ins Grundgesetz eintreten sowie
2490 Mitbestimmungsrechte von Kindern und Jugendlichen in der Thüringer
2491 Kommunalordnung gesetzlich verpflichtend festschreiben, die Jugendforschung
2492 stärken, einen Landesbeteiligungsrat zur Selbstvertretung der Interessen von

- 2493 Kindern und Jugendlichen einrichten, den Ausbau und Neubau von Jugendhäusern, -
2494 zentren und -klubs hinsichtlich Barrierefreiheit vorantreiben und fördern, um
2495 auch Kindern und Jugendlichen mit körperlichen Beeinträchtigungen Teilhabe zu
2496 ermöglichen, eine Stelle einer/eines Kinderbeauftragten als Interessenvertretung
2497 und Initiator:in von Beteiligungsprozessen einrichten. Der/die Kinderbeauftragte
2498 soll Entscheidungsgremien für die Belange von Kindern und Jugendlichen
2499 sensibilisieren und sich für ihre Interessen stark machen.
- 2500 • Die örtliche Jugendförderung und die Jugendsozialarbeit sind für uns zwei
2501 zentrale Säulen, um die Unterstützungsstrukturen für Jugendliche bestmöglich
2502 aufzustellen und Räume zu schaffen für selbstbestimmtes Engagement. Deshalb ist
2503 für uns klar, dass diese Fördermittel weiter ausgebaut werden müssen.
- 2504 • Wir bleiben dabei, Kinderrechte sind Menschenrechte und müssen deshalb in die
2505 Thüringer Landesverfassung. Auf Bundesebene unterstützen wir Aufnahme der UN-
2506 Kinderrechte in das Grundgesetz.
- 2507 • Wir werden uns dafür einsetzen, dass die landesgesetzlich verankerten
2508 Mitbestimmungsrechte von Kindern und Jugendlichen auch überall in den
2509 Landkreisen umgesetzt werden. Ein verpflichtendes Kinder- und Jugendparlament in
2510 den Landkreisen, mit Mitwirkungsrecht im Jugendhilfeausschuss, gehen wir an. In
2511 kleineren Städten und Gemeinden ist der Instrumentenkasten für die Beteiligung
2512 von Kindern und Jugendlichen vielfältiger auszugestalten. Dies kann eine eigene
2513 Einwohnerversammlung für Kinder und Jugendliche, ein Kinder- und
2514 Jugendbeauftragter oder ein Beirat von Kinder und Jugendlichen sein. Für uns
2515 steht fest, je früher die Mitbestimmungsrechte für alle erlebbarer sind, umso
2516 wehrhafter wird unsere Demokratie.
- 2517 • Teilhabe muss auch in der Jugendarbeit für alle möglich sein. Wir wollen deshalb
2518 die Mittel zielgenau dafür einsetzen, dass der Um-, Aus- und Neubau von
2519 Jugendhäusern, -zentren und -clubs Barrierefreiheit fördert.
- 2520 • Wir wollen eine Stelle einer/eines Kinderbeauftragten als Interessenvertretung
2521 und Initiator:in von Beteiligungsprozessen einrichten – der/die
2522 Kinderbeauftragte soll Entscheidungsgremien für die Belange von Kindern und
2523 Jugendlichen sensibilisieren und sich für ihre Interessen stark machen. Das ist
2524 ein Baustein für uns auf dem Weg den Kinder- und Jugendschutz weiter zu
2525 verbessern.
- 2526 • Der Schutz von Kindern und Jugendlichen vor Vernachlässigung, Misshandlung,
2527 Missbrauch und Gewalt ist in der Thüringer Verfassung verankert. Es wird in
2528 Thüringen getragen von gut arbeitenden Netzwerken, deren Arbeit wir bestmöglich
2529 fördern und unterstützen wollen. Mit dem Landesbeauftragten für Kinderschutz
2530 gibt es für diese wichtige Aufgabe seit 2020 eine feste Koordinierungsfunktion
2531 innerhalb der Landesregierung. Wir wollen nun den Landesbeauftragten bzw. die
2532 Landesbeauftragte darüber hinaus gesetzlich verankern, um diese Funktion auch
2533 nachhaltig zu sichern.
- 2534 • Schulen, Kindergärten, Vereine und Verbände sowie alle Einrichtungen, die mit
2535 Kindern und Jugendlichen arbeiten, benötigen Kinderschutzkonzepte. Wir wollen
2536 sie weiter bei der Entwicklung von Kinderschutzkonzepten unterstützen. Die
2537 Interessen von Betroffenen sexualisierter Gewalt in Kindheit und Jugend werden

2538 nun durch einen Landesbetroffenenrat vertreten. So können wichtige Erfahrungen
2539 in die Arbeit der Kinderschutznetzwerke eingebracht werden. Den weiteren Aufbau
2540 und die Arbeit des Landesbetroffenenrates unterstützen und begleiten wir.

2541

2542 **Jugendbeteiligung**

- 2543 • Jugendbeteiligung wird in Thüringen großgeschrieben. Thüringen ist das erste
2544 Bundesland, in dem Gesetzesvorhaben der Landesregierung einem wissenschaftlichen
2545 Jugendcheck unterzogen werden. Diesen Jugendcheck wollen wir fortführen und
2546 verstetigen. Die direkte Beteiligung Thüringer Jugendlicher dabei wollen wir
2547 ausbauen und stärken. Wir treten dafür ein, Kinder- und
2548 Jugendbeteiligungsgremien (Kinder- und Jugendparlamente, -beiräte, -foren, etc.)
2549 in allen politischen Ebenen und bei allen die junge Generation betreffenden
2550 Anliegen zu stärken. Diesbezüglich wollen wir verpflichtende Regularien
2551 schaffen. Das beinhaltet, dass kommunale Kinder- und Jugendbeteiligung, analog
2552 zur Seniorenmitwirkung, in Thüringen Gesetzesrang erhält. Auch die Einstellung
2553 hauptamtlicher Beauftragter in den Kommunen, die sich mit den Belangen von
2554 Kindern, Jugendlichen, Familien und Senior:innen befassen und deren
2555 vollumfängliche Beteiligung unterstützen wir.
- 2556 • Außerdem wollen wir niedrigschwellige, von lokalen politischen Stimmungen
2557 unabhängige Förderprogramme für selbstorganisierte Kinder- und Jugendbeteiligung
2558 schaffen und stärken.

2559

2560 **Starkes Ehrenamt für eine starke Gesellschaft**

- 2561 • Ehrenamtliches Engagement ist der Kitt in unserer Gesellschaft, hält sie
2562 zusammen. Wir wollen das Ehrenamt stärken und seine Rahmenbedingungen
2563 verbessern. Thüringen braucht ein Ehrenamtstärkungsgesetz, das bürokratische
2564 Hürden zur Ausübung des Ehrenamtes – egal ob im Sportverein, bei der
2565 Freiwilligen Feuerwehr oder in der Seniorenvertretung – abbaut und es
2566 ermöglicht, dass Ehrenamtliche unabhängig vom Geldbeutel mobil sein können. Wir
2567 stärken ehrenamtsfreundliche Alltagsstrukturen, um Bürger*innen, die sich
2568 ehrenamtlich in kommunalen Parlamenten, Gremien und Vereinen engagieren, zu
2569 unterstützen. Z. B. durch eine Ehrenamtsassistenten für Menschen mit Behinderung
2570 und die Erstellung von kommunalen Aktionsplänen für ortsspezifische
2571 Handlungskonzepte, die das Engagement vor Ort stärken und fördern sollen.
- 2572 • Ehrenamt braucht Anerkennung aber auch finanzielle Unterstützung für die
2573 Koordination ehrenamtlicher Arbeit. Um der Wichtigkeit von Gleichstellungsthemen
2574 gerecht zu werden, wollen wir die Wiedereinführung eines Ausschusses für
2575 Gleichstellung im Thüringer Landtag.
- 2576 • Wir stehen weiter für die finanzielle Stärkung der Thüringer Ehrenamtsstiftung.
- 2577 • Wir fördern den flächendeckenden Ausbau der Freiwilligenagenturen in Thüringen.
- 2578 • Auch auf Bundesebene werden wir für die Verbesserung der Rahmenbedingungen für
2579 Ehrenamtliche streiten.

2580

2581 **Frauen und Gleichstellungspolitik**

- 2582 • Sowohl in demokratischen Prozessen als auch auf dem Arbeitsmarkt ist die
2583 Beteiligung von Frauen essentiell, weshalb wir bei der Gleichstellung von Frauen
2584 und Männern weiterhin deutlich vorankommen und Versuche von rechts abwehren
2585 müssen, Errungenschaften in diesen Bereichen wieder zurückzudrehen.
- 2586 • In der Privatwirtschaft und im Landesdienst gilt es, Arbeitnehmer*innen darin zu
2587 unterstützen, ihre beruflichen Pflichten mit ihren Familienaufgaben vereinbaren
2588 zu können und insbesondere Frauen* Steine aus dem Weg zu räumen, ihre
2589 beruflichen Ziele zu erreichen. Nach wie vor ist der größere Teil der
2590 Führungspositionen mit Männern besetzt, übernehmen Frauen einen Großteil der
2591 Kindererziehung und -betreuung sowie der Pflege von Angehörigen. Es ist nicht
2592 die Aufgabe des Staates, innerfamiliäre Aufgabenverteilung vorzuschreiben, aber
2593 es müssen Rahmenbedingungen dafür geschaffen werden, dass stereotype
2594 Geschlechterbilder bezüglich der Übernahme von Care- und Sorgearbeit aufgelöst
2595 und eine gerechte Teilung dieser Verantwortung vorgenommen werden können. Damit
2596 Frauen, die mehr arbeiten und ihre Karriere wege verfolgen wollen, dies auch
2597 können.
- 2598 • Hierzu soll mit einer Öffentlichkeitskampagne die Sensibilität der Thüringer
2599 Arbeitgeber:innen für familiengerechte Arbeitszeit- und Arbeitsplatzmodelle
2600 erhöht werden.
- 2601 • Mit einem novellierten Gleichstellungsgesetz wollen wir dafür sorgen, dass die
2602 Aufstiegschancen für Frauen im öffentlichen Dienst verbessert werden. Die
2603 Gleichstellungsbeauftragten in der Landesverwaltung und den Kommunen sollen
2604 ihrem Verfassungsauftrag, besser nachkommen können, die Umsetzung der
2605 Gleichstellung zu begleiten, indem wir ihre Rechte stärken.
- 2606 • Mit einem neuen Ansatz wollen wir uns ein weiteres Mal auf den Weg machen und
2607 mittels eines Paritégesetzes die demokratische Vertretung von Frauen in den
2608 Thüringer Parlamenten erreichen.
- 2609 • Gesundheit ist auch eine Frage des Geschlechts: Männer, die nicht zum Arzt
2610 gehen, Frauen, die nach männerorientierter Medizin versorgt werden, erhalten
2611 nicht immer die optimale Behandlung. Deswegen ist es wichtig, Forschung und
2612 Versorgung so weiterzuentwickeln, dass sie Personen jedes biologischen
2613 Geschlechts optimal nützt, und des Weiteren verstärkt frauenspezifische
2614 Krankheiten intersektional in den Blick zu nehmen, die bislang zu wenig
2615 untersucht sind
- 2616 • Verhütung darf nicht am Geldbeutel scheitern, weshalb wir die vollständige
2617 Kostenübernahme für hormonelle wie hormonfreie Verhütungsmittel durch die
2618 Krankenkassen erreichen wollen. Darüber hinaus soll mithilfe eines
2619 Menstruationsfreistellungsgesetzes eine staatliche Unterstützungsmaßnahme im
2620 Bereich der geschlechtersensiblen Gesundheitsfürsorge geschaffen werden.
- 2621 • Wir haben uns auf den Weg gemacht, den Schutz für Frauen vor Gewalt deutlich zu
2622 verbessern und nehmen damit bundesweit eine Vorreiterrolle ein. Mit einem
2623 eigenen Gesetzentwurf zur besseren Ausstattung der Frauenhäuser und
2624 -beratungsstrukturen sollen deutlich mehr gewaltbetroffene Frauen erreicht
2625 werden.
- 2626 • Zusätzlich soll zu der Männerberatungsstelle A 4 Schutzraum für gewaltbetroffene

2627 Männer und Transpersonen zur Verfügung gestellt werden.

2628 • Zur Umsetzung der Istanbul-Konvention werden wir weitere Schritte gehen und auf
2629 unterschiedlichen Ebenen Strukturen stärker vernetzen. So wird z.B. die
2630 Zusammenarbeit zwischen Frauenschutz und psychiatrischer Versorgung gestärkt,
2631 wir streben mehr Wegweisungen von Gewalttätern aus der gemeinsamen Wohnung an
2632 und haben eine bessere Versorgung von gewaltbetroffenen Frauen mit Behinderungen
2633 im Blick.

2634 • Die Vertrauliche Spurensicherung soll ausgebaut werden, um Frauen die Sicherheit

2635 • geben zu können, dass sie eine Gewalttat auch später noch anzeigen können.

2636 • Wir fordern frei zugängliche und kostenfreie Menstruationsprodukte auf
2637 öffentlichen Toiletten, wie bspw. in Schulen, Museen oder Bibliotheken. Die
2638 jeweilige Verwaltung des Gebäudes ist für die hygienische Aufbewahrung und
2639 Entsorgung verantwortlich zu machen.

2640 • geben zu können, dass sie eine Gewalttat auch später noch anzeigen können.

2641 • Auf Bundesebene werden wir uns weiterhin dafür stark machen, dass Paragraf 218
2642 des Strafgesetzbuches, welcher Abtreibung als eine Straftat definiert, ersatzlos
2643 gestrichen wird.

2644 • Wir werden Bundesratsinitiativen unterstützen, die das Ehegattensplitting
2645 abschaffen.

2646 • Der Internationale Frauentag am 8. März soll ein Feiertag werden.

2647

2648 **Menschen mit Behinderung**

2649 • Wir stehen an der Seite der Menschen mit Behinderungen und setzen uns dafür ein,
2650 dass sie ein selbstbestimmtes und diskriminierungsfreies Leben führen können.
2651 Wir entscheiden nicht über die Menschen mit Behinderungen, sondern mit ihnen.
2652 Weil Frauen mit Behinderungen besonders häufig diskriminiert werden, stärken wir
2653 ihre Rechte und Ansprüche und unterstützen sie dabei, für diese einzustehen.

2654 • In die Thüringer Verfassung wollen wir das Fürsorgeprinzip durch das
2655 Selbstbestimmungsprinzip ersetzen. Aus der Evaluierung des von uns auf den Weg
2656 gebrachten Thüringer Gesetzes zur Inklusion und Gleichstellung von Menschen mit
2657 Behinderungen werden wir die Rechte und Freiheiten von Menschen mit
2658 Behinderungen gesetzlich weiterentwickeln. Wir streiten dafür, dass kommunale
2659 Gremien die Beauftragten und Beiräte für Menschen mit Behinderungen stärker und
2660 verbindlicher einbeziehen.

2661 • Gemeinsam mit den Vereinen und Verbänden, die Menschen mit Behinderungen
2662 vertreten, werden wir den Zugang zu politischer und gesellschaftlicher
2663 Mitbestimmung weiter ausbauen und stärken. Der Thüringer Maßnahmenplan zur
2664 Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention wird partizipativ weitergeführt.
2665 Kommunale Aktionspläne hierzu sollen verstetigt und auch umgesetzt werden.
2666 Ebenso werden wir uns dafür einsetzen, dass auch stark sehbehinderte Menschen
2667 das Sinnesbehindertengeld beanspruchen können. Perspektivisch sollen
2668 Nachteilsausgleiche wie das Sinnesbehindertengeld angepasst werden.

2669 • Trotz des Fachkräftemangels haben es Menschen mit Behinderungen nicht leicht auf

2670 dem Arbeitsmarkt. Auf Bundesebene werden wir uns dafür einsetzen, dass das
2671 Budget für Arbeit attraktiver gestaltet wird und um es bekannter zu machen,
2672 werden wir auf Landesebene eine Informationskampagne auf den Weg bringen.
2673 Weiterhin streiten wir für die Erhöhung der Ausgleichsabgabe und ermutigen
2674 Arbeitgeber, Menschen mit Behinderungen einzustellen.

- 2675 • Wir werden weiter daran arbeiten, Barrieren abzubauen: in der Stadt und auf dem
2676 Dorf, im Zug und auch im Bus, in der Wohnung und im Hotel, im Gespräch und im
2677 Text und überall wo Barrieren vorhanden sind.

2678

2679 Wohnen in Thüringen

2680

2681 Wohnen ist ein existenzielles Bedürfnis und ein Menschenrecht. Vor allem in den
2682 wachsenden Regionen ist der Bedarf nach bezahlbarem Wohnraum groß. Aber selbst in
2683 kleineren Städten steigen Mieten und wir erleben den Aufkauf von Wohneigentum durch
2684 größere Eigentümer zur Profitmaximierung. Zudem brauchen immer nicht nur mehr ältere
2685 Menschen in ganz Thüringen – auch im ländlichen Raum - barrierefreien und preiswerten
2686 Wohnraum. Die Linke Thüringen orientiert sich an den Zielen des gemeinnützigen
2687 Wohnungsbaus: bezahlbare Wohnungen für breite Teile der Bevölkerung! Wir unterstützen
2688 Kommunen, Genossenschaften und gemeinnützige Träger dabei, bezahlbaren Wohnraum zu
2689 schaffen. Unsere Landesregierung hat in den letzten Jahren bereits verschiedene
2690 Förderprogramme für barrierearmen oder -freien und bezahlbaren Wohnraum aufgelegt und
2691 gesetzliche Maßnahmen im Bereich Wohnen ergriffen, unter anderem ein
2692 Innenstadtstabilisierungsprogramm zur Schaffung von Mietwohnungen, das Eigenwohnraum
2693 Programm zur Modernisierung und Instandsetzung von Mietwohnungen oder das Thüringer
2694 Barriere-Reduzierungsprogramm. Wir werden auch weiterhin auf alle Instrumente
2695 zurückgreifen, die der Landesregierung zur Verfügung stehen, um bezahlbares und gutes
2696 Wohnen zu fördern. Und wir werden als Land stärker als bisher selbst daraufsetzen,
2697 bezahlbaren Wohnraum schaffen - denn der Markt regelt das nicht. Fördern reicht
2698 offenbar nicht mehr, um den sozialen Wohnungsbau wieder anzukurbeln und gutes Wohnen
2699 für alle Lebensphasen zu ermöglichen. Der Bund, das Land und die Kommunen müssen
2700 künftig selbst mehr bauen oder in die Lage versetzt werden, im Bestand zu sanieren
2701 und umzunutzen. Auch altersgerechtes oder barrierefreies Wohnen auf dem Dorf muss
2702 dabei ein Thema sein. Neben der neu zu gründenden Landeswohnungsbaugesellschaft
2703 wollen wir auch weiterhin und noch stärker den kommunalen und genossenschaftlichen
2704 Wohnungsbau unterstützen. Sie leisten bereits Heute einen unverzichtbaren Beitrag für
2705 bezahlbares Wohnen in unserem Freistaat.

- 2706 • Wir werden lebendige Stadtentwicklung und Wohnquartiere mit einer guten sozialen
2707 Mischung fördern – ebenso wie eine vielfältige, bedarfsgerechte Infrastruktur.
2708 Wohnungspolitik verstehen wir als Teil der Stadt- und Quartiersentwicklung. Die
2709 Schaffung neuen Wohnraums und die Städtebauförderung werden wir eng miteinander
2710 verknüpfen.

- 2711 • Wir sehen es als notwendig an, flächendeckend Trinkwasserbrunnenkonzepte
2712 auszuarbeiten und konsequent anzuwenden. Denn vor allem im Sommer ist es
2713 essenziell, die Wasseraufnahme für jeden Menschen in den immer heißer werdenden

2714 Innenstädten zu gewährleisten.

2715 • Der Umbau und die Umnutzung von Leerstand und bestehenden Immobilien zu Wohnraum
2716 ist ökologisch, klimafreundlich und reduziert den Flächenverbrauch. Zudem wird
2717 dadurch für Dörfer und kleinere Städte eine Perspektive für den Erhalt und die
2718 Belebung der Ortskerne geschaffen. Wir werden entsprechende Vorhaben zur
2719 Wiedernutzung von Leerstand, wie durch Projekte wie die „LeerGut Agenten“,
2720 fördern.

2721 • Die finanziellen Mittel der Städtebauförderung werden wir für die Entwicklung
2722 der Wohnquartiere nutzen, um Städte attraktiv zu gestalten und lebendige
2723 Innenstädte zu schaffen.

2724 • Wir fordern den Ausbau von Grünflächen und das gezielte, nachhaltige Anpflanzen
2725 von Bäumen in Innenstädten, um die Lebensqualität der Menschen sowie das
2726 Innenstadtklima zu verbessern.

2727 • Europa- und Bundesprogramme werden wir weiterhin mit eigenen Mitteln
2728 kofinanzieren, damit die Kommunen Gestaltungsraum haben. Wir werden uns im Bund
2729 auch für die Steigerung der Mittel für den sozialen Wohnungsbau einsetzen und
2730 wollen auch im Land weitere Mittel zur Verfügung stellen.

2731 • Wir werden die Förderinstrumente und rechtlichen Rahmenbedingungen überprüfen
2732 und so gestalten, dass gemeinwohlorientierte Wohnungsunternehmen und
2733 Genossenschaften sowie kommunale Wohnungsgesellschaften bei Fusionen von der
2734 Grunderwerbsteuer befreit werden können. So kann die Wohngemeinnützigkeit
2735 gestärkt und ausgebaut werden.

2736 • Angesichts des teils gravierenden Mangels an bezahlbarem Wohnraum in den
2737 größeren Städten werden wir funktionalen Wohnungsbau und serielles Bauen
2738 fördern. Vorgefertigt Gebäudeteile oder Module, die mehrfach produziert oder aus
2739 wiederverwerteten Baustoffen hergestellt werden, können vor Ort zusammengesetzt
2740 und miteinander verbunden werden. Das bringt angesichts des Wohnungsmangels
2741 Zeit- und Kostenvorteile.

2742 • Wir werden eine Thüringer Landeswohnungsbaugesellschaft gründen, die in den
2743 nächsten Jahren mit einem Startkapital von 100 Millionen Euro, zusätzlichen
2744 Förderkrediten und Krediten am freien Markt bis 2030 einen Wohnungsbestand von
2745 etwa 1.500 landeseigenen Wohnungen aufbaut. Den überwiegenden Teil wird die
2746 Gesellschaft neu bauen und als Sozialwohnungen angeboten werden. Bis 2040
2747 streben wir 10.000 landeseigene Wohnungen zu günstigen Preisen an. Zudem stehen
2748 wir Kommunen beratend und fördernd zur Seite, die kommunale
2749 Immobiliengesellschaften ausbauen oder neugründen wollen. Mit einer
2750 Landeswohnungsbaugesellschaft wollen wir auch über ein Vorkaufsrecht den Verkauf
2751 kommunalen Wohneigentums verhindern. Auch behalten uns vor, Immobilien, die
2752 ausschließlich als Spekulationsobjekte genutzt werden, über eine solche
2753 Gesellschaft der Allgemeinheit zuzuführen. Wenn große Immobilienkonzerne ihr
2754 Eigentum in Thüringen nicht zum Wohle der Allgemeinheit nutzen, werden wir
2755 Enteignung Vergesellschaftung prüfen. Wir wollen die Belegungsbindung für
2756 sozialen Wohnungsbau in Thüringen erhöhen.

2757 • Wir brauchen eine neue Wohngemeinnützigkeit auf Bundesebene, die 1990
2758 abgeschafft wurde. Gemeinnütziger Wohnungsbau ist nicht gewinnorientiert,

- 2759 sondern auf die Versorgung mit bezahlbarem Wohnraum ausgerichtet. Wir werden uns
2760 gegenüber der Bundesregierung und anderen Parteien für ein entsprechendes Gesetz
2761 auf Bundesebene stark machen.
- 2762 • Eine gemeinwohlorientierte Bodenpolitik ist die Voraussetzung für eine neue
2763 Wohngemeinnützigkeit. Deshalb ist es unser Ziel, dass Grundstücke im kommunalen
2764 Eigentum bleiben und wieder zurückgewonnen werden können. Für eine Limitierung
2765 der Grundstückspreise sind rechtssichere Wertermittlungsverfahren zwingende
2766 Voraussetzung. Eine entsprechende Änderung des Boden- und Planungsrechts ist
2767 notwendig, damit einer spekulativen Preisentwicklung auf den Immobilienmärkten
2768 Einhalt geboten werden kann. Auch das Vorkaufsrecht muss als Instrument für die
2769 Gewinnung von Bauland für Kommunen verbessert werden.
- 2770 • Es braucht mehr Initiativen zur Sicherung maroder oder dauerhaft leerstehender
2771 Bauten und deren Sanierung beziehungsweise (Nach-)Nutzung durch Kommunen, das
2772 Land oder gemeinnützige oder genossenschaftliche Träger.
- 2773 • Die Förderung von bezahlbarem, barrierefreiem Wohnraum, sowohl beim Neubau als
2774 auch beim Umbau, werden wir fortsetzen.
- 2775 • Wir werden neue altersgerechte Wohnformen fördern und uns auf Bundesebene für
2776 eine sozial- und altersgerechte Wohngeldregelung einsetzen. Wir werden Maßnahmen
2777 gegen Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt entwickeln. Und wir wollen gutes
2778 Älterwerden im vertrauten Wohnumfeld fördern – mit einer Kombination von
2779 barrierefreien und generationenübergreifenden Wohn- und Betreuungsformen,
2780 Seniorengenossenschaften und weiteren altersunterstützenden Angeboten. Das kann
2781 gutes und bezahlbares Wohnen älterer Menschen unterstützen.
- 2782 • Wir wollen eine Förderung von Wohnraum integriert in Häuser mit anderen
2783 Nutzungsformen, zum Beispiel mit Kommunikations- und Gemeinschaftsräumen oder
2784 Einkaufen und Wohnen in einem Haus. Wir nennen das Gesellschaftshäuser und
2785 wollen so Chancen für mehr Wohnraum eröffnen und mehr Menschen kurze Wege
2786 ermöglichen.
- 2787 • Gerade in den großen Städten und touristischen Regionen treibt das zunehmende
2788 Angebot von Airbnb- und Ferienwohnungen sowie -zimmern Mietpreise in die Höhe
2789 und verknappt das Angebot von Wohnungen. Ein Verbot der Zweckentfremdung von
2790 Wohnraum durch die Gemeinden kann ein wirksames Instrument sein, um Wohnraum zu
2791 sichern. Mit einer entsprechenden landesgesetzlichen Regelung kann den
2792 regionalen Besonderheiten und Bedürfnissen sowie den Unterschieden der
2793 jeweiligen Wohnungsmärkte Rechnung getragen werden.
- 2794 • Wir setzen uns für die Förderung von nachhaltigen Bauen und grüner Architektur
2795 ein. Bauen mit Holz ist nachhaltig, klima- und ressourcenfreundlich und
2796 zukunftsträchtig und kann daher ein wesentlicher Bestandteil sein. Es ist uns
2797 wichtig, Bauen mit Holz zu erleichtern und das ist ein erster Schritt in die
2798 richtige Richtung. Das stärkt auch die Thüringer Forstwirtschaft und regionale
2799 Wirtschaftskreisläufe.
- 2800 • Die rot-rot-grüne Landesregierung hat sich des Themas Wohnungs- und
2801 Obdachlosigkeit angenommen und eine Landesstrategie gegen Wohnungslosigkeit
2802 erarbeitet. Mit diesem ersten Schritt vernetzen wir zunächst die vielfältigen
2803 Maßnahmen auf kommunaler Ebene. Nun wollen wir Modelle erproben, wie

2804 Wohnungslosigkeit vollständig verhindert werden kann, denn Menschen brauchen ein
2805 ordentliches Dach über dem Kopf und eine Wohnung grade dann, wenn sie sich in
2806 Krisensituationen um weitere Hilfe bemühen müssen. Dafür braucht es auch gute
2807 Streetworking-Angebote gerade in den Städten. Thüringen hat die Voraussetzungen,
2808 das erste Bundesland ohne Wohnungslosigkeit zu werden. Das wollen wir schaffen!
2809

2810 Thüringen weltoffen: Zuwanderung menschlich gestalten

2811

2812 Zu viele Menschen sind in den letzten drei Jahrzehnten, insbesondere in den 1990er
2813 Jahren aus Thüringen abgewandert. Hundertausende sind in den Westen gegangen. Heute
2814 fehlt uns diese Generation an allen Ecken und Enden. Weiterhin werden mehr Menschen
2815 aus dem Erwerbsleben ausscheiden, als wir neu ausbilden können. Wir brauchen
2816 attraktivere Ausbildungsmöglichkeiten hier im Land, damit niemand mehr in andere
2817 Bundesländer ausweichen muss und wir zudem auch junge Menschen zurückholen können.
2818 Das Land bildet selbst aus und könnte zum Beispiel über gute und günstige Azubi-
2819 Wohnheime Unterstützung leisten. Auch die Arbeitsbedingungen und die Löhne müssen
2820 nachhaltig besser werden, damit hier attraktivere Jobs entstehen. Eine gute
2821 Familienvereinbarkeit in Unternehmen und im Landesdienst ist ein wesentlicher
2822 Standortfaktor, um Menschen zum Bleiben zu bewegen oder zu motivieren, nach Thüringen
2823 (zurück) zu kommen. Doch all das reicht nicht. Auch deswegen müssen wir Menschen, die
2824 hier leben, den Weg in Arbeit erleichtern. Unter anderem braucht es dafür einen
2825 Spurwechsel in der Migrationspolitik. Wer als geflüchteter Mensch hergekommen ist,
2826 muss das Recht bekommen, eine Arbeitsgenehmigung zu bekommen, um das Leben mit den
2827 eigenen Händen verdienen zu können. Arbeitsverbote müssen der Vergangenheit
2828 angehören, ein Recht auf Arbeit braucht es, um das Leben selbst gut gestalten zu
2829 können. Insbesondere wer bei uns längst in Lohn und Brot steht, dem müssen wir auch
2830 eine geordnete Bleibeperspektive bieten. Auch ist es an der Zeit, verfolgten
2831 Jesid:innen den notwendigen Status als Flüchtlinge mit Bleibeperspektive zu gewähren.
2832 Wir wollen das Menschenrecht auf Asyl verteidigen, Menschen das Ankommen möglich
2833 machen und eine solidarische Gesellschaft für all diejenigen die hier leben. Wir sind
2834 froh darum, dass es noch immer viele zivilgesellschaftliche Stimmen gibt, die
2835 deutlich machen, dass es darum gehen muss, Menschen hier eine sichere und
2836 menschenwürdige Zukunft zu geben. Während viele von Abschottung und Verschärfungen
2837 sprechen, sind diejenigen umso wichtiger, die sich für Menschenrechte, Integration
2838 und Teilhabe einsetzen. Es braucht sichere Bleibe- und Teilhabeperspektiven unter
2839 anderem durch Arbeitsaufnahme und gut ausgestattete soziale und öffentliche
2840 Daseinsvorsorge für alle. Es gilt, das Grundrecht auf Asyl zu verteidigen und das
2841 Recht auf Arbeit und soziale Sicherheit zu gewährleisten. Was wir brauchen, sind
2842 sichere Wege statt Symbolpolitik mit sicheren Herkunftsländern und ein Recht auf
2843 Arbeit statt Arbeitsverbote. Wir wollen eine Politik der Solidarität, die allen in
2844 diesem Land zu Gute kommt. Egal aus welchem Grund Menschen zu uns kommen: Wir wollen
2845 sie gewinnen für eine gute Zukunft, für die wir jede Hand und jeden Menschen mit
2846 seinen und ihren Ideen für ein weltoffenes Thüringen brauchen können.

2847

2848 Selbstbestimmtes Leben ermöglichen

- 2849 • Wir wollen mit einem Landesamt für Migration und Integration die Rechts- und
2850 Fachaufsicht so miteinander verbinden, dass es möglich ist mittels einheitlicher
2851 Verfahrensrichtlinien und einem Konzept für moderne, personell sachgerecht
2852 aufgestellte Einwanderungsbehörden zu etablieren, die Menschen egal ob
2853 geflüchtet oder freiwillig zu uns gekommen, das Ankommen und den Zugang zu
2854 Bildung, Arbeit und sozialer Teilhabe erleichtert. Dazu gehören auch
2855 mehrsprachige Informationen und Antragsformulare, der Ausbau des Thüringer
2856 Programms des Videodolmetschens und die Nutzung der rechtlichen
2857 Ermessensspielräume des Landes bei der Ausgestaltung von Regelungen Bleibe- und
2858 Aufenthaltsrechts, insbesondere beim Zugang zu Bildung und Arbeit.
- 2859 • Zur Sicherstellung eines gleichberechtigten Zugangs zu Bildung und Arbeit wollen
2860 wir ein flächendeckendes qualifiziertes Sprachkursangebot implementieren und die
2861 Sprachförderung im Landesprogramm »Start Deutsch« bis zum Sprachniveau B2
2862 ausbauen. Mit den Trägern wollen wir zudem neue Modelle erproben, in denen
2863 zusammen mit Behörden und Arbeitgeber:innen frühestmöglich die Aufnahme von
2864 Arbeit und der Spracherwerb miteinander verbunden werden.
- 2865 • Vollziehbar ausreisepflichtige Personen, deren Ausreise nicht möglich ist (weil
2866 etwa ein Abschiebungsverbot besteht), sollen nicht mit Arbeitsverboten von
2867 Erwerbsarbeit ausgeschlossen werden; Anträge auf eine Arbeitserlaubnis müssen
2868 zügig bearbeitet werden. Eine landesrechtliche Vorgriffsregelung zur
2869 Ermessensduldung werden wir prüfen.
- 2870 • Um schnellstmöglich Integration zu ermöglichen anstatt langer Verfahrensdauern
2871 und Wartezeiten in den Erstaufnahmeeinrichtungen, wollen wir neben der
2872 Asylverfahrensberatung ein Clearingverfahren etablieren, das die aktuelle
2873 Situation der Geflüchteten, berufliche Kenntnisse und Fähigkeiten und besondere
2874 Bedarfe der Menschen erfasst und die Erstellung eines individuellen
2875 »Integrationsplanes« ermöglicht.

2876

2877 **Humanitäres Asylrecht**

- 2878 • Die Linke Thüringen will, dass Menschen, die vor Krieg, Hunger und Not flüchten
2879 müssen, humanitäre Aufnahme und Möglichkeiten der Integration in unserem Land
2880 finden. Sie sollen unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus diskriminierungsfrei
2881 und menschenwürdig leben und am gesellschaftlichen Leben teilhaben können.
- 2882 • Die Einrichtung von sogenannten Ankerzentren lehnen wir ab. Wir wollen die
2883 Situation in der Erstaufnahme verbessern. Beim Ankommen in
2884 Erstaufnahmeeinrichtungen wollen wir sicherstellen, dass die Grundbedürfnisse
2885 wie Privatsphäre, medizinische Versorgung, mehrsprachige Beratungsangebote,
2886 diskriminierungsfreie Bezahlssysteme, qualitätsvolle Versorgung mit Lebensmitteln
2887 und Essensausgabe gewährleistet sind.
- 2888 • Bei der Ankunft und Verteilung braucht es eine systematische Erfassung und
2889 transparente Weitergabe der Informationen über besondere Schutz- oder
2890 Unterstützungsbedarfe und Gewaltschutzkonzepte. Wir wollen ein frühzeitiges
2891 erstes Screening besonderer Schutzbedarfe in der Erstaufnahme, um besondere
2892 Verfahrensgarantien für das Asylverfahren und bedarfsgerechte Unterbringung zu
2893 gewährleisten.

- 2894 • Um die Qualität bei der Aufnahme von Geflüchteten in Thüringen zu verbessern,
2895 sollen Austauschformate mit den relevanten Akteur:innen und eine transparente
2896 Organisationskultur beitragen, um lösungsorientiert und unterstützend auf
2897 Problemlagen frühzeitig und bedarfsgerecht reagieren zu können. Geflüchtete
2898 brauchen dazu auch unabhängige Ansprechpartner:innen und Anlaufstellen.
- 2899 • Wir wollen ausreichend Aufnahmekapazitäten vorhalten. Dazu werden wir neben dem
2900 Ausbau der landesweiten Erstaufnahmekapazitäten klare Regelungen zur Aktivierung
2901 und Finanzierung öffentlicher Liegenschaften oder privater Aufnahmemöglichkeiten
2902 durch die Nutzung von Pensionen, Hotels oder Jugendherbergen schaffen.
- 2903 • Zur Unterstützung bei der Jugendhilfe in asyl- und aufenthaltsrechtlichen Fragen
2904 sowie Vormündern sowie andere Fachkräfte der Jugendhilfe wollen wir eine sichere
2905 und langfristige Finanzierung einer "Fachberatungsstelle umf & junge volljährige
2906 Geflüchtete" schaffen.
- 2907 • Wir setzen uns für den flächendeckenden Ausbau einer qualifizierten,
2908 behördenunabhängigen Asylverfahrensberatung und die Sicherstellung
2909 bedarfsgerechter Beratungs-, Unterstützungs- und Betreuungsangebote ein. Die
2910 Beratungs- und Netzwerkarbeit des Flüchtlingsrats Thüringen e.V. werden wir
2911 weiterhin institutionell fördern.
- 2912 • Mit entsprechenden Erlassen wollen wir sicherstellen, dass Kinder und
2913 Jugendliche aus Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe nicht abgeschoben
2914 werden können. Ebenso soll über einen Erlass der Eltern- und Geschwisternachzug
2915 für schutzbedürftige unbegleitete minderjährige Geflüchtete erleichtert werden.
- 2916 • Geflüchtete Menschen sollen in Thüringen ihren Aufenthaltsort frei wählen
2917 können. Die dezentrale Unterbringung in Wohnungen bleibt für uns eine wichtige
2918 Voraussetzung, damit sie ihr Leben selbstbestimmt gestalten können. Dies wollen
2919 wir durch eine Änderung des Flüchtlingsaufnahmegesetzes ermöglichen.

2920

2921 **Für eine menschenwürdige Migrationspolitik bundesweit**

- 2922 • Im Bundesrat werden wir uns für eine Abschaffung des diskriminierenden
2923 Asylbewerberleistungsgesetzes zu Gunsten eines solidarischen
2924 Einwanderungsgesetzes einsetzen. Dies wollen wir verbinden mit dem Abbau von
2925 Hürden beim Zugang zu Sprach- und Integrationskursen sowie in Arbeit. Ein
2926 Spurwechsel muss ohne viel Aufwand und Hürden möglich sein, um frühestmöglich
2927 auf eigenen Beinen zu stehen. Wir wollen ein Recht auf Arbeit statt
2928 Arbeitsverbote im Aufenthaltsrecht.
- 2929 • Wir werden uns auf Bundesebene für die Aufhebung des eingeschränkten
2930 Familiennachzuges und für den Elternnachzug zu mittlerweile volljährig
2931 gewordenen Kindern einsetzen. Zur Übernahme der finanziellen Belastung bei
2932 Verpflichtungserklärungen wollen wir einen Landesfonds einrichten. Kommunen, die
2933 als sogenannte »Sichere Häfen« bereit sind, aus Seenot gerettete Schutzsuchende
2934 aufzunehmen, wollen wir unterstützen.
- 2935 • Auf Bundesebene werden wir uns dafür einsetzen, dass Grundrechte, wie das der
2936 Unverletzlichkeit der Wohnung auch in Flüchtlingsunterkünften geschützt
2937 bleiben.

- 2938 • Wir setzen uns gegenüber der Bundesregierung im Land für Aufnahmeprogramme und
2939 Abschiebestopps besonders schutzbedürftiger Gruppen wie bspw. der Jesid:innen
2940 oder die Fortsetzung der Aufnahmeprogramme Syrien und Afghanistan ein. Hürden
2941 bei der Inanspruchnahme dieser Programme wollen wir senken.
- 2942 • Menschen, die zu uns kommen und sich für ihre Interessen selbstorganisiert
2943 einsetzen wollen wir unterstützen und fördern. Dazu zählt auch der Einsatz auf
2944 Bundesebene für ein aktives und passives Wahlrecht für alle Menschen, die in
2945 Deutschland leben, um die politische Beteiligung und Identifikation aller
2946 Bevölkerungsgruppen zu fördern und damit die Demokratie zu stärken.
- 2947 • Unser Einsatz für eine humanitäre Asylpolitik ist eng verbunden mit dem Einsatz
2948 für eine friedliches Zusammenleben. Wir werden daher in Thüringen unseren Teil
2949 dazu beitragen, um Frieden und Abrüstungsbemühungen zu stärken und so für
2950 Entspannung und das friedliche Zusammenleben aller Menschen einzutreten. Kriege
2951 zu verhindern ist Friedensarbeit und eine gerechte Weltordnung die sicherste
2952 Garantie.

2953

2954 **Recht auf gutes Ankommen und gute Arbeit**

- 2955 • Wir wollen das Projekt »Faire Mobilität« weiterhin unterstützen, um Menschen,
2956 die zum Arbeiten nach Thüringen gekommen sind, beim Kampf gegen Lohndumping und
2957 Ausbeutung zu helfen.
- 2958 • Beratungsangebote und Publikationen für den Weg in die Selbstständigkeit und zur
2959 Wahrnehmung der Rechte als Arbeiter:innen und Angestellte müssen mindestens
2960 zweisprachig, besser mehrsprachig vorgehalten werden.
- 2961 • Wir setzen darauf, allen Menschen die diskriminierungsfreie Teilhabe am
2962 Arbeitsmarkt zu ermöglichen und Qualifikationswege zu eröffnen. Mit der
2963 »Thüringer Allianz für Berufsbildung und Fachkräfteentwicklung« haben wir zum
2964 Beispiel in einem Bündnis Partner:innen aus Berufsbildung, Wirtschaft und Arbeit
2965 zusammengeführt, um Strategien und Lösungen zu entwickeln. Unsere
2966 Landesregierung hat Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen finanziert, um Menschen
2967 mit und ohne Beschäftigung für neue Tätigkeiten zu qualifizieren, mit dem neuen
2968 Schulgesetz wird die Berufsorientierung verbindlich festgeschrieben und die
2969 Thüringer Agentur für Fachkräftegewinnung gewinnt Fachkräfte und
2970 Ausbildungsinteressierte, insbesondere Berufspendler:innen, nach Thüringen
2971 Zurückkehrende und internationale Fachkräfte. Diese Arbeit wollen wir
2972 verstetigen, um auch die Perspektiven des Bleibens zu stärken.
- 2973 • Damit Menschen langfristig hierbleiben können und wollen, braucht es gute
2974 Begleitung ab dem ersten Tag von ausländischen Fachkräften, Onboarding-Prozesse,
2975 die bereits bei vielen Unternehmen angewendet werden und funktionieren, und das
2976 Mitdenken der Perspektiven hier von Angehörigen und Familien. Maßnahmen in
2977 diesem Bereich wollen wir fördern.
- 2978 • Wichtig für die Gewinnung von genügend und guten Arbeitskräften sind vor allem
2979 attraktive Arbeits- und Ausbildungsbedingungen. Gute und tarifgebundene Löhne
2980 und Arbeit, gelebte Willkommenskultur, genügend Wohnraum für Auszubildende im
2981 Land und in den Städten sowie Maßnahmen für lebensbegleitendes Lernen und
2982 Fortbildung.

- 2983 • Die verstärkte Gewinnung von Fachkräften aus dem Ausland erfordert eine
2984 schnellere und unbürokratischere Anerkennung von Berufsabschlüssen und
2985 ausreichende Möglichkeiten der Nachqualifizierung.
- 2986 • Wir unterstützen Weiterbildungsangebote für Betriebs- und Personalräte und
2987 Unternehmensleitungen, um offene und interkulturelle Unternehmenskonzepte zu
2988 entwickeln.
- 2989

2990 **Gesundheit & Pflege**

2991

2992 Moderne Gesundheitspolitik muss auf den demografischen Wandel reagieren. Während die
2993 Menschen immer älter werden, wird die Gesundheitsversorgung vielfältiger.
2994 Gleichzeitig wird es schwerer, Nachfolgerinnen und Nachfolger für die Übernahme von
2995 Arztpraxen zu finden. Damit die medizinische Versorgung dennoch wohnortnah und mit
2996 kurzen Wegen erfolgen kann, haben wir ein Bündel an Maßnahmen geschnürt. Gerade die
2997 Beschäftigten im Gesundheitswesen brauchen Entlastung bei den Rahmenbedingungen mehr
2998 Zeit zur Erholung statt Arbeit und gute Löhne. Hier können auch Angebote für mehr
2999 Zeitsouveränität attraktivere Arbeitsbedingungen ermöglichen. Auch Pflege und die
3000 Unterstützung von Angehörigen brauchen künftig mehr Aufmerksamkeit, ebenso Maßnahmen
3001 gegen das Apothekensterben. In unserer Zukunftswerkstatt Zukunft.Gesundheit.Thüringen
3002 2030 arbeiten wir dialogisch und partizipativ an diesen Themen, um die
3003 Gesundheitsversorgung in Thüringen auch in Zukunft sicher zu stellen.

3004

3005 **Gute medizinische Versorgung sichern**

- 3006 • Moderne Gesundheitspolitik bedeutet insbesondere, Krankheiten zu vermeiden. Im
3007 Rahmen unserer Thüringer Landesgesundheitskonferenz haben wir uns das zum Ziel
3008 gesetzt. Wir werden weiter gemeinsam mit vielen Akteuren Gesundheitsförderung
3009 und Prävention in den Lebenswelten der Menschen befördern.
- 3010 • Wir arbeiten daran, dass gute medizinische Versorgung keine Frage des
3011 Geldbeutels oder des Wohnortes ist. Gesundheitsvorsorge und medizinische
3012 Betreuung bei Krankheit müssen allen in Thüringen in gleicher Qualität
3013 zugänglich sein. Wir wollen eine bedarfsgerechte und wohnortnahe medizinische
3014 Versorgung im ambulanten sowie stationären Bereich sichern. Dazu gehören
3015 angemessene Wartezeiten bei Ärzt:innen, eine gute Notfallversorgung,
3016 ausreichende Kapazitäten in der Pflege und Psychotherapie.
- 3017 • Wir haben bereits die Zahl der Medizinstudienplätze in Thüringen erhöht. Wir
3018 wollen auch die Situation in der Zahnmedizin noch verbessern. Unter anderem
3019 wollen wir die hohen Zulassungsbeschränkungen lockern und den Einstieg in das
3020 Studium für medizinisch vorgebildete Menschen weiter erleichtern.
- 3021 • Ein Teil der Studienplätze wird für junge Menschen vorgehalten, die sich
3022 verpflichten, nach dem Studium im ländlichen Raum in Thüringen zu praktizieren.
3023 Diese Landarztquote ist ein Beitrag zur Sicherstellung der medizinischen
3024 Versorgung in Stadt und Land. Wir wollen darüber hinaus weitere Anreize
3025 schaffen, um auch Studierenden der Human- und Zahnmedizin, die außerhalb des

- 3026 Freistaates studieren, stärker zu einer Rückkehr in unser lokales
3027 Gesundheitssystem zu motivieren. Hierzu wollen wir zusätzliche
3028 Stipendienangebote schaffen, die bereits während des Studiums Studierende
3029 fördern sollen, welche eine Niederlassung im ländlichen Raum Thüringens
3030 anstreben.
- 3031 • Wichtig sind vor allem Maßnahmen, um Absolvent:innen aus medizinischen
3032 Studiengängen und Gesundheitsberufen in Thüringen zu halten. Dazu gehört auch,
3033 die Thüringer Stiftung zur Förderung der ambulanten ärztlichen Versorgung weiter
3034 auszubauen und zu stärken. Ärzt:innen, die ihr praktisches Jahr im ländlichen
3035 Raum und in einer allgemein-medizinischen Praxis absolvieren möchten, werden
3036 gezielt gefördert.
- 3037 • Junge Mediziner:innen, Zahnmediziner:innen und Pharmazeut:innen können bei der
3038 Gründung oder Übernahme einer eigenen Praxis bzw. Apotheke finanzielle Förderung
3039 erhalten. Im Jahr 2023 wurde die Niederlassungsförderung auf bis zu 40.000 Euro
3040 erhöht. So wird Ärzt:innen und Apotheker:innen der Schritt in die
3041 Selbstständigkeit deutlich erleichtert.
- 3042 • Die Niederlassungsförderung ist ein zentraler Baustein, um die wohnortnahe
3043 Versorgung mit Apotheken erhalten, besonders im ländlichen Raum. Außerdem werden
3044 wir die Zahl der Studienplätze im Fachbereich Pharmazie an der Friedrich-
3045 Schiller-Universität Jena erhöhen. Wir treten als Linke für das System der
3046 inhabergeführten Apotheken ein und lehnen Versand- und Kettenapotheken ab. Nur
3047 so lassen sich gute Beratung und kurze Wege garantieren.
- 3048 • Wir wollen die Voraussetzungen für Telemedizin verbessern und dabei
3049 selbstverständlich auch Fragen der Datensicherheit im Sinne der Patient:innen
3050 klären.
- 3051 • Wir erkennen die schwierige Situation von Hebammen, Geburtshelfer:innen und
3052 werdenden Müttern an und bekennen uns zur freien Wahl, wo und wie Schwangere ihr
3053 Kind zur Welt bringen möchten. Gerade die Geburtshilfe vor Ort und im ländlichen
3054 Raum muss gestärkt werden. Insbesondere familienbegleitende Maßnahmen und leicht
3055 zugängliche Informations- und Beratungsangebote zu Hebammenleistungen müssen
3056 dauerhaft mit Landesmitteln unterstützt werden. Unser Runder Tisch Familie und
3057 Geburt erarbeitet dazu sowie zur Umsetzung des Nationalen Gesundheitszieles
3058 Gesundheit rund um die Geburt die nötigen Strategien für Thüringen.
- 3059 • Wir wollen den Ausbildungsweg für Hebammen und Geburtshelfer:innen über das
3060 Angebot der Ernst-Abbe-Hochschule Jena weiter ausbauen, ohne dabei die
3061 Möglichkeiten der dreijährigen Berufsausbildung einzuschränken. Unser Ziel muss
3062 eine Eins-zu-Eins-Betreuung jeder Gebärenden sein.
- 3063 • Der öffentliche Gesundheitsdienst (ÖGD) muss deutlich gestärkt werden. In der
3064 Pandemie haben wir erlebt, wie wichtig gut funktionierende Gesundheitsämter
3065 sind. Mit der Stärkung des ÖGD soll auch die gesetzliche Basis zu einer
3066 jährlichen Landesgesundheitskonferenz geschaffen werden. Außerdem wollen wir die
3067 Gründung kommunaler medizinischer Versorgungszentren unterstützen und damit der
3068 zunehmenden Eindringen von privaten Anbietern in diesem Bereich eine öffentliche
3069 Versorgungsstruktur entgegensetzen.
- 3070 • Einen niedrigschwelligen Zugang zur Gesundheitsversorgung vor Ort leisten die

- 3071 vier Gesundheitskioske die in den letzten Jahren entstanden sind. Wir wollen
3072 dieses Angebot als wichtige beratende und unterstützende Anlaufpunkte in der
3073 Fläche weiter unterstützen und ausbauen.
- 3074 • Die Etablierung von Gemeindeschwestern insbesondere in ländlichen Räumen zur
3075 Verbesserung wohnortnaher Gesundheitsversorgung wollen wir ermöglichen.
- 3076 • Die medizinische Versorgung älterer Menschen (Geriatric) wollen wir stärker in
3077 den Blick nehmen und den Aufbau geriatrischer Versorgungsnetzwerke
3078 unterstützen.
- 3079 • Das Thema Frauengesundheit wollen wir in den Landesgesundheitszielen verankern
3080 und für alle Frauen die vollständige Kostenübernahme für hormonelle wie
3081 hormonfreie Verhütungsmittel durch die Krankenkassen erreichen. Dazu wollen wir
3082 im Bundesrat aktiv werden. Eine geschlechtsspezifische Forschung und Versorgung
3083 muss das Ziel einer guten Gesundheitsversorgung werden.
- 3084 • Mit der Fortführung der Gesundheitskarte und des »anonymen Krankenscheins«
3085 werden wir die uneingeschränkte medizinische Versorgung geflüchteter Menschen
3086 fortführen und den Ausbau der psychosozialen und therapeutischen Versorgung
3087 sicherstellen sowie die Übernahme von Übersetzungsleistungen für die
3088 medizinische Versorgung als Sozialleistung sichern.
- 3089 • Wir setzen uns ein für die Entwicklung von Leitlinien zum Umgang mit LSBTIQ*
3090 Menschen in der Pflege für die Ausbildungs- und Weiterbildungscurricula aller
3091 Pflegeberufe.
- 3092 • begleiten, unter anderem zur Stärkung geschlechter- und vielfaltsensibler
3093 Medizin im Studium und der dualen Ausbildung in den medizinischen und
3094 Gesundheitsberufen.
- 3095 • Wir wollen Fortbildung von psychologischem, psychiatrischem und
3096 psychotherapeutischem Personal in den Lehrkrankenhäusern des
3097 Universitätsklinikum Jena, sowie weiteren Krankenhäusern und Kliniken zu
3098 LSBTIQ*-spezifischen Themen etablieren und stärken. Insbesondere Hebammen und
3099 Personal in Geburtskliniken sollen zum Thema
3100 Intergeschlechtlichkeit geschult werden.
- 3101
- 3102 **Alle Krankenhäuser werden gebraucht.**
- 3103 • Thüringen braucht alle bestehenden Krankenhäuser, die Standorte müssen geschützt
3104 werden. Die in anderen Bundesländern drohenden Schließungen von Kliniken, sind
3105 in Thüringen nicht vertretbar. Wichtigste Grundlage für die Sicherung der
3106 Krankenhäuser ist eine auskömmliche Finanzierung durch den Bund. Die Abkehr vom
3107 Fallpauschalensystem hin zu einer stabilen Finanzierung der Kliniken ist
3108 unumgänglich. Dafür streiten wir.
- 3109 • Wir wollen Perspektiven entwickeln und fördern, um Gesundheitswesen und
3110 Krankenhäuser stärker in öffentliche Hand zu holen.
- 3111 • Die Arbeiten am 8. Thüringer Krankenhausplan sind in vollem Gange. Seit Herbst
3112 2022 fand bereits der Werkstattprozess „Zukunft. Gesundheit. Thüringen. 2030“
3113 statt. Damit haben wir eine breite parlamentarische und außerparlamentarischer

3114 Beteiligung an der Diskussion über die Krankenhausplanung sichergestellt.

3115 • Für unsere zukünftige Krankenhauslandschaft setzen wir auf den Erhalt aller
3116 Standorte. Dafür wird es Anpassungen geben müssen, um auf den veränderten
3117 Versorgungsbedarf zu reagieren. Entscheidend ist, dass die Grundversorgung
3118 weiterhin wohnortnah garantiert sein muss. Planbare Operationen und spezifische
3119 Eingriffe sollten vor allem dort stattfinden, wo die größte Erfahrung mit diesen
3120 Fällen vorhanden ist.

3121 • Thüringen wird weiter seiner Verpflichtung nachkommen, Krankenhäuser bei
3122 Investitionsmaßnahmen zur besseren Patientenversorgung zu unterstützen. Im
3123 Rahmen des Thüringer Krankenhausinvestitionsprogramms wurden 2023 rund 400
3124 Millionen Euro bewilligt. Die Fördermaßnahmen haben eine Laufzeit bis zum Jahr
3125 2031. Mit dem Landeshaushalt 2024 wurden weitere 91 Millionen Euro für die
3126 nächsten Jahre bereitgestellt. Diesen Weg werden wir fortsetzen, denn jeder
3127 Krankenhausstandort wird gebraucht.

3128 • Im Jahr 2019 hatte die rot-rot-grüne Landesregierung entschieden, den
3129 Maßregelvollzug in Landesverantwortung zurückzuführen. Die Behandlung und
3130 Betreuung von Patientinnen und Patienten, die aufgrund psychischer Erkrankung
3131 nicht in der Lage sind, das Unrecht ihrer Straftat einzusehen, gehört als
3132 hoheitliche Aufgabe in die Landesverantwortung. Im Jahr 2023 wurde zunächst der
3133 Maßregelvollzug in Mühlhausen wieder verstaatlicht. Die Einrichtungen in
3134 Hildburghausen und Stadtroda werden diesen Schritt ebenfalls gehen.

3135 • Die wichtige Arbeit in der Hospiz- und Palliativversorgung haben wir in den
3136 vergangenen Jahren ausgebaut. Insbesondere das Netz der vielfältigen Hilfen und
3137 die oft ehrenamtliche Arbeit wollen wir fördern und würdigen.

3138

3139 **Pflege - würdevoll, solidarisch finanziert und gerecht bezahlt**

3140 • Wir wollen eine menschenwürdige und an den individuellen Bedürfnissen
3141 ausgerichtete Pflege und Betreuung, die gerecht und solidarisch von allen
3142 finanziert wird, und die den in den Pflegeberufen Beschäftigten mehr Lohn,
3143 bessere Arbeitsbedingungen und mehr Respekt entgegenbringt. Das würde dazu
3144 führen, dass mehr Menschen in den Pflegeberufen arbeiten, was so dringend nötig
3145 wäre!

3146 • Zur Stärkung der Pflegeausbildung setzen wir neben der Schulgeldfreiheit auf ein
3147 Förderprogramm zur Gewinnung und Integration ausländischer Auszubildender.

3148 • Der im Juli 2023 gestartete Werkstattprozess zur Landespflegeplanung mit dem
3149 Ziel eines koordinierten Landespflegeplanes trägt dazu bei, das Pflegesystem in
3150 Thüringen vor dem Hintergrund des demographischen Wandels zukunftsfest zu
3151 machen. Der Landespflegeplan wird den Ist-Stand der Pflege in Thüringen
3152 darstellen. Dabei sollen alle Engpässe im Personalplan der Versorgungsstrukturen
3153 klarwerden, damit entsprechende Maßnahmen zur Verbesserung der Pflege entwickelt
3154 werden können. Neben den Bedürfnissen der zu Pflegenden und ihren Angehörigen
3155 ist uns auch die Bereitstellung eines Angebots für die psychische Unterstützung
3156 von Pflegepersonal wichtig. Dieses hat in der Pandemie weit über ihre Grenzen
3157 hinaus gearbeitet und verdient Unterstützung zur Stärkung der psychischen
3158 Gesundheit.

- 3159 • Wir werden uns auch künftig im Bundesrat für eine bessere Finanzierung der
3160 Pflege und für die Einführung einer solidarischen gesetzlichen Kranken- und
3161 Pflegeversicherung einsetzen, in die neben abhängig Beschäftigten auch
3162 Beamt:innen, Freiberufler:innen, Selbstständige und Abgeordnete verpflichtend
3163 einbezogen sind. Wir haben vor Ort Beschäftigte im Pflegebereich in ihrem Kampf
3164 für Tarifbindung und bessere Arbeitsbedingungen unterstützt und die
3165 Unterstützung für pflegende Angehörige ausgebaut.
- 3166 • Die Einführung einer solidarischen Bürgerversicherung auf Bundesebene ist für
3167 die bessere Finanzierung der Pflege unverzichtbar. Daneben wollen wir auch auf
3168 Landesebene Pflegebedürftige und ihre Angehörigen unterstützen und die Kosten
3169 der Pflege begrenzen. Hier setzen wir neben der Möglichkeit einer Bezuschussung
3170 von Investitionskosten für Pflegeeinrichtungen vor allem auf die Einführung eine
3171 Thüringer Landespflegegeldes. Mit dem Landespflegegeld sollen Pflegebedürftige
3172 ab Pflegegrad 2 pro Jahr bis zu 600 Euro erhalten.
- 3173 • Verbindliche Personalschlüssel für alle Pflegeberufe und in Krankenhäusern, die
3174 betreiber- und einrichtungsübergreifend eingeführt werden, bemessen an den
3175 einzelnen Fachrichtungen, bedarfsgerecht und mit einem Flächentarifverträgen
3176 abgesichert, sind für gute Pflege nötig und werden von uns unterstützt. Denn wir
3177 brauchen dringend mehr Personal in der Pflege und mehr Pflegeplätze.
- 3178 • Die fünf bereits bestehenden Pflegestützpunkte bieten Beratungsangebote für
3179 pflegende Angehörige. Den Aufbau dieser barrierefreien kommunalen
3180 Pflegeberatungsstellen wollen wir weiter unterstützen.
- 3181 • Pflegende Angehörige werden wir weiter durch Beratung und Begleitung stärken.
3182 Wir drängen darauf, die Vereinbarkeit von Pflege und Beruf weiter zu
3183 erleichtern und auch Männer darin zu unterstützen, sich an häuslicher Pflege
3184 beteiligen zu können.
- 3185 • Wir wollen nach Wegen suchen, die Investitionskosten für Heimbewohnende auf
3186 anderem Wege zu finanzieren.
- 3187 • In Bezug auf die Abbrecherquote im Pflegeberuf wollen wir kontinuierliches
3188 Monitoring auf Landesebene implementieren, um die Gründe für einen
3189 Ausbildungsabbruch systematisch zu erfassen und auszuwerten, damit eine
3190 entsprechende Maßnahmenplanung erfolgen kann. In diesem Zusammenhang könnte das
3191 Webportal für die Pflegeausbildung in Thüringen genutzt werden.

3192

3193 **Suchtprävention und verantwortungsvolle Drogenpolitik**

- 3194 • Den Missbrauch von gesetzlich zugelassenen und von verbotenen Rauschmitteln und
3195 Suchtgefährdungen wollen wir eindämmen. Wir stehen für eine
3196 gesundheitsorientierte und selbstbestimmte Drogenpolitik und Suchtprävention.
3197 Statt Drogenkonsum zu kriminalisieren, wollen wir einen effektiven Jugend- und
3198 Gesundheitsschutz ermöglichen.
- 3199 • Wir brauchen vielfältige Unterstützungsstrukturen für Suchterkrankungen.
3200 Psychosoziale Betreuung muss gestärkt werden. Wir wollen die Öffentlichkeit
3201 stärker für die Bedürfnisse von Kindern suchtkranker Eltern sensibilisieren.
- 3202 • Angebote der Suchtprävention, insbesondere die Beratungs- und

3203 Vernetzungsangebote, sollen ausgebaut werden. Drug-Checking-Angebote müssen
3204 kontinuierlich unterstützt und gestärkt werden.

3205

3206 **Ankommen in der digitalen Welt von heute, aber sozial**

3207

3208 Internet und Telefon, Paket und Briefzustellung sind für uns Teile der öffentlichen
3209 Infrastruktur, die für alle funktionieren muss. Der Zugang muss bezahlbar und
3210 erreichbar sein. Wir wollen eine stabile Breitbandversorgung in Stadt und Land ebenso
3211 wie gute Arbeitsbedingungen für Paketzusteller:innen. Für den Breitbandausbau als
3212 notwendiger Infrastruktur der Gegenwart wollen wir eine öffentlich organisierte
3213 Telekom – mit dem Auftrag, insbesondere Schulen und Bildungseinrichtungen zu
3214 digitalisieren. Medienvielfalt, unabhängiger Journalismus, ein effizienter
3215 öffentlich-rechtlicher Rundfunk und eine stabile regionale und lokale
3216 Medienlandschaft, unter anderem durch Bürgermedien sind Garanten unserer freien
3217 Gesellschaft.

- 3218 • Für bezahlbare, gute und überall nutzbare digitale Kommunikation und Dienste
3219 wollen wir als eine zwingende Voraussetzung einen weiteren und umfassenden
3220 Breitbandausbau, der niemanden und kein Dorf vergisst. Zu gesellschaftlicher
3221 Teilhabe gehört auch die Verfügbarkeit eines schnellen Internetanschlusses.
- 3222 • Mit unserer Glasfaserstrategie soll bis Ende 2025 flächendeckend die Versorgung
3223 von Gewerbegebieten, Unternehmen mit besonderem Bedarf, den Thüringer Bildungs-
3224 und Forschungseinrichtungen, Schulen, Verwaltungen und öffentlichen Gebäuden des
3225 Landes und der Kommunen sowie eine flächendeckende Verfügbarkeit von
3226 Gigabitnetzen in jeder Gemeinde und möglichst direkt bis zum Gebäude erreicht
3227 sein.
- 3228 • Weiterhin werden wir die Einführung der Mobilfunktechnologie der 5. Generation
3229 (5G) unterstützen. Davon sollen nicht nur städtische, sondern auch ländliche
3230 Räume profitieren. Die Bundesregierung muss den Ausbau so steuern, dass keine
3231 weißen oder grauen Flecke mehr bestehen. Falls die privaten Mobilfunkbetreiber
3232 dies nicht gewährleisten, muss eine Bundesagentur beauftragt werden. Funklöcher
3233 in Thüringen müssen der Vergangenheit angehören!
- 3234 • Wir wollen, dass allen öffentlichen Infrastruktureinrichtungen, ob Bus oder
3235 Bahn, öffentliche Verwaltungen, Museen, Schulen, Hochschulen, Schlösser oder
3236 Burgen soll freies und unkommerzielles Internet zur Verfügung stehen.
- 3237 • Wir unterstützen Initiativen, die Breitbandversorgung aus der Hand weniger
3238 Telekommunikationskonzerne in öffentliches Eigentum überführen oder
3239 genossenschaftlich organisieren wollen.
- 3240 • Auch Thüringen muss Wege für die Gestaltung von mit Künstlicher Intelligenz
3241 generierten Inhalten und Produkten (Texte, Bilder, Filme, ...) sowie von ihr
3242 gesteuerte Abläufe finden und nötigenfalls gesetzlich regeln. Das riesige
3243 schöpferische Potential der Technologie kann und wird gesellschaftlich nützlich
3244 sein. Zugleich müssen aber Standards für Datenschutz und Persönlichkeitsrechte,
3245 Copyright- und Verwertungsrechte, Arbeitsbedingungen- und rechte, Medienrecht
3246 und mögliche Folgen für die Demokratie gegebenenfalls neu geregelt werden. Wir

- 3247 schlagen daher einen Unterausschuss des Landtages vor, die unter Beteiligung von
3248 Expert:innen aus Wissenschaft, Gewerkschaften, Justiz, Datenschutz und
3249 Journalismus eine Debatte um Chancen, Risiken der KI und notwendige gesetzliche
3250 Regulierungen führt.
- 3251 • Wir wollen in der Thüringer Verwaltung weiterhin Open-Source-Software nicht nur
3252 auf allen Ebenen nutzen, sondern die Entwicklung, regelmäßige Auditierung und
3253 Verbreitung von quelloffenen, in modernen Programmiersprachen geschriebenen und
3254 leicht zu benutzenden digitalen Werkzeugen fördern.
- 3255 • Digitalisierung bietet Chancen für wirtschaftliche Entwicklung. Sie kann Arbeit
3256 erleichtern. Sie kann zugleich den Druck verstärken, indem Beschäftigte ständig
3257 verfügbar sein müssen. Ob im Büro, unterwegs oder im HomeOffice. Unternehmen,
3258 müssen ihren Beschäftigten Schutz vor andauernden und unbezahlten Überstunden
3259 garantieren – ebenso wie die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Zeit für die
3260 Pflege von Angehörigen und einen funktionierenden Arbeits- und
3261 Gesundheitsschutz. In den letzten Jahren sind viele neue Arbeitsplätze in
3262 digital vernetzten Umgebungen (Plattformökonomie) entstanden, wobei die meisten
3263 der dort Beschäftigten unter schlechten Arbeitsbedingungen leidet. Es kann nicht
3264 sein, dass viele Beschäftigte wenig verdienen, als Scheinselbständige behandelt
3265 werden und oft nicht über Krankenversicherungsschutz und Altersvorsorge
3266 verfügen. Um die europaweiten Regelungen konsequent umzusetzen, werden wir
3267 weiterhin uns gegenüber den gesetzlichen Trägern (Renten- und
3268 Krankenversicherungen) uns dafür einsetzen, dass hier der systematische
3269 Missbrauch unterbunden wird.
- 3270 • Unverzichtbar ist es, Bildungs- und Fortbildungsangebote im Bereich der
3271 Medienkompetenz, die in den letzten Jahren verstärkt worden sind,
3272 weiterzuführen, gerade auch um der Flut an Fake-News im digitalen Bereich
3273 begegnen zu können. Mediennutzung, die auf Wissen beruht und auf einem
3274 verantwortungsbewussten Umgang, ist die Zukunft und wird Meinungsvielfalt
3275 garantieren – und nicht der Versuch, Angebote zu beeinflussen, zu löschen oder
3276 zu verbieten.
- 3277 • Hass, Mobbing und Hetze treten wir entgegen - in der analogen und der digitalen
3278 Welt. Den Zugang zu Informationen und Hilfsangeboten wollen wir erleichtern und
3279 unterstützen entsprechende Projekte und die Angebote der rot-rot-grünen
3280 Landesregierung, der Kreise und Städte sowie der Thüringer Landesmedienanstalt
3281 (TLM). Wir unterstützen darüber auch die Förderung einer rassismus- und
3282 diskriminierungssensiblen Aus-, Fort und Weiterbildung für Beschäftigte im
3283 Bereich Medien, Journalismus, Kunst und Kultur.
- 3284
- 3285 **Starker öffentlicher Rundfunk und Bürgermedien - Vielfalt in der Medienlandschaft**
- 3286 • Medienvielfalt, unabhängiger Journalismus, ein breit aufgestellter öffentlich-
3287 rechtlicher Rundfunk und eine stabile regionale und lokale Medienlandschaft,
3288 unter anderem durch Bürgermedien sind Garanten unserer freien Gesellschaft und
3289 müssen entsprechende gefördert werden.
- 3290 • Deutschlandweit einmalig wird im Landkreis Greiz die tägliche Printzeitung der
3291 Funke-Medien nur noch digital bereitgestellt. Wir begleiten diese Entwicklung

- 3292 kritisch und wollen dafür sorgen, dass es keine "weißen Flecken" in der
3293 Zeitungslandschaft gibt und setzen uns dafür ein, dass die Bundesregierung
3294 endlich die Förderung des Zeitungsvertriebs ernsthaft vorantreibt. Wir werden
3295 neue Modelle, die auf gemeinnützigem Journalismus aufbauen, unterstützen und
3296 setzen uns für eine entsprechende Regelung auf Bundesebene ein.
- 3297 • Wir stehen zum öffentlich-rechtlichen Rundfunk. Er ist eine demokratische
3298 Errungenschaft, und keine Selbstverständlichkeit. Deshalb setzen wir uns dafür
3299 ein, dass der Mitteldeutsche Rundfunk (MDR), das ZDF und das Deutschlandradio
3300 unabhängig sind und bleiben. Die Strukturen des MDR sind aufgabenkritisch zu
3301 prüfen. Die Mittel des Rundfunkbeitrags sind effektiv einzusetzen. Die regionale
3302 Verteilung muss ausgewogen sein. Alle drei MDR-Länder müssen entsprechend zum
3303 Beitragsaufkommen von Standorten, Produktionen, Wertschöpfung profitieren. Wir
3304 werben dafür, den Medienstandort Thüringen insbesondere bei Film- und
3305 Fernsehproduktionen innerhalb des MDR-Verbundes zu stärken.
 - 3306 • Der Öffentlich-rechtliche Rundfunk muss auch in der regionalen Berichterstattung
3307 flächendeckend präsent sein und die Digitalisierung weiter vorantreiben. Dagegen
3308 sollen Kosten reduziert werden bei den inzwischen viel zu teuren Sportrechten
3309 und durch den Abbau von Parallelstrukturen. Für Menschen, die staatliche
3310 Transferleistungen beziehen (Bürgergeld o.ä.) muss der Rundfunkbeitrag als Teil
3311 der Leistung vom Staat übernommen werden.
 - 3312 • Wir wollen, dass Menschen aus verschiedenen (auch sprachlichen) Communitys Teil
3313 der Rundfunkräte und weiterer Aufsichtsgremien werden. So kann Repräsentation in
3314 den öffentlichen Medien besser gelingen – mit einem Fokus auf Vielfaltigkeit aus
3315 Betroffenenperspektive und der Sichtbarmachung von Minderheiten und ihrer
3316 Leistungen.
 - 3317 • Wir haben uns in den vergangenen Jahren erfolgreich für eine gerechte Verteilung
3318 der Wertschöpfung des MDR in Mitteldeutschland eingesetzt und das räumliche
3319 Angebot für Film- und Fernsehproduktionen in Thüringen schrittweise ausgebaut.
3320 Wir werden weiter dafür werben, den Thüringen innerhalb der ARD zu stärken.
3321 Insbesondere die Entwicklung des KiKa werden wir weiter unterstützen.
 - 3322 • Die Zusammenarbeit mit Forschungseinrichtungen, zum Beispiel der TU Ilmenau und
3323 dem Fraunhofer Institut, soll verstetigt und durch staatliche Förderung
3324 zielgerichtet unterstützt werden. Das trifft ausdrücklich auch App-Entwicklungen
3325 sowie den Gamesbereich und das Feld der Entwicklung von Stoffen für Kinder- und
3326 Jugendmedien.
 - 3327 • Wir wollen die Förderungen für die Medienwirtschaft noch stärker bündeln, um die
3328 Aktivitäten des Landes effektiver zu gestalten. Hierbei sind die Strukturen der
3329 Ansiedlungs- und Gründerförderung einzubeziehen. Ziel ist eine aktive und
3330 strategische Medienstandortpolitik aus einer Hand.
 - 3331 • Sowohl die kulturelle Filmförderung des Landes als auch die Beteiligung an der
3332 Mitteldeutschen Medienförderung (MDM) sind für unseren Standort zentral. Wir
3333 wollen die Förderungen ausbauen, um beste Effekte für die Beschäftigten und den
3334 Wirtschaftsraum zu erreichen.
 - 3335 • Mit einer Medienstandortagentur wollen wir den vielen in Medienberufen
3336 ausgebildeten Hochschulabsolventinnen und -absolventen und Fachkräften die

3337 Möglichkeiten bieten, ihr Können und ihr Wissen im Freistaat so einzubringen,
3338 dass sie gefragte Medienprodukte hier realisieren können.

3339 • Für den Erhalt der Meinungsvielfalt spielen auch private Radio- und
3340 Fernsichtseher in Thüringen eine Rolle – unabhängig von der wirtschaftlichen
3341 Ausrichtung und vom jeweiligen Erfolg. Wir haben uns unter Beachtung der
3342 Unabhängigkeit der Medien seit 2014 für eine Förderung in diesem Bereich
3343 eingesetzt. Gerade die rasante technische Entwicklung stellt lokale Anbieter vor
3344 finanzielle Herausforderungen. Auch zukünftig wollen wir mit entsprechenden
3345 Landesmitteln dazu beitragen, die Medienvielfalt in Thüringen zu erhalten und zu
3346 stärken.

3347 • Die Thüringer Bürgermedien sind eine Erfolgsgeschichte. Sie sind unverzichtbarer
3348 Bestandteil bei der demokratischen Mitwirkungs- und Willensgestaltung von
3349 Bürger:innen an ihrem Lebensort. Sie geben den Medienmacher:innen die
3350 Möglichkeit, konkrete Probleme, Fragen und Situationen vor Ort zu thematisieren.
3351 Zugleich animieren sie Bürger:innen zur demokratischen Mitwirkung. Wir werden
3352 die Bürgermedien weiterhin intensiv unterstützen und fördern: Wir wollen, dass
3353 die Anteile für die Finanzierung der Landesmedienanstalten aus dem
3354 Beitragsaufkommen gesteigert werden, um vor allem die Bürgermedien und die
3355 Medienkompetenzarbeit zu stärken.

3356

3357 **Demokratie und Zusammenhalt stärken**

3358

3359 **Direkte Demokratie ausbauen - Verfassung stärken**

3360 • Die Linke Thüringen setzt sich für eine konsequente und umfassende
3361 Demokratisierung ein. Über Aktivitäten und Maßnahmen in Gesellschaft und Staat
3362 sollen diejenigen Menschen mitbestimmen können, die von den Auswirkungen der
3363 jeweiligen Entscheidungen betroffen sind. Dies gilt insbesondere auch für die
3364 Einbindung von Frauen in demokratische Strukturen. Mehrheitlich männerdominierte
3365 Gemeinde- und Stadträte, Kreistage und der Landtag sind ein Verlust für die
3366 demokratische Willensbildung und Repräsentation der Bevölkerung und nicht
3367 akzeptabel.

3368 • Deshalb geht es sowohl um die Ausweitung des Wahlrechts und den Ausbau der
3369 direkten Demokratie beispielsweise durch Volks- oder Bürgerbegehren als auch um
3370 die Entwicklung einer neuen umfassenden Mitwirkungs- und Mitbestimmungskultur.
3371 Das betrifft auch Schulen und Rundfunkanstalten, Verbraucher- und Nutzerbeiräte
3372 bei öffentlichen Unternehmen und Zweckverbänden und den Umbau der Kommunen in
3373 Beteiligungskommunen, welche beispielsweise durch Bürgerhaushalte und
3374 Beteiligungsbeiräte für kommunale Projekte wirken.

3375 • Das Beteiligungsalter für Wahlen und Abstimmungen auf kommunaler Ebene auf 16
3376 Jahre wurde abgesenkt. Damit können sich nun auch die Jugendlichen an den
3377 demokratischen Prozessen beteiligen. Eine weitere Absenkung des Wahlalters auf
3378 14 Jahre werden wir sowohl auf Kommunal- als auch auf Landesebene
3379 weiterverfolgen. Beim Projekt Beteiligungskommunen muss auf der Einbeziehung
3380 junger Menschen ein besonderes Augenmerk liegen.

- 3381 • Mit einer »Beteiligten-Transparenz- Dokumentation« hat unsere Landesregierung
3382 auf Initiative der Linken dafür gesorgt, dass für jede und jeden über eine
3383 öffentliche Informationsdatenbank beim Landtag nachvollziehbar wird, welche
3384 Organisationen und Personen mit welchen Inhalten und Vorschlägen auf die
3385 Landesgesetzgebung Einfluss genommen haben. Dieses Transparenzinstrument hat
3386 sich mittlerweile sehr bewährt und belegt in einem bundesweiten Vergleich
3387 hinsichtlich seiner inhaltlichen Qualität Platz 1. Diese
3388 Transparenzdokumentation soll nach dem Willen der Linken nun um ein Thüringer
3389 Lobbyregister ergänzt werden. Mit einem Lobbyregister können problematische
3390 Einflussnahmen durch außerparlamentarische Akteur:innen auf den Landtag, die
3391 Abgeordneten und Fraktionen sowie die Landesregierung auch in anderen
3392 Arbeitsbereichen als der Gesetzgebung noch besser sichtbar werden
- 3393 • Für mehr Transparenz und Nachvollziehbarkeit der Arbeit des Landtags wollen wir,
3394 dass alle Beratungen von Ausschüssen des Landtags grundsätzlich öffentlich
3395 stattfinden.
- 3396 • Für echte Mitbestimmung wollen wir die Abschaffung des sog. „Finanztabus“ bei
3397 Volksbegehren durchsetzen, um den Anwendungsbereich des Instruments deutlich zu
3398 erweitern und auch Volksbegehren und Volksentscheide zu Themen zu ermöglichen,
3399 die finanzielle Auswirkungen haben. Auch den Einwohnerantrag für alle Menschen
3400 in Thüringen unabhängig von der Staatsangehörigkeit auch auf der Landesebene
3401 wollen wir einführen. Damit soll der Landtag zur Beratung der Anliegen von in
3402 Thüringen lebenden Menschen ohne deutschen Pass verpflichtet werden.
- 3403 • Wir wollen das Wahlrecht modernisieren, Menschen, die seit mehr als fünf Jahren
3404 ihren Lebensmittelpunkt in Thüringen haben, sollen sich unabhängig von ihrer
3405 Staatsangehörigkeit an den Kommunalwahlen beteiligen können.
- 3406 • Wir wollen darüber hinaus mit einem Paritätsgesetz die tatsächliche
3407 Gleichstellung der Geschlechter bei Landtagswahlen ermöglichen und dafür die
3408 verfassungsrechtlichen Weichen stellen. Damit würde eine demokratisch
3409 angemessene Beteiligung der Hälfte der Bevölkerung gewährleistet, wie es heute
3410 schon in zahlreichen europäischen Staaten der Fall ist.
- 3411 • Die Antikorruptionsarbeit wollen wir modernisieren, unter anderem durch die
3412 Einführung eines Registers bei der Vergabe öffentlicher Aufträge.
- 3413 • Die Linke Thüringen wird auch weiterhin eng mit dem Landesverband des Vereins
3414 »Mehr Demokratie e.V.« und weiteren außerparlamentarischen Initiativen
3415 zusammenarbeiten, um die Demokratieentwicklung in unserem Land parlamentarisch
3416 und außerparlamentarisch voranzutreiben.
- 3417 • Wir möchten als Thüringer Linke – unter Einbeziehung außerparlamentarischer
3418 Akteur:innen und deren Sachverstands - eine Enquetekommission im Landtag
3419 einsetzen zu den Themen Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse,
3420 Entwicklung ländlich geprägter Regionen, Nachhaltigkeit (vor allem auch in ihren
3421 sozialen, ökologischen und kulturellen Gesichtspunkten) und Stärkung der
3422 Handlungsfähigkeit der Kommunen (eingeschlossen die finanziellen Aspekte) Sie
3423 soll zu diesen Themen konkrete Handlungsvorschläge erarbeiten.
- 3424 • Auch ein Thüringer Ehrenamtsfördergesetz - eine langjährige Forderung der Linken
3425 - soll in Kraft treten. Dem für die Gesellschaft und die Menschen in Thüringen

3426 unverzichtbaren und vielfältigen ehrenamtlichen Engagement wird so eine
3427 umfassende und verlässliche Unterstützungs- und Finanzierungsbasis gegeben.

3428 • Wir wollen die Thüringer Verfassung modernisieren. Auch auf Initiative der
3429 Landtagsfraktion der Partei Die Linke hat der Thüringer Landtag im Laufe der 7.
3430 Wahlperiode die Debatte über die Weiterentwicklung der Thüringer Verfassung
3431 geführt und dazu auch einen Verfassungsausschuss eingerichtet. In die
3432 inhaltliche Diskussion wurden viele engagierter außerparlamentarischer
3433 Organisationen und Einzelpersonen, vor allem aus Thüringen, einbezogen, die
3434 viele wichtige Argumente und sinnvolle Vorschläge in die parlamentarische Arbeit
3435 einbrachten. Wir plädieren deshalb dafür, in der kommenden 8. Wahlperiode im
3436 Thüringer Landtag wieder einen Verfassungsausschuss einzurichten, um unerledigte
3437 Gesetzentwürfe der 7. Wahlperiode und weitere neue Themen zu bearbeiten. Es geht
3438 z.B. um die weitere Stärkung der Kinderrechte, die Aufnahme einer
3439 Antifaschismus- und Antirassismus-Klausel sowie eine Klausel gegen
3440 Antisemitismus nach dem Vorbild der Länder Brandenburg und Sachsen-Anhalt
3441 (Themen schon als Verfassungsänderungen eingebracht, aber leider derzeit ohne
3442 Mehrheit). Es geht aber auch um neue weitere Themen wie die Stärkung und
3443 Schaffung von weiteren Grundrechten und Staatszielen, z.B. im Bereich Wohnen,
3444 Arbeit, Mobilität, Bildung, Lernmittelfreiheit.

3445 • Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften sind selbstverständlicher Teil des
3446 öffentlichen Lebens. Die Linke Thüringen tritt für die institutionelle Trennung
3447 von Staat und Kirche ein. Wir sind gegen die eingeschränkten Arbeitnehmerrechte
3448 in kirchlichen Einrichtungen und fordern die Ablösung der Staatsleistungen an
3449 die Kirchen. Gesellschaftliches Engagement der Kirchen sollte gefördert werden –
3450 allerdings in gleichem Maße wie bei anderen sozialen und gesellschaftlichen
3451 Organisationen.

3452

3453 **Starker Rechtsstaat mit moderner Justiz**

3454 Die reibungslose Arbeit der unabhängigen Justiz als dritte Säule der Gewaltenteilung
3455 ist für uns Voraussetzung einer rechtsstaatlichen Ordnung. Der Zugang zum Recht muss
3456 allen Thüringer:innen in gleichem Maße gegeben sein, dies gilt insbesondere für
3457 sozial benachteiligte Menschen und gesellschaftliche Minderheiten. Die Linke
3458 Thüringen setzt sich für eine Justiz ein, die Rechtssicherheit bietet und gerechte
3459 Lösungen für Betroffene mit sozialer Verantwortung gegenüber dem Einzelnen und der
3460 Gesellschaft verbindet. Wer Unterstützung für die Durchsetzung seiner Anliegen und
3461 Rechte benötigt, muss in der Justiz eine bürgernahe, faire und fachlich kompetente
3462 Unterstützung finden. Je besser außergerichtliche Mechanismen zur Konfliktlösung in
3463 allen Bereichen der Gesellschaft zum Tragen kommen und je wirkungsvoller der
3464 Sozialstaat seine Ausgleichs- und Auffangfunktion wahrnimmt, desto weniger muss die
3465 Justiz als »letztes Mittel« der Konfliktlösung und des gesellschaftlichen Ausgleichs
3466 eingreifen. Die Arbeit der Justiz ist daher der Verwirklichung von sozialer
3467 Gerechtigkeit verpflichtet – ebenso wie verlässlichen rechtlichen Entscheidungen nach
3468 vorgegebenen formalen Kriterien.

3469 • Justiz und Gerichte müssen rechtzeitig zugänglich, barrierearm und nutzbar sein.
3470 In vielen Fällen des Alltags brauchen die Betroffenen möglichst schnell
3471 Unterstützung, um ihre Rechte durchzusetzen. Die Thüringer Gerichte Justiz muss

3472 dafür personell und technisch entsprechend ausgestattet sein. Der digitale
3473 Rechtsverkehr, als bundesdeutscher Standard, muss auch in Thüringen so schnell
3474 wie möglich Umsetzung finden. Gleichzeitig darf die Digitalisierung der Gerichte
3475 nicht zu einem Zugangshindernis zum Recht werden. Vor diesem Hintergrund hat die
3476 rot-rot-grüne Koalition in den vergangenen Jahren bereits viele Weichen für eine
3477 positive Entwicklung in Thüringen gestellt - wir sehen dennoch weiter dringenden
3478 Verbesserungsbedarf. Auch künftig werden unsere Anstrengungen darauf gerichtet
3479 sein, optimale Bedingungen für eine leistungsstarke unabhängige Thüringer Justiz
3480 und den Justizvollzug zu schaffen.

3481 • Bei den Thüringer Richterinnen und Richtern sowie Staatsanwältinnen und
3482 Staatsanwälten kommt es in den nächsten Jahren zu einer „Pensionierungswelle“.
3483 Wir werden den Generationenwechsel in der Thüringer Justiz weiter aktiv
3484 begleiten und durch die Bereitstellung ausreichender Haushaltsmittel für die
3485 stufenweise Neueinstellung junger Richterinnen und Richter, Staatsanwältinnen
3486 und Staatsanwälte sorgen. Wir wollen Studienabsolventinnen und -absolventen in
3487 Thüringen eine Perspektive im Justizwesen bieten und werden auch weiterhin
3488 attraktive Referendariatsplätze anbieten. Dazu gehört für uns die gute
3489 Vereinbarkeit von Familie und Beruf auch im Vorbereitungsdienst und die stetige
3490 Anpassung der Ausbildungsinhalte und Vermittlungsmethoden an aktuelle
3491 Bedürfnisse und Entwicklungen.

3492 • In der vergangenen Wahlperiode hat unsere rot-rot-grüne Koalition in Thüringen
3493 auch die Juristenausbildung modernisiert – strukturell und inhaltlich. Es wird
3494 ein besonderes Augenmerk auf die Personalgewinnung und Personalauswahl für den
3495 Vorbereitungsdienst gelegt – damit auch wirklich fachlich und persönlich
3496 geeignete Menschen den Weg in die Thüringer Justiz finden. (z.B.
3497 Internationalisierung / Digitalisierung).

3498 • Wir wollen in den kommenden Jahren die Unabhängigkeit und Transparenz der Justiz
3499 weiter stärken und uns für weitergehende Reformen einsetzen, vor allem für eine
3500 Stärkung des Richterwahlausschusses in seinen Aufgaben und für den Ausbau der
3501 Mitbestimmungsrechte. Dazu muss vor allem das Thüringer Richter- und
3502 Staatsanwältegesetz weiter inhaltlich modernisiert werden. Wir wollen hierfür
3503 auch eine Verbesserung des Artikel 89 der Thüringer Verfassung erreichen.

3504 • Denn eine demokratische, dem Rechtsstaat und Sozialstaat verpflichtete
3505 Gesellschaft wie die unsere braucht auch eine demokratisch organisierte Justiz
3506 mit Beschäftigten, die sich jederzeit im Alltag aktiv für die Verwirklichung von
3507 Demokratie, Rechtsstaat und Sozialstaat einsetzen.

3508 • Wir wollen uns noch stärker als bisher der Berufs- und Arbeitssituation der
3509 Rechtspflegerinnen und -pfleger widmen. Sie erfüllen wichtige Aufgaben als
3510 eigenständige Organe der Rechtspflege. Daher setzen wir uns für die Aufwertung
3511 ihrer Tätigkeit und die Umgestaltung ihrer Ausbildung ein.

3512 • Wir wollen die Digitalisierung der Arbeitsabläufe in der Justiz voranbringen.
3513 Bei der Einführung des elektronischen Rechtsverkehrs und der elektronischen Akte
3514 müssen unverzüglich die technischen Voraussetzungen geschaffen und die
3515 reibungslose Vernetzung mit Justizbehörden anderer Bundesländer sichergestellt
3516 werden.

- 3517 • Wir setzen uns für die Einführung einer Justizverlaufsstatistik ein, mit der zum
3518 Beispiel erfasst werden kann, ob in Ermittlungen anfänglich festgestellte
3519 Tatmotive bei der Strafzumessung berücksichtigt wurden.
- 3520 • Die Rechtsanwaltschaft erfüllt eine wichtige rechtsstaatliche Aufgabe. Durch sie
3521 wird vielen Menschen ein Zugang zu Recht und Gerechtigkeit ermöglicht. Wir
3522 wollen, dass auch zukünftig junge Menschen ihre berufliche Perspektive im
3523 Anwaltsberuf sehen können. Wir setzen uns im Bundesrat für eine gleichzeitig für
3524 Rechtssuchende sozial verträgliche und für die Anwaltschaft zukunftsfähige
3525 Reform des Gebührenrechts ein. Dabei müssen Prozess- und Verfahrenskostenhilfe
3526 gestärkt werden. Wir setzen uns dafür ein, dass Thüringen im Bundesrat die
3527 Einführung einer finanziellen Unterstützung für Mediationen außergerichtliche
3528 Konfliktlösungsverfahren zur Entlastung der Gerichte voranbringt.
- 3529 • Wir stärken die ehrenamtlichen Schiedspersonen in den Thüringer Gemeinden
3530 weiterhin und wollen die sinnvollen Möglichkeiten des Schiedsstellenverfahrens
3531 als außergerichtliches Schlichtungsverfahren in der Thüringer Bevölkerung noch
3532 bekannter machen.
- 3533 • In einer alternden Gesellschaft ist es uns ein Anliegen, die Situation für
3534 rechtliche Betreuer ebenso zu stärken wie für die Betreuten zu verbessern. Wir
3535 setzen uns im Bundesrat dafür ein, die Qualität der Betreuung zu verbessern.
- 3536 • Wir wollen für Richterinnen und -richter Weiterbildungsangebote – vor allem in
3537 den Bereichen Familien- und Betreuungsrecht sowie Sozialrecht und vor allem zum
3538 Themenkreis häusliche Gewalt unter Berücksichtigung des Kinderschutzes sowie zu
3539 medizinischen und psychologischen Fachkenntnissen – zur Pflicht machen.
- 3540 • Im Bereich der Jugendgerichtshilfe muss das Zusammenwirken mit anderen
3541 Akteurinnen und Akteuren aus dem sozialen Bereich weiter verbessert werden, vor
3542 allem mit den Jugendämtern, damit künftig kein bedürftiger Jugendlicher mehr bei
3543 der Maßnahmengewährung leer ausgeht.
- 3544 • Strafvollzug, Resozialisierung, Wiedereingliederung und Haftvermeidung müssen
3545 weiter gestärkt werden. Dazu setzen wir uns für eine bereichsübergreifende
3546 Weiterentwicklung der Bedingungen für die Resozialisierung und
3547 Wiedereingliederung von Straffälligen sowie für die Verhinderung weiterer
3548 Straftaten ein. Wir setzen uns im Bundesrat für die Abschaffung der
3549 Ersatzfreiheitsstrafen ein. Die Linke wird dazu die bisherige inhaltlichen
3550 Initiativen weiterführen. Das Angebot an Haftvermeidungs-Maßnahmen in Thüringen
3551 muss weiter ausgebaut werden, das gilt auch für die Vollstreckung von
3552 Ersatzfreiheitsstrafen.
- 3553 • Wir wollen, dass der Behandlungs- und Resozialisierungsvollzug durch eine
3554 deutliche personelle Stärkung des Justizvollzugs und der sozialen,
3555 psychologischen und medizinischen Fachdienste und den weiteren Ausbau der
3556 maßnahmen- und projektbezogenen Resozialisierungsangebote weiter verbessert
3557 wird. Hierfür wollen wir eine umfassende Evaluierung des Thüringer
3558 Justizvollzugsgesetzbuchs vornehmen, wir werden die erforderlichen
3559 haushälterischen Rahmenbedingungen schaffen und alle Maßnahmen unterstützen, die
3560 auf die Personalgewinnung für den und die Personalentwicklung im Strafvollzug
3561 ausgerichtet sind.

- 3562 • Das sogenannte Professionelle Übergangsmanagement für Inhaftierte und
3563 Haftentlassene (PÜMAS) trägt in Thüringen dazu bei, passgenaue
3564 Versorgungsleistungen für Gefangene und Haftentlassene zu entwickeln und diese
3565 nach der Entlassung weiter zu begleiten – unter Berücksichtigung des
3566 individuellen Hilfebedarfs. Das Maßnahmenprogramm hat sich bewährt und muss
3567 weiter ausgebaut werden. In diesem Rahmen müsse die sozialen Träger durch
3568 weitere finanzielle Förderung gestärkt werden.
- 3569 • Wir wollen uns weiter dafür einsetzen, dass die psychologischen Fachkräfte
3570 stärker koordiniert werden und ihre Arbeitsbedingungen weiter verbessert werden.
3571 Sie sollen in enger Abstimmung mit den Stellen der Bewährungshilfe, der
3572 Führungsaufsicht und Resozialisierungsangeboten kooperieren.
- 3573 • Wir vertreten in Übereinstimmung mit internationalen Vorgaben die klare
3574 Position, auf sämtliche Schusswaffen im Thüringer Strafvollzug - in Abstimmung
3575 mit den Personalvertretungen - zu verzichten. Wir wollen dafür Sorge tragen,
3576 dass ab 2025 eine Einzelunterbringung von Gefangenen flächendeckend
3577 sichergestellt ist.
- 3578 • Wir setzen uns dafür ein, dass die Gerichte und Staatsanwaltschaften dazu
3579 motiviert werden, alle Möglichkeiten des Täter-Opfer-Ausgleichs in Thüringen in
3580 vollem Umfang zu nutzen. Der Täter-Opfer-Ausgleich ist für uns ein wichtiger
3581 Baustein bei der Bewältigung der Auswirkungen von Straftaten und für eine
3582 langfristig wirksame Resozialisierung und muss als flächendeckendes Angebot zur
3583 Verfügung stehen. Deshalb muss er zukünftig strukturell und finanziell durch
3584 Haushaltsmittel in Thüringen noch weiter gestärkt werden. Wir wollen, dass die
3585 Thüringer Strafverfolgungsbehörden für digitale Angriffe auf Bürgerinnen und
3586 Bürger umfassend sensibilisiert und für eine effektive Verfolgung solcher
3587 Attacken entsprechend geschult und ausgerüstet sind. Dazu gehört, dass sie die
3588 Folgen des Ausspähens und unberechtigten Veröffentlichens auch von privaten
3589 Daten als ernstes Problem wahrnehmen und konsequent verfolgen, Betroffene
3590 schnell und umfassend informieren sowie zu geeigneten Gegenmaßnahmen beraten
3591 können. Erste Schritte dazu wurden, z.B. bei der Ausrüstung und der Bündelung
3592 von Fach- und Sachkompetenz, unternommen.
- 3593 • Wir wollen bei der Einführung neuer rechtlicher Vorschriften bestehende
3594 rechtliche Regelungen (Normenscreening) und die Rechtsfolgenprüfung aus
3595 rassismuskritischer Perspektive prüfen und zunächst auf Landesebene verbindlich
3596 festlegen – so, wie es sie zum Beispiel im Nachhaltigkeitsbereich gibt.

3597

3598 **Antifaschismus jetzt erst recht**

- 3599 • Der jährliche Thüringen-Monitor mit der Dokumentation rassistischer
3600 Einstellungen in der Gesellschaft, steigender antisemitischer Delikte, einer
3601 Zunahme antifeministischer Positionen, Rechtsruck und gewalttätigen Übergriffe
3602 auf Migrant:innen sowie andere Menschen, die zu Feindbildern von Neonazis und
3603 anderen Menschenfeinden gehören, machenden erhöhten Handlungsbedarf deutlich.
3604 Thüringen trägt wegen des neonazistischen Terrornetzwerkes NSU eine besondere
3605 Verantwortung. Deshalb sieht sich Die Linke Thüringen in der Verantwortung, alle
3606 behördlichen und parlamentarischen Möglichkeiten zu nutzen, um gegen

- 3607 verfassungs- und demokratiefeindliche extrem rechte Organisationen und
3608 Strukturen vorzugehen.
- 3609 • Das Thüringer Landesprogramm für Demokratie, Toleranz und
3610 Weltoffenheit/Gewaltprävention und Mitbestimmung wollen wir fortentwickeln und
3611 in seiner inhaltlichen Ausrichtung stetig überarbeiten.
- 3612 • Mit einem Demokratiefördergesetz auf Landesebene wollen wir die wichtigen
3613 Strukturen endlich mehrjährig absichern und aus den stetigen
3614 Finanzierungsängsten herausnehmen.
- 3615 • Wir wollen rechte Netzwerke und rechten Terror künftig mit einem eigenen
3616 Untersuchungsausschuss weiter aufhellen und die Grundlagen schaffen, diese
3617 Strukturen gesellschaftlich, politisch und im Verwaltungshandeln weiter trocken
3618 zu legen.
- 3619 • Wir wollen einen Masterplan gegen rechte Immobilien auf den Weg bringen, alle
3620 Behörden sollen an einem Strang ziehen, um die rechten Rückzugsorte mit allen
3621 rechtlich möglichen Mitteln aus dem Verkehr zu ziehen.
- 3622 • Gegen Rechtsrock-Konzerte auch jenseits der Open Airs wollen wir noch
3623 konsequenter vorgehen und dafür sorgen, dass Thüringen nicht weiter ein
3624 Rückzugs- und Veranstaltungsraum bleibt. Geldströme von Neonazis wollen wir
3625 konsequenter verfolgen und das Instrument der Vermögensabschöpfung dazu
3626 gezielter nutzen.
- 3627 • Die in der Vergangenheit vielfach dokumentierte Diskreditierung
3628 zivilgesellschaftlich und antifaschistisch Engagierter einerseits sowie die
3629 Verharmlosung der Gefahren durch die Neonazis durch deren Gleichsetzung
3630 andererseits werden wir beenden.
- 3631 • Wir wollen das geplante Bildungs- und Dokumentationszentrum bzw. Archiv für
3632 Akten des NSU-Untersuchungsausschusses auf den Weg bringen, um diese für
3633 wissenschaftliche Forschung, Zivilgesellschaft und journalistische Recherche zur
3634 Verfügung zu stellen.
- 3635 • Rechte Netzwerke sollen mit allen behördlichen Mitteln bis hin zu Verboten, da
3636 wo sie rechtlich möglich sind, bekämpft werden.
- 3637 • Wir wollen stärker und strukturierter gegen Verschwörungsmythen vorgehen: Mit
3638 eigenen Handreichungen, Fortbildungen für Bedienstete aber auch im
3639 Schulunterricht.
- 3640 • Die Rechte von Opfern rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt wollen
3641 wir grade bei Ermittlungs- und Strafverfahren weiter stärken, auch durch mehr
3642 Opferschutzräume. Wir wollen eine Schwerpunktstaatsanwaltschaft Hasskriminalität
3643 und eine bessere Spezialisierung von Ermittler:innen und Ermittler gegen rechte
- 3644 • Straftaten. Wir treten weiterhin dafür ein, dass es keine Deals mit rechten
3645 Straftätern gibt, die zu Lasten der Betroffenen gehen.
- 3646 • Einverständnis von Nebenkläger:innen keine Gerichtsdeals mit Straftätern gibt.
- 3647 • Das Gedenken an die vielen Opfer, darunter der historisch lange ausgeblendeten
3648 Opfergruppen des deutschen Faschismus und des antifaschistischen Widerstandes
3649 werden wir wachhalten. Wir werden die Stätten und Orte des Gedenkens

3650 unterstützen und ihre Finanzierung sichern. Die Aufarbeitung ist ein wichtiger
3651 Teil unserer Geschichte.

3652 • Wir werden Stätten und Orte der Erinnerung unterstützen und ihre Finanzierung
3653 sichern sowie die Opfer des deutschen Faschismus und den antifaschistischen
3654 Widerstand in unserem Gedächtnis wachhalten.

3655 • Wir halten die wiederholt behauptete gesellschaftliche und sicherheitspolitische
3656 Notwendigkeit eines als Nachrichtendienstes organisierten Amtes für
3657 Verfassungsschutz als für nicht begründet. Wir sind der Auffassung: Das Amt für
3658 Verfassungsschutz ist abzuschaffen. Wir wollen wissenschaftlich arbeitende
3659 Institutionen für Demokratie und Zivilgesellschaft weiter stärker fördern und
3660 Ergebnisse aus der Forschung und Dokumentation noch besser in die Arbeit der
3661 Landesregierung einfließen lassen.

3662

3663 **Starkes Land - starke Kommunen**

3664

3665 • Wir werden den Prozess zur Schaffung leistungsfähiger kommunaler Strukturen auf
3666 Basis der Freiwilligkeit weiterführen – vor dem Hintergrund demografischer
3667 Entwicklung im Freistaat Thüringen und der Herausforderungen an eine moderne
3668 Verwaltung. Die Bildung zukunftsfähiger Gemeindefstrukturen werden wir
3669 unterstützen. Ebenso werden wir die Übertragung von Landkreisaufgaben auf die
3670 gemeindliche Ebene prüfen und dann einleiten, wenn die zu lösenden Fragen und
3671 Probleme unmittelbar vor Ort besser entschieden und gelöst werden können.

3672 • Das Volumen des Kommunalen Finanzausgleichs ist in den letzten Jahren stetig
3673 gestiegen, so dass die Kommunen auf dieser Basis finanzielle Handlungsspielräume
3674 erhalten haben. Wir werden die angemessene Finanzausstattung der Kommunen weiter
3675 gewährleisten und den Kommunalen Finanzausgleich weiterentwickeln. Die
3676 Verteilungsmechanismen zwischen den Kommunen werden wir mit Blick auf ihre
3677 Aufgaben und ihre eigene Finanzkraft ständig berücksichtigen. Wir wollen die
3678 Thüringer Kommunen auf ein solches finanzielles Fundament stellen, dass
3679 zukünftig auf sogenannte kommunale Hilfsprogramme, die nicht Bestandteil des
3680 kommunalen Finanzausgleichs sind, verzichtet werden kann. Mit einer
3681 differenzierten Kreisumlage werden wir sicherstellen, dass größere Städte
3682 Landkreisaufgaben nicht mehrfach finanzieren, wenn sie diese selbst erbringen.

3683 • Im Bundesrat werden wir uns dafür einsetzen, dass die längst fällige Reform der
3684 Gewerbesteuer konkrete Gestalt annimmt.

3685 • Wir werden die bestehenden Gesetze überprüfen und unnötige Standards zur
3686 Beschränkung der kommunalen Selbstverwaltung streichen. Künftig soll stärker vor
3687 Ort entschieden werden können, wie Rahmenvorschriften flexibler und
3688 bürgerfreundlicher ausgestaltet werden können. Wir wollen Kommunen dazu anregen
3689 und dabei unterstützen, Gemeinwohlbilanzen zu erstellen.

3690 • Wir wollen die Stellung der Kommunen stärken und ihnen ein höheres Gewicht im
3691 föderalen Staatsaufbau zukommen lassen. Dazu gehört eine dritte föderale Kammer
3692 neben Bundestag und Bundesrat, in der die Kommunen ihre Interessen auf

- 3693 Bundesebene eigenständig vertreten können. Die Städte und Gemeinden brauchen
3694 eine höhere Beteiligung am Gesamtsteueraufkommen der Bundesrepublik, um
3695 finanziell unabhängiger von politischen Entscheidungen auf Bundes- und
3696 Landesebene zu sein.
- 3697 • Die Förderprogramme der integrierten ländlichen Entwicklung und von LEADER sind
3698 bereits wichtige Bausteine zur Entwicklung gleichwertiger Lebensbedingungen. Wir
3699 setzen uns dafür ein, alle Möglichkeiten auszuschöpfen, um LEADER noch stärker
3700 zu einem Instrument des zivilgesellschaftlichen Engagements zu machen. Dazu
3701 wollen wir vor allem auch bürokratische Hürden abbauen. In der integrierten
3702 ländlichen Entwicklung wollen wir stärker auf die Förderung von Projekten zur
3703 Stärkung der sozialen und kulturellen Infrastruktur setzen.
- 3704 • Mit der Förderung von Kleinstunternehmen der Grundversorgung im ländlichen Raum
3705 schließt unsere Landesregierung eine Lücke. Dorfläden zum Beispiel, die
3706 Einkaufsmöglichkeiten bieten und Ortskerne wiederbeleben, sind gerade für ältere
3707 Menschen wichtig. Sie erhalten eine Förderung bei Investitionen. Damit werden
3708 die Grundversorgung und die Lebens-, Wohn- und Arbeitsverhältnisse weiter
3709 verbessert.
- 3710 • Wir wollen weiterhin 24-Stunden-Läden im ländlichen Raum unterstützen. Sie
3711 können dort die Versorgung der Menschen verbessern und für kürzere Wege sorgen.
3712 Wir präferieren dabei Lösungen mit Genossenschaften, Unternehmen mit kommunaler
3713 Beteiligung oder gemeinnützigen Trägern.
- 3714 • Wir stehen für ein neues Landesentwicklungsprogramm Thüringen 2040 und wollen
3715 dazu frühzeitig einen Beteiligungs- und Kommunikationsprozess beginnen. Es
3716 braucht ein Programm zur Stärkung von regionaler Leistungsfähigkeit durch
3717 interkommunale Kooperation und gezielter Förderung integrierter
3718 Regionalentwicklung gemeinsam mit Akteur:innen aus Wirtschaft und
3719 Zivilgesellschaft.

3720

3721 **Sicheres Thüringen mit bürgerfreundlicher Polizei**

3722

- 3723 • Wir wollen die von Bürger:innen genutzte Polizeivertrauensstelle für Beschwerden
3724 von Polizeibeamt:innen öffnen und zu einer unabhängigen und aus den
3725 Polizeistrukturen herausgelösten Polizeibeschwerde- und Ermittlungsbehörde mit
3726 eigenen Kompetenzen einrichten. Dazu wollen wir das Polizeiorganisationsgesetz
3727 ändern und eine Bundesratsinitiative zur Anpassung der Länderkompetenzen
3728 anstoßen.
- 3729 • Wir setzen uns für eine konsequente Durchsetzung der 2017 eingeführten
3730 Kennzeichnungspflicht für die Polizei ein. Somit stellen wir sicher, dass
3731 Betroffene von Polizeigewalt eine klare Angabe zu potenziellen Tätern geben
3732 können.
- 3733 • Wir wollen das jährliche Hin und Her um die Auszubildendenzahlen und die
3734 Lotterie der Abgabeplanung fertigausgebildeter Anwärt:innen und Bewerber:innen
3735 beenden. Dazu wollen wir eine Personalentwicklungskonzeption für die nächsten
3736 zehn Jahre auf den Weg bringen. So lässt sich Zuverlässigkeit und eine

- 3737 angemessene Personalausstattung langfristig sichern.
- 3738 • Wir wollen eine auf diese Personalentwicklungskonzeption aufbauende
3739 vorausschauende Personalplanung und Einstellungsverfahren, die auf sich
3740 verändernde Altersabgänge, Bewerbungs- und Einstellungsfragen sowie den
3741 demografischen Wandel reagieren. Unbesetzte Stellen werden wir schneller nach
3742 besetzen.
- 3743 • Wir wollen die Evaluation der Expertenkommission zur Polizeistrukturreform vor
3744 10 Jahren aufgreifen und die notwendige Strukturdebatte ehrlich und auf
3745 Augenhöhe mit den Bediensteten und Polizeigewerkschaften führen, damit
3746 Polizist:innen, die wir 2024 ausbilden auch in den kommenden Jahrzehnten eine
3747 stabile Arbeitsgrundlage haben, um jederzeit personell einsatzfähig anfallende
3748 Herausforderungen zu bewältigen.
- 3749 • Wir wollen die Bildungseinrichtungen der Thüringer Polizei zum modernen
3750 „Polizeibildungs-Campus 2030“ ausbauen, soziale Begegnungsräume schaffen, die
3751 Sportanlagen ertüchtigen, die Ausbildung auf moderne Kriminalitätsphänomene
3752 spezialisieren, Anwärter:innen kostenfrei unterbringen und Menschenrechts- und
3753 Demokratiebildung im Sozialkompetenzzentrum verstärken.
- 3754 • Wir wollen die bestehende Arbeitsverdichtung weiter reduzieren, zum Beispiel
3755 durch praxisnähere Vereinfachung und Digitalisierung alltäglicher Prozesse bei
3756 der Schutz- und Kriminalpolizei, um Krankenstand und Überstunden
3757 entgegenzuwirken. Doppelaufgaben müssen reduziert werden.
- 3758 • Damit Polizist:innen nicht auf der Straße fehlen, wollen wir für Tätigkeiten,
3759 für die keine hoheitlichen Befugnisse nötig sind, auch auf
3760 Verwaltungsangestellte zurückgreifen und die Möglichkeiten für
3761 Quereinsteiger:innen oder externe Spezialist:innen z.B. für IT ausdehnen.
- 3762 • Polizeiliche IT-Strukturen wollen wir weiter datensicher ausbauen sowie
3763 Ressourcen bereitstellen, um ein Einsatzleitsystem der Zukunft und polizeiliche
3764 Fachverfahren zu ermöglichen. „Internet am Arbeitsplatz“ wollen wir
3765 flächendeckend in allen Dienststellen ausrollen. Bund-Länder-Projekte wie
3766 „Polizei 20/20“ oder Länderkooperationen wie das „Gemeinsamen Kompetenz- und
3767 Dienstleistungszentrum“ werden wir wachsam begleiten, auch damit das
3768 Gefahrenabwehrrecht der Länder nicht überschritten wird.
- 3769 • Wir wollen uns für die Schaffung höherwertiger Stellen im Tarifbereich
3770 einsetzen (höher als E 3/E 5). Das soll entweder durch Stellenhebungen oder
3771 durch die Schaffung neuer Stellen erreicht werden. Diese höherwertigen
3772 Tätigkeiten sollen den Tarifbeschäftigten dann entsprechend übertragen werden.
- 3773 • Wir wollen die Erschwerniszulagenverordnung anpassen, die Umsetzung unseres
3774 Landtagsbeschlusses zur Erhöhung des „Dienst zu ungünstigen Zeiten“ auf die im
3775 Bund geltende Höhe forcieren und das Zulagensystem weiter an die
3776 unterschiedlichen Belastungen der Polizei anpassen und gerechter gestalten.
- 3777 • Wir wollen eine rechtssichere leistungs- und zeitgeregelte Lösung für eine
3778 verbesserte Beförderung in das 2. Beförderungssamt schaffen, das
3779 Beurteilungswesen und Entwicklungsmöglichkeiten verbessern. Die Rückkehr zur
3780 Ruhegehaltsfähigkeit der Polizeizulage wollen wir prüfen.

- 3781 • Wir wollen ein verpflichtendes Angebot zur Regeneration und Gesundheitsförderung
3782 für Polizistinnen und Polizisten schaffen, insbesondere durch bessere
3783 Sportmöglichkeiten, Kurse und Angebote zur Regeneration sowie Erholung für
3784 Thüringer Polizeibedienstete jeden Alters. Zudem muss die Thüringer Polizei
3785 familienfreundlicher werden, etwa bei Schichtdiensten. Die Gewinnung von mehr
3786 Frauen, Migrant*innen und queeren Personen in der Landespolizei begrüßen wir.
- 3787 • Das Polizeirecht werden wir weiterbürgerrechtsfreundlich fortentwickeln.
3788 Befugnisse zur Gefahrenabwehr werden wir dann stärken, wenn sie erforderlich und
3789 verhältnismäßig sind. Wir wollen mit einem Polizeiausschuss im Thüringer Landtag
3790 eine bestehende Lücke parlamentarischer Kontrolle der nachrichtendienstlichen
3791 Befugnisse bei der Polizei schließen, insbesondere für den Bereich der V-
3792 Personen und der verdeckten Ermittlerinnen und Ermittler, und die Befugnisse der
3793 Polizei auf ihre Wirksamkeit und Notwendigkeit prüfen. Nicht nur der Umgang mit
3794 Waffen muss regelmäßig geübt werden: Wir wollen für die Thüringer Polizei
3795 künftig ein verpflichtendes Fortbildungsangebot einführen, um relevante
3796 Kompetenzen, neue Entwicklungen und Forschungserkenntnisse gleichermaßen an alle
3797 Polizist:innen weiter zu vermitteln.
- 3798 • Pfefferspray soll wegen seiner erheblich gesundheitsgefährdenden Wirkung künftig
3799 nur noch zur unmittelbaren Abwehr von Gefahren für Leib, Leben und Gesundheit
3800 sowie erhebliche Sachwerte einsetzbar sein. Wir wollen den Einsatz sog.
3801 Schmerzgriffe regeln.
- 3802 • Die durch Gerichte für rechtswidrig erklärte Praxis des sogenannten Racial
3803 Profiling wollen wir überwinden. Dazu trägt eine Ergänzung der Aus- und
3804 Fortbildung der Thüringer Polizei um rassismus- und diskriminierungskritische
3805 und menschenrechtsbildende Inhalte ebenso wirksam bei wie die Streichung von
3806 Eingriffsbefugnissen im Polizeiaufgabengesetz, die Racial Profiling befördern.
3807 Zudem wollen wir die Befugnis anlasslosen Kontrollen in so genannten
3808 „Gefahrengebieten“ streichen und landesweit ein Quittungssystem für Kontrollen
3809 einführen.
- 3810 • Die Statistik der politisch motivierten Kriminalität (PMK) soll um das Merkmal
3811 »rassistisch motivierte Straftat« sowie »queerfeindliche Gewalt und Straftaten«
3812 ergänzt und differenziert nach Betroffenenengruppen geführt werden. Für diese
3813 Änderung werden wir uns auch auf Bundesebene einsetzen.
- 3814 • Wir wollen die Modernisierung und den Neubau von Liegenschaften weiter
3815 vorantreiben und dafür sorgen, dass Thüringer Polizist:innen und Polizisten eine
3816 sichere Arbeitsumgebung haben und zugleich die Erreichbarkeit für Bürger:innen
3817 erhöht wird.
- 3818 • Wir wollen die Polizei für Seiteneinsteigerinnen und -einsteiger weiter öffnen,
3819 zum Beispiel im IT-Bereich, und die getrennt laufende Ausbildung für
3820 Schutzpolizistinnen und -polizisten und Kriminalistinnen und Kriminalisten(Y-
3821 Ausbildung) einführen.
- 3822 • Wir wollen die Aufstiegsmöglichkeiten in die nächst höheren Laufbahnen
3823 verbessern. Aufstiegsmöglichkeiten sollen so gestaltet werden, dass tatsächliche
3824 Chancengleichheit herrscht. Hierzu sollen die einschlägigen Gesetze,
3825 Verordnungen, Erlasse etc. überprüft und novelliert werden.

- 3826 • Die Präventionsarbeit in der Thüringer Polizei wollen wir weiter stärken und
3827 noch vor dem Hintergrund immer neuerer Phänomene die polizeiliche
3828 Kriminalprävention nicht nur über die Landespolizeiinspektionen sondern auch in
3829 gebündelter Form zu bewerkstelligen, insbesondere zu Internetkriminalität und
3830 Betrugsprävention, die alle Bürgerinnen und Bürger im ganzen Freistaat
3831 betreffen.
- 3832 • Wir wollen Kommunen dabei unterstützen, die Kontrolle der Lagerung von Waffen
3833 und Munition sicherzustellen und bei Verstößen bestehende Waffenerlaubnisse zu
3834 widerrufen.
- 3835 • Wir wollen das bewährte Konzept der Kontaktbereichsbeamtinnen und -beamte im
3836 ländlichen Raum weiter stärken und sie noch mehr zur ersten polizeilichen
3837 Anlaufstelle für Einwohnerinnen und Einwohner machen. Es bedarf einer stetigen
3838 Aufgabenkritik und Fortentwicklung der Strukturen in der Thüringer Polizei,
3839 damit die Menschen in Thüringen weiterhin von einem hohen Sicherheitsniveau
3840 profitieren und Polizistinnen und Polizisten motiviert ihre Arbeit leisten
3841 können.
- 3842 • Wir wollen die polizeiliche Präventionsarbeit stärken und durch die Schaffung
3843 einer Ansprechperson für queerfeindliche Straftaten unterstützen.
- 3844 • Wir wollen Schulung der Opferschutzbeauftragten der Thüringer Polizei für den
3845 Umgang mit LSBTIQ*- Menschen etablieren und stärken.
- 3846 • Wir wollen der „Polizeilichen Maßnahmen in Fällen häuslicher Gewalt-Leitlinien
3847 der Thüringer Polizei“ in Bezug auf die Zielgruppe LSBTIQ*-Menschen
3848 überarbeiten.
- 3849 • Für die Thüringer Polizei wollen wir ein »Leitbild Polizei Thüringen« erarbeiten
3850 – gemeinsam mit den Polizeibeamtinnen und -beamten in Thüringen, den
3851 Polizeigewerkschaften, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern der
3852 Polizeibildungseinrichtung und Fachleuten einer bürgernahen und
3853 bürgerrechtsorientierten Sicherheitspolitik. Das Leitbild soll die Grundlage für
3854 die weitere kontinuierliche Entwicklung der Thüringer Polizei in den nächsten
3855 Jahren sein.
- 3856
- 3857 **Sicheres Thüringen mit gut gerüstetem Brand- und Katastrophenschutz**
- 3858 • Über 34. 000 Feuerwehrangehörige sorgen in Thüringen für die Sicherheit der
3859 Menschen. Ihnen allen gilt unser Dank und unsere Anerkennung für den täglichen
3860 Einsatz. Wir wollen die Feuerwehren auch in den kommenden Jahren weiter
3861 zukunftsfest entwickeln, um ein hohes Sicherheitsniveau für Thüringen zu
3862 gewährleisten.
- 3863 • Wir wollen die komplette Modernisierung der Landesfeuerwehr- und
3864 Katastrophenschutzschule in Bad Köstritz vorantreiben und die Schule im
3865 Ländervergleich konkurrenzfähig gestalten, zukünftig wollen wir neben der
3866 baulichen Ertüchtigung außerdem die Digitalisierung des Lehrangebotes weiter
3867 ausbauen und zusätzlich eine dezentrale Grundlagenausbildung an
3868 Feuerwehrtechnischen Zentren oder bei Berufsfeuerwehren ermöglichen.
- 3869 • Wir wollen große Strukturprojekte vorantreiben, wie die Finalisierung der

- 3870 Leitstellenreform und die nach 30 Jahren von uns im Jahr 2024 angestoßene
3871 Umstellung auf die Digitale Alarmierung. Das Beschaffungswesen möchten wir
3872 reformieren und künftig noch mehr zentral beschaffen, Fördersätze wollen wir
3873 erhöhen
- 3874 • Wir wollen das Thüringer Brand- und Katastrophenschutzgesetz erneut umfangreich
3875 und mit den zahlreichen Anregungen aus der Praxis ergänzen, insbesondere möchten
3876 wir die bisher komplizierte und nicht kostendeckende Kalkulation für Gemeinden
3877 zur Abrechnung von Feuerwehrkosten beenden und durch ein vereinfachtes
3878 rechtssicheres Kostenerstattungssystem ersetzen. Damit können Kommunen künftig
3879 alle entstehenden Aufwendungen rechtssicherer als bisher in Rechnungstellen.
- 3880 • Wir wollen die erfolgreiche Mitgliederkampagne mit dem Feuerwehrverband
3881 verstetigen und weitere Anreize schaffen, etwa einen kostenfreien Zugang zu
3882 öffentlichen und soziokulturellen Einrichtungen. Die Wehren wollen wir zudem
3883 beim Ausbau von Auftritten in den sozialen Medien unterstützen und das mit der
3884 Verankerung des Ehrenamtes in der Verfassung den Einsatzkräften weiter
3885 Rückenwind geben
- 3886 • Wir wollen die flächendeckende Einsatzbereitschaft der Feuerwehren gerade in
3887 kleinen Orten weitergemeindeübergreifend sicherstellen, dabei zentrale
3888 Einrichtungen fördern. Zur Stärkung des Ehrenamtes und Erhöhung der
3889 Einsatzbereitschaft wollen wir mehr Kooperationsformen sowie punktuelle
3890 hauptamtliche Backup-Strukturen prüfen (z.B. in Form von hauptamtlich
3891 geförderten Gerätewarten).

3892

3893 **Kulturland Thüringen**

3894

- 3895 • Thüringen ist Kulturland. Im bundesweiten Vergleich ist der Freistaat Vize-
3896 Meister aller Flächenländer bei den Pro-Kopf-Ausgaben für Kultur. Kultur ist für
3897 uns kein Luxus für gute Tage, sondern unser Anspruch lautet: Kultur für alle!
- 3898 • Tausende Thüringer:innen sind kulturell engagiert. In Fördervereinen, Chören,
3899 Ensembles wirken Jung und Alt ehrenamtlich mit. Dauerhaft oder bei einzelnen
3900 Projekten. Breitenkultur sorgt für soziale Teilhabe, Integration und Austausch.
3901 Diese kulturelle Vielfalt macht Dörfer und Städte lebenswert. Dafür braucht es
3902 staatliche Unterstützung durch die Breitenkulturförderung, Wir wollen diese
3903 Förderung auf hohem Niveau stabilisieren.
- 3904 • Für die Theater und Orchester wurden langfristige Finanzierungsverträge
3905 abgeschlossen. Flächentarifverträge oder TVÖD müssen an allen Häusern zur
3906 Anwendung kommen. Wir setzen uns für die Abschaffung von Haustarifverträgen an
3907 den Theatern ein. Sichere Tariflöhne schaffen gute Arbeitsbedingungen in
3908 Thüringen. Das garantiert tarifgerechte Bezahlung und Standortsicherheit von
3909 Nordhausen bis Rudolstadt und von Greiz bis Meiningen. Die Theaterpauschale im
3910 Kommunalen Finanzausgleich sorgt dafür, dass Kommunen entlastet werden.
- 3911 • Wir haben das größte Theatersanierungsprogramm seit 1990 gestartet und wollen es
3912 erfolgreich umsetzen.

- 3913 • Die Spielstättenförderung, auch für die Theater freien Szene, wollen wir im
3914 Dialog mit den Engagierten vor Ort transparent und nachhaltig verankern.
- 3915 • Wir sehen einen großen Bedarf in der Unterstützung und Verstärkung gerade der
3916 soziokulturellen und freien Kulturakteur:innen und -einrichtungen, die gerade im
3917 ländlichen Raum einige der wenigen wichtigen Rückzugsorte darstellen. Es sind
3918 Orte, die unkonventionelle Zugänge zu Kultur und zum Kulturschaffen eröffnen,
3919 indem sie barrierefreie Begegnungsräume für Demokratie, Teilhabe und Vielfalt
3920 schaffen und gegenseitiges Verständnis ermöglichen, dabei Aufgaben der
3921 Daseinsvorsorge übernehmen und die freie Kulturlandschaft Thüringens
3922 uneigennützig bereichern. Thüringen muss künftig noch stärker soziokulturelle
3923 Einrichtungen fördern und in sie investieren und die Förderinstrumente um die
3924 Finanzierung angemessener Personalstellen erweitern.
- 3925 • Die Kulturförderung für die soziokulturelle und freie Szene ist auszubauen und
3926 durch weitere Förderprogramme zu ergänzen. Dabei sind - einem Flächenland
3927 angemessen - regionale Schnittstellen zur Vernetzung und Förderung der Kultur zu
3928 entwickeln und zu etablieren.
- 3929 • Kinder und Jugendtheater sind ein wichtiger Teil der Kulturlandschaft in
3930 Thüringen. Wir haben in der Vergangenheit Mehrinvestitionen möglich gemacht, die
3931 wir auch in Zukunft bereitstellen wollen. Kultur muss in allen Bereichen auch
3932 immer eine kinderfreundliche Kultur sein.
- 3933 • Die Thüringer Museumslandschaft ist vielfältig. Die Stiftung Thüringer Schlösser
3934 und Gärten leistet mit ihrer Arbeit einen wichtigen Teil zum Erhalt von
3935 Kulturgütern in Thüringen. Auch in Zukunft müssen, nicht nur die Leuchttürme
3936 erhalten und weiterentwickelt, sondern auch die kleinen Heimatmuseen und
3937 Heimatstuben erhalten.
- 3938 • Die Überprüfung der Bestände in unseren Museen und Archiven auf Raubkunst aus
3939 dem Nationalsozialismus, aus DDR-Unrecht und aus kolonialem Erbe werden wir
3940 weiterführen und ausbauen.
- 3941 • Darüber hinaus müssen die Sammlungen und Bestände in modernen Depots
3942 untergebracht werden. Hierzu wollen wir ein Depot-Programm auflegen.
- 3943 • Das Musik- und Jugendkunstschulgesetz sorgt dafür, dass verlässlich jedes Jahr
3944 mehr als sechs Millionen Euro für diese kommunalen und privaten
3945 Bildungseinrichtungen zur Verfügung stehen.
- 3946 • Durch Finanzierungsvereinbarungen mit der Bundesregierung investieren wir
3947 gegenwärtig mehrere hundert Millionen Euro in die Sanierung von Schlössern, Burgen
3948 und historischen Gärten unseres Freistaates. Damit sichern wir diese
3949 Kulturdenkmäler und sorgen für eine moderne Nutzung.
- 3950 • Eigentum verpflichtet. Deshalb haben wir die Besitzer von Schloss Reinhardsbrunn
3951 enteignet, die dieses Kulturerbe vernachlässigten. Wir setzen uns ein für einen
3952 zeitgemäßen Denkmalschutz, der Denkmaleigentümer unterstützt und begleitet aber
3953 Missbrauch ahndet.
- 3954 • Wir möchten einen kosten- und barrierefreien Zugang zu kulturellen
3955 Einrichtungen, wie Museen und Theater, für Kinder, Jugendliche und junge
3956 Menschen fördern.

- 3957 • Wir wollen die Digitalisierung der öffentlichen Bibliotheken in Thüringen
3958 voranbringen, finanziert von Kommunen und dem Land zu gleichen Teilen.
- 3959 • Die Künstlersozialkasse sichert Künstlerinnen und Künstler ab. Wir werden uns
3960 weiterhin gegen jedes Vorhaben stellen, mit dem die Künstlersozialkasse (KSK)
3961 eingeschränkt werden soll.
- 3962 • Zur Unterstützung von freischaffenden Künstlerinnen und Künstler werden wir
3963 dafür Sorge tragen, dass öffentliche Institutionen grundsätzlich nicht weniger
3964 als die Mindesthonorare zahlen, die von den Kulturverbänden festgelegt werden.
- 3965 • Die Angebote schulischer und außerschulischer kultureller Bildung sind in
3966 Thüringen vielfältig. Sie bereichern und geben Impulse für unsere
3967 Kulturlandschaft. Eine stärkere Verzahnung und Sichtbarmachung der Angebote für
3968 alle Altersgruppen und die Teilhabe aller Menschen ist für uns ein wichtiges
3969 Anliegen.
- 3970 • Wir setzen uns für eine Förderung von Kleinkunst und eine freie Entfaltung der
3971 Künstler:innen ein. Der Freistaat soll auch künftig in soziokulturelle
3972 Einrichtungen investieren und dabei helfen, landesweite Weiterbildungs- und
3973 Unterstützungsangebote zu unterbreiten.
- 3974 • Eine innovative und weltoffene Gesellschaft braucht Freiräume, in denen sich die
3975 sozialen, kulturellen und politischen Interessen und Bedürfnisse aller
3976 Generationen begegnen können – in den Dörfern und kleinen Gemeinden ebenso wie
3977 in den Städten.
- 3978 • Bibliotheken sind die Wohnzimmer unserer Städte und Gemeinden. Wir setzen uns
3979 ein für den flächendeckenden Erhalt und Ausbau sowie die digitale Modernisierung
3980 der Bibliotheklandschaft. Wir unterstützen die Angebote der literarischen
3981 Gesellschaften und wollen mehr Menschen für die Beteiligung am Vorlesetag
3982 gewinnen.
- 3983 • Die Stiftung Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau Dora und ihre Außenlager
3984 sind ein wichtiger Teil der geschichtlichen Aufarbeitung der Nazidiktatur in
3985 Thüringen. Wir fordern vom Bund eine stärkere finanzielle Unterstützung der
3986 Einrichtung als wichtiger Teil der Bildungsarbeit in Thüringen. Gerade bei den
3987 Außenlagern besteht die Gefahr des Zerfalls und damit der Verlust von wichtigen
3988 Orten der Geschichte.

3989

3990 **Für ein soziales, friedliches, weltoffenes Europa**

3991

3992 Die europäische Union hat als Friedensprojekt und in der Überwindung
3993 nationalistischer Konkurrenzen die Möglichkeit, zu einer solidarischen und
3994 weltoffenen Gestaltung Europas zu gelangen. Dazu muss die neoliberale Ausrichtung der
3995 Politik der EU-Kommission überwunden und eine humanitäre Flüchtlings- und
3996 Migrationspolitik verhandelt werden. Wir sehen die Notwendigkeit, die EU zu einer
3997 Sozialunion weiterzuentwickeln – durch das Herstellen gleichwertiger
3998 Lebensverhältnisse in allen Teilen Europas und die Gewährleistung von gleichen
3999 sozialen Rechten. Die gute wirtschaftliche Entwicklung Thüringens verdankt sich auch

4000 wesentlich den Europäischen Strukturfonds. Ohne sie wären viele Programme der
4001 Infrastrukturentwicklung, zur Wirtschaftsförderung und zur Arbeitsmarkt- und
4002 Sozialpolitik nicht möglich. Eine handlungsfähige und sozial gerechte Europäische
4003 Union ist für uns unverzichtbar.

4004 • Wir werden uns weiterhin für ausreichende europäische Strukturfondsmittel
4005 einsetzen, unter besonderer Berücksichtigung ostdeutscher Interessen, zum
4006 Beispiel demografischer Faktor und weiterhin bestehender Aufholbedarf.

4007 • Nachdem die europäische Kommission jahrzehntelang den Klimaschutz vergessen hat,
4008 gibt es nun endlich Ziele zur Reduktion von CO2 und anderen Treibhausgasen. Wir
4009 setzen uns dafür ein, dass bei diesem notwendigen ökologischen Umsteuern nicht
4010 die Menschen mit mittleren und kleinen Einkommen überfordert werden – weder in
4011 Thüringen noch in anderen Regionen der EU. Um dies durch finanzielle
4012 Unterstützung sicher zu stellen, braucht es mehr eigene Mittel der EU. Deshalb
4013 fordert Die Linke eine europäische Finanztransaktionssteuer.

4014 • Europäische Politik gelingt nicht nur über staatliche Institutionen, sondern
4015 auch und besonders im gesellschaftlichen Miteinander. Deshalb werden wir
4016 weiterhin die Zusammenarbeit (Hochschul-Vernetzung, Wirtschaftskooperationen,
4017 Städtepartnerschaften, Schulaustausche etc.) fördern und zivilgesellschaftliches
4018 Engagement, wie das Weimer Dreieck, unterstützen. Besonderes Augenmerk liegt
4019 dabei auf unseren beiden europäischen Partnerregionen, Malopolska in Polen und
4020 Haute-de-France in Frankreich. Die Zusammenarbeit mit unseren französischen
4021 Partnern wird sich künftig noch leichter koordinieren lassen, nachdem die
4022 Thüringer Landesvertretung in Brüssel sich seit Oktober 2023 ein Büro mit den
4023 Vertretern der Haute-de-France teilt.

4024 • Wir planen, dass das Europäische Informationszentrum neben dem Europafest noch
4025 mehr Veranstaltungen an unterschiedlichen Orten in Thüringen anbietet. Dabei
4026 sollen sowohl praktische Fragestellungen zu Förderprogrammen als auch
4027 grundlegende Fragen der Entwicklung der EU thematisiert werden.

4028 • In den institutionellen Formaten (Europaministerkonferenz, Bundesrat, Ausschuss
4029 der Regionen u.a.) werden wir weiterhin Initiativen unterstützen, die auf die
4030 Erweiterung sozialer Rechte und Gerechtigkeit zielen, die Konfliktminderung zum
4031 Ziel haben und die nicht auf Abschottung der EU setzen, sondern auf eine
4032 humanitäre und Flüchtlings- und Migrationspolitik.

4033 • Die anti-demokratischen Tendenzen und rechtsstaatlichen Defizite in einigen
4034 europäischen Staaten sehen wir mit allergrößter Sorge. Um so mehr freuen uns die
4035 politischen Ereignisse in Polen, die zeigen, dass es ein solidarisches Europa zu
4036 gewinnen gibt.

4037

4038 **Haushaltspolitik ist Gerechtigkeit in Zahlen gegossen**

4039

4040 • Unter einer nachhaltigen Finanzpolitik verstehen wir auch die
4041 Generationengerechtigkeit. Investitionen in öffentliche Einrichtungen wie
4042 Krankenhäuser, Kindergärten und Schulen, Universitäten, den öffentlichen
4043 Personenverkehr, die Förderung einer zukunftsfähigen Energieversorgung und

4044 Unternehmensstruktur sind Grundlage für Thüringen als Lebensort der Zukunft. Das
4045 Aussetzen dieser Investitionen in die Lebensgrundlagen zukünftiger Generationen
4046 unter dem Diktat der sogenannten Schuldenbremse belastet diese mehr, als durch
4047 Verzicht auf eine Kreditfinanzierung vermögensschaffender Investitionen
4048 Entlastung erreicht wird. Heute übertrifft die Inflation und somit die
4049 jährlichen Kostensteigerungen die Zinshöhen deutlich. Wir werden uns deshalb
4050 weiterhin dafür einsetzen, dass die sogenannte Schuldenbremse als Zukunfts- und
4051 Investitionsbremse durch eine nachhaltige und generationengerechte Finanzpolitik
4052 abgelöst wird.

4053 • Wir brauchen ein Umdenken in der Förderpolitik des Landes insbesondere im Bereich
4054 der Projektförderung und Unterstützung von Modellprojekten. Kurzzeitige
4055 Förderrungen von in der Regel einem Jahr, schaffen Unsicherheiten bei den
4056 Trägern und einen hohen bürokratischen Aufwand auf der Seite des Landes als
4057 Mittelgeber. Gerade in den Bereichen Demokratie, Bildung, Migration, Sozialen
4058 oder Gesundheit leisten viele Projekte einen erheblichen Beitrag für den
4059 gesellschaftlichen Zusammenhalt. Für starke Strukturen braucht es daher
4060 Verlässlichkeit und Planungssicherheit, um langfristig und nachhaltig Wirkung zu
4061 entfalten. Deswegen wollen wir haushaltsrechtliche Lösungen schaffen um die
4062 Förderung auf in der Regel 3 bis 5 Jahre zu erhöhen, die Eigenmittelanteile bei
4063 Bedarf absenken, eine verstärkende regionale Förderung möglich machen und die
4064 Prozesse in der Landesverwaltung so aufstellen, dass Entscheidungen über
4065 Projekte, Förderung und Beginn transparent und frühzeitig kommuniziert werden.

4066 • Mit den öffentlichen Haushalten schaffen wir jährlich Planungssicherheit, für
4067 Kommunen, die Vereine und Institutionen der sozialen Infrastruktur, für Kunst-
4068 und Kulturschaffende, für Unternehmen und Investoren. Die rechtzeitige
4069 Beschlussfassung des Haushaltsplanes für das Folgejahr ist dabei ebenso eine
4070 wichtige Voraussetzung wie die Gewissheit und das Vertrauen all derer, die von
4071 einem Landeshaushalt abhängen, dass die politischen Parteien auch unter
4072 schwierigen politischen Mehrheitsverhältnissen in den jährlichen
4073 Haushaltsberatungen Thüringen nicht für parteipolitisch egoistische Interessen
4074 in Haftung nehmen und mit einer haushaltslosen Zeit drohen. Als LINKE sehen wir
4075 uns mit dem Landeshaushalt in einer Gesamtverantwortung gegenüber den in
4076 Thüringen lebenden Menschen und den gesellschaftlichen Strukturen und
4077 Institutionen, auf die wir alle gemeinsam angewiesen sind.

4078 • Die Linke tritt dafür ein, dass die Finanz- und Haushaltspolitik die
4079 gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben und gleichwertige
4080 Lebensverhältnisse für alle Menschen ermöglicht. Die auskömmliche Finanzierung
4081 öffentlicher Leistungen ist Grundlage dafür.

Begründung

Erfolgt mündlich.